

II. Der Kalte Krieg auf dem Prüfstand

1. Gemeinsam überleben: Ost-West und Nord-Süd

Das Ordnungssystem Kalter Krieg überzeugte in den frühen achtziger Jahren kaum noch jemanden in der SPD. Der Nachrüstungsstreit brachte an den Tag, wie das bipolare Denken schwand.¹ Große Teile der Sozialdemokratie nahmen, wie Claus Leggewie es so schön formuliert, „eine Art innere Kündigung bei ihren Schutzmächten“ vor.² Zugleich befanden sich die maßgeblichen Akteure des Ost-West-Konflikts noch in einem nuklearen Kräftemessen. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen begannen deshalb darüber nachzudenken, was die Prämissen des Kalten Krieges waren, und sie überlegten, ob sie ihnen noch etwas bedeuteten. Diese Entwicklung zeitlich einzugrenzen ist nicht leicht; sie begann in den späten siebziger Jahren, verdichtete sich in der Hochphase des Streits 1983, flaute auch nicht ab, als die Raketen stationiert waren, sondern kulminierte um 1984/85 zu einer deutlich vernehmbaren Grundforderung in der Sozialdemokratie.

Sicher ist: Wer in der SPD Kritik an Gleichgewicht und Abschreckung übte, der distanzierte sich zunächst von den eingespielten Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern der Supermächte. Erhard Eppler war einer derjenigen, die mit der internationalen Sicherheitspolitik brechen wollten. Er kritisierte Gleichgewicht und Abschreckung, weil er sie für den Rüstungswettlauf verantwortlich machte. Während er die Abschreckung als „ein System von Drohung und Gegendrohung“ begriff, in dem „jeder seine Sicherheit darin sucht, daß er die Bedrohung des andern steigert“, machte er das Gleichgewichtdenken dafür verantwortlich, dass beide Seiten in der Vergangenheit immer weiter aufgerüstet hätten, weil sie annahmen, dass die jeweils andere Seite das Gleichgewicht missachtete und vorrüstete.³ Es gebe „keine sicherere Methode, sich und den andern umzubringen, als den Versuch, perfekte Sicherheit zu errüsten“, schrieb Eppler 1983.⁴ Weil SPD-Mitglieder das Gleichgewicht für suspekt und die Abschreckung für überwindungsbedürftig hielten, begannen sie, nach Alternativen und Wegen aus der „Sackgasse der Abschreckung“ zu suchen.⁵ So war bald nicht mehr der Doppelbeschluss als konkretes Ereignis der Gegenstand des Nachrüstungsstreits, sondern seine sicherheitspolitischen Prämissen.⁶ Alle Versuche, die Beziehungen der Supermächte neu zu definieren und damit auch die etablierte Sicherheitspolitik zu verändern, wurden von der Überzeugung getragen, dass West und Ost im Atomzeitalter nur noch gemeinsam überleben konnten.⁷ Was war damit gemeint?

¹ Vgl. Kaldor: *Imaginary War*, S. 165f.; das traf auch auf internationale Organisationen zu, vgl. Iriye: *Community*, S. 161–163.

² Claus Leggewie: *Die Zeitenwende. Noch ein Gedenkjahr: 1979 prägt die Welt bis heute*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21. 1. 2009.

³ Eppler: *Utopie*, S. 25, 33; ähnlich bei Lafontaine: *Angst*, S. 92f.

⁴ Eppler: *Utopie*, S. 28.

⁵ Karl-Heinz Klär: *Aus der Sackgasse der atomaren Abschreckung*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 34 (1987), S. 984–988; Th. Bender: *SPD*, S. 75.

⁶ Vgl. Bahr: *Sozialdemokratische Sicherheitspolitik*, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 105–110.

⁷ Dazu Rother: *Security*; vgl. grundlegend zum Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ F. Fischer: *Interesse*, S. 132–159; jüngst Herkendell: *Deutschland*, S. 86f.

Als Bundeskanzler Helmut Schmidt am 26. Mai 1978 zur 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung in New York City sprach, prägte er den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“, der für die sozialdemokratische Debatte tonangebend werden sollte.⁸ Zu diesem Zeitpunkt war der Doppelbeschluss noch nicht verabschiedet, und die SPD trat noch als geschlossene Regierungspartei auf – doch das Nachdenken über Alternativen zum „Abschreckungsfrieden“ nahm schon Konturen an. Bereits einen Monat vor Schmidt hatte der Parteivorsitzende Brandt das Motiv der „Sicherheitspartnerschaft“ verwendet, als er zu einer Konferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki sprach.⁹ Ob sich Schmidt von dieser Rede inspirieren ließ, ist unklar; doch in einem Halbsatz, der nicht in seinem Manuskript stand, sprach er 1978 in New York City von der Sicherheit der Blocksysteme, die nur gemeinsam erreicht werden könne.¹⁰ Es gebe „viel zu viele Feindschaften auf der Welt“ sagte Schmidt. „Was wir statt dessen brauchen, ist Partnerschaft. Sie muss aus der Erkenntnis entspringen, daß keiner allein seine Sicherheit und seinen Frieden sichern kann.“¹¹ Freilich war das Konzept der „Sicherheitspartnerschaft“ alles andere als revolutionär.¹² Es dachte die Entspannungsidee weiter, indem es sie auf den militärischen Bereich ausdehnte. Dass Schmidt mit dem, was er „Sicherheitspartnerschaft“ nannte, keine konkreten Forderungen verband, unterschied seine Idee vom Begriff der „Gemeinsamen Sicherheit“, wie er ab 1982 in der SPD populär wurde.¹³

„Sicherheitspartnerschaft“ war in der politischen Debatte der Bundesrepublik rasch ein feststehender Terminus. Sie gehörte auch zum Sprachschatz des Kanzlers, der sie nun bei zahlreichen Anlässen vorbrachte.¹⁴ Schmidt rückte diesen Gedanken in die Nähe zur christlichen Ethik;¹⁵ seinen Frieden mit dem Gegner zu suchen, entsprach einer Maxime der Bergpredigt.¹⁶ Auch andere Sozialdemokraten griffen das Konzept auf und stellten es in den Kontext ihres christlichen Glaubens.¹⁷ Freilich war sich die SPD einig, dass die Sorge vor einem Atomkrieg den ideologischen Gegensatz zur Sowjetunion nicht überwiegen durfte. Während die Unterstützer der „Sicherheitspartnerschaft“ betonten, dass sie den kommunistischen Totalitarismus nicht akzeptierten, auch wenn sie sich um ein politisches und militärisches Arrangement mit ihm bemühten, stellten sie gleichzeitig heraus,

⁸ Rede des Bundeskanzlers vor den Vereinten Nationen, in: *Bulletin* 55/1978, S. 529–535; Schmidt: Gleichgewicht ist eine ständige Aufgabe, in: *Die Neue Gesellschaft* 25 (1978), S. 668–674, hier S. 668.

⁹ Brandt: Entspannung und Abrüstung. Rede auf der Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki am 26. April 1978, in: *Die Neue Gesellschaft* 25 (1978), S. 478–481.

¹⁰ Rede des Bundeskanzlers vor den Vereinten Nationen, in: *Bulletin* 55/1978, S. 530.

¹¹ Ebenda, S. 535; Fünf Vorschläge für den Frieden, in: *Sozialdemokrat Magazin*, 7/1978, S. 16.

¹² Vgl. auch Bernhard Zepter: „Sicherheitspartnerschaft und partnerschaftliche Zusammenarbeit“. Eine Dokumentation über Entstehung und Verwendung der Begriffe, 15.12.1986, AdSD, 1/HEAA000694.

¹³ Siehe dazu auch den Leitartikel von Robert Held: Sicherheitspartnerschaft?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. 10. 1982.

¹⁴ Exemplarisch seine Ausführungen in: European-American Workshop on Current Security Issues der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Großer Sitzungssaal, Aussprache mit Bundeskanzler Helmut Schmidt am Freitag, 25. 6. 1982, 15.00–17.00 Uhr, 25. 6. 1982, AHS, Eigene Arbeiten.

¹⁵ Siehe Helmut Schmidt: Rede zum Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing am 26. 1. 1982, 26. 1. 1982, S. 9, AdSD, 1/HSAA010437.

¹⁶ Auch Wiechmann: Bergpredigt, S. 345.

¹⁷ Dazu Roman Röhrig: Thesen zur Sicherheitspartnerschaft, 21. 7. 1983, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7618; Ehmke: Sicherheitspartnerschaft, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 110–114; Voigt: Die Funktionen von NATO und Warschauer Pakt auf dem Wege zur Sicherheitspartnerschaft, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 32 (1985), S. 134–139.

dass West und Ost bei allen ideologischen Gegensätzen durch ein gemeinsames Interesse verbunden waren: den Atomkrieg zu verhindern.¹⁸ Was Schmidt „Sicherheitspartnerschaft“ genannt hatte, fasste eine Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme wenige Jahre später und mit einigen Nuancierungen als „Gemeinsame Sicherheit“. 1980 hatte Palme von den Vereinten Nationen den Auftrag erhalten, eine „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“ zu gründen und zu leiten.¹⁹ Ihr gehörten unter anderem Egon Bahr, die ehemaligen Außenminister der USA und Großbritanniens, Cyrus Vance und David Owen, sowie Georgi Arbatow von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften an. Auf Anregung von Palme begann sich Bahr in diesem Gesprächsrahmen mit einem neuen sicherheitspolitischen Konzept zu beschäftigen.²⁰ Er war es, der „Gemeinsame Sicherheit“ in die Kommissionsarbeit einbrachte.²¹ Der 1982 vorgelegte Abschlussbericht formulierte den Gedanken noch etwas hölzern:

„Sollte ein Atomkrieg ausbrechen, wäre allen Nationen das gemeinsame Schicksal der Vernichtung beschieden. Die Anerkennung dieser wechselseitigen Abhängigkeit bedeutet, daß die Nationen damit beginnen müssen, ihre Sicherheitspolitik in gemeinsamer Zusammenarbeit festzulegen.“²²

Weil ein Atomkrieg gleichermaßen das Ende von Ost und West bedeuten würde, mussten die Blöcke daran gehen, ihr Verhältnis neu zu ordnen. Das Konzept sollte, und dies ist der wesentliche Unterschied zur „Sicherheitspartnerschaft“, die Abschreckungsstrategie nicht lediglich ergänzen, sondern langfristig ablösen.²³ Bahr dachte die „Gemeinsame Sicherheit“ also selbst als eine sicherheitspolitische Strategie.²⁴

Die SPD-Parteiorganisation nahm die Ergebnisse des Palme-Berichts interessiert auf.²⁵ Denn im sozialdemokratischen Diskurs spielte „Gemeinsame Sicherheit“ längst eine Rolle. Bahr hatte das Konzept erstmals auf dem „Friedensforum“ der SPD am 27. August 1981 vorgestellt. In seinem Referat, das in zehn Thesen gegliedert war, formulierte er „den Begriff des gemeinsamen Gleichgewichts“, der auf der Überzeugung fußte, dass das Gleichgewicht „nicht eine Seite allein bestimmen“ konnte.²⁶ Sicherheit sei „nicht mehr mi-

¹⁸ Exemplarisch Ulrich Simon: Sicherheitspartnerschaft mit den Sowjets?, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 405–409.

¹⁹ Siehe Palme: Einleitung; [Ohne Verfasser:] Palme-Bericht, Anhang III; dazu W. Schmidt: Euromissile Crisis.

²⁰ Vgl. Bahr an Palme, 18. 4. 1980, AdsD, 1/EBAA000097; Palme an Bahr [22. 8. 1980], AdsD, 1/EBAA000588; Dingels an Bahr: Olof Palme – Kommission für internationale Abrüstungsfragen, 24. 4. 1980, AdsD, 1/EBAA000588; Bahr: Zeit, S. 513–516.

²¹ Egon Bahr: Mutual Security [Paper presented to the Palme Commission], November 1981, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 247; Hans Dahlgren: Independent Commission on Disarmament and Security Issues, Summary of Proceedings, Eighth Meeting, Tokyo, December 4–6, 1981, 16. 12. 1981, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 251.

²² [Ohne Verfasser:] Palme-Bericht, S. 22.

²³ Ebenda, S. 156.

²⁴ Am Ende des Jahres 1982 fasste Vance den Grundgedanken des Palme-Berichts anschaulich in einer Rede zusammen. Vance: „Common Security: The Future of Arms Control“, Remarks at Founder’s Day Ceremony, Mount Holyoke College, South Hadley, Massachusetts, 7. 11. 1982, insb. S. 2f., GUL, Warnke Papers, b 11, f 9.

²⁵ Vgl. Palme-Kommission für atomwaffenfreie Zone, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 18. 6. 1982, Nr. 10; Roland Krönke: Friedliche Koexistenz als Methode und Ziel. Rechtzeitig zur UN-Sondersitzung über Abrüstung legte die internationale Kommission Olof Palmes ihre Empfehlungen vor, in: *Vorwärts*, 3. 6. 1982, S. 16.

²⁶ Bahr: Thesen, S. 10.

litärisch zu gewinnen, sondern nur politisch zu erreichen, nicht gegeneinander, sondern miteinander“.²⁷ Vertrauen in die Rationalität des Gegners war eine entscheidende Vorbedingung dafür, dass das Konzept funktionieren konnte. Die Supermächte sollten sich selbst als Partner in einer Rationalitätsgemeinschaft begreifen; sie sollten auf die Verlässlichkeit des anderen vertrauen.²⁸ Weil bei einem Atomkrieg die Existenz des Planeten auf dem Spiel stehe und die beiden Supermächte im Untergang vereint wären, müssten die verfeindeten Systeme ihre Sicherheit von nun an gemeinsam organisieren. Eine andere Option blieb ihnen im Atomzeitalter nicht mehr, sagte Bahr. Als ihm dann im Mai 1982 in Rastatt der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen wurde, hielt er eine Rede, in der er „Gemeinsame Sicherheit“ konkret ausbuchstabierte.²⁹ Nun machte er drei Vorschläge, die über das hinausgingen, was von seinen früheren Vorträgen und vom Palme-Bericht bekannt war.³⁰ Während das Abschlussdokument der Kommission eine 300 Kilometer breite „Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen in Europa“ vorschlug,³¹ sollten nach Bahr die Atomwaffen aus allen europäischen Staaten abgezogen werden, „die nicht über sie verfügen“.³² So entstehe „eine atomwaffenfreie Zone“, argumentierte er, die in ihrer geographischen Ausdehnung deutlich über den Palme-Vorschlag hinausging.³³ Die Abschreckungsstrategie jedoch war für Bahr schon jetzt bloß noch „eine Übergangstheorie“.³⁴ Wenige Tage, nachdem der Palme-Bericht veröffentlicht worden war, und anknüpfend an Bahrs Tutzing Reden aus dem Jahr 1963, in der er die Grundlinien der Entspannungspolitik skizziert hatte, nannte „Die Neue Gesellschaft“ die Rastatter Rede „Tutzing II“.³⁵

Was in Rastatt 1982 zur Sprache kam, war noch nicht der Abschied von der Grundprämisse des Kalten Krieges, dem ideologischen Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur, denn Bahr verstand sein Konzept als „Fortsetzung der Entspannungspolitik auf militärischem Sektor“.³⁶ Es war auch nicht die kopernikanische Wende der Außen- und Sicherheitspolitik, denn die Kontinuitäten zu den fünfziger Jahren waren offensichtlich.³⁷ Seit den Anfängen des Atomzeitalters hatten sich die Supermächte bei allen Gegensätzen

²⁷ Ebenda, S. 11.

²⁸ Zur Bedeutung von Vertrauen in den internationalen Beziehungen siehe einführend Kreis: Arbeit; Gassert: Vertrauen, S. 25–27; kontextualisierend Aschmann: Gefühl; der große historische Rundumblick bei Frevert: Vertrauensfragen.

²⁹ Bahr: Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 659–668, hier S. 659. Bahr hatte schon im Jahr zuvor in Rastatt eine Rede gehalten, in der sich Motive der „Gemeinsamen Sicherheit“ fanden. F. Fischer: Interesse, S. 132.

³⁰ An Helmut Gollwitzer schrieb Bahr, dass er das Konzept bereits im Oktober 1981 fertig gestellt, dann aber eine günstige Gelegenheit für die Veröffentlichung abgewartet habe. Bahr an Gollwitzer, 7. 6. 1982, S. 2, AdsD, 1/EBAA000053.

³¹ [Ohne Verfasser:] Palme-Bericht, S. 164.

³² Bahr: Ansatz, S. 665.

³³ Zweitens müsste ein konventionelles Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt hergestellt werden, drittens schließlich sollten die „beiden Bündnisse mit ihren Verpflichtungen und Garantien [...] unverändert“ bleiben. Ebd.; Jens Fischer: Dann muss es Krach geben. Rastatter Tage der Gustav-Heinemann-Initiative: Dialog in Angst um den Frieden, in: *Vorwärts*, 28. 5. 1981, S. 19.

³⁴ Bahr: Ansatz, S. 660. Auch wenn „Gemeinsame Sicherheit“ die „Abschreckung langfristig ersetzen“ sollte, bleibe das etablierte Konzept, wie Bahr mehrmals betonte, weiterhin in Kraft. Ebenda, S. 662; vgl. im Detail auch Th. Bender: SPD, S. 76–84, 96–99.

³⁵ Bahr: Ansatz, S. 659 (s. Anm. 29).

³⁶ Bahr: Gemeinsame Sicherheit, S. 572.

³⁷ Vgl. F. Fischer: Interesse, S. 134–136.

und Konflikten stets als Partner begriffen, den Atomkrieg abzuwenden. Schon ein 1946 durch den US-amerikanischen Philanthropen und Diplomaten Bernard Baruch ausgearbeiteter Plan forderte, die Atomenergie einem internationalen Kontrollregime zu unterwerfen.³⁸ Vergleichbare Ideen waren ein wiederkehrendes Phänomen jener Epoche, die wir Kalter Krieg nennen. Wo Konfrontation vorherrschend war, gab es Ratschläge, wie die Konfliktursachen eingeehrt werden könnten. In solchen Traditionslinien stand das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“.³⁹ Dennoch war es auf seine Weise revolutionär. Wenn es richtig ist, dass in der Logik des Kalten Krieges die Waffen nur so lange schwiegen, wie sich keine Seite einen militärischen Vorteil von einem Angriff versprach, dann rückte die SPD nun von diesem Prinzip ab. Mit der „Gemeinsamen Sicherheit“ wollte sie die Konfrontation als Strukturmerkmal der Systemauseinandersetzung verabschieden und durch Kooperation ersetzen. Das sollte bedeuten, dass die Supermächte sich mehr Vorteile davon erhoffen durften, friedlich miteinander zu leben, als wenn sie sich atomar bedrohten. Gewissermaßen war dies für die SPD der Einstieg in den Ausstieg aus dem System des Kalten Krieges.

Zu Anfang war „Gemeinsame Sicherheit“ in der SPD noch umstritten.⁴⁰ Doch bald schon und zuerst an der Parteibasis sammelten sich die Mitglieder hinter dem Konzept. Auf zahlreichen regionalen Parteiversammlungen wurde darüber diskutiert.⁴¹ Auf ihrem Parteitag in München beschloss die SPD im April 1982, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die „Neue Strategien“ definieren sollte.⁴² Der 1983 vorgelegte Bericht begründete die Notwendigkeit von „Gemeinsamer Sicherheit“ in einem großen politischen und historischen Bogen. Während die Arbeitsgruppenmitglieder das Konzept noch nicht als Ersatz für die Abschreckungsstrategie akzeptierten, eigneten sie sich den Vorschlag für eine „schrittweise Einrichtung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa“ an.⁴³

Nun war die atomwaffenfreie Zone eine Idee, die auch im sozialdemokratischen Fordernskatalog eine lange Geschichte hatte.⁴⁴ Dass es Korridore geben müsse, in denen keine Atomwaffen lagerten, wurde diskutiert, seitdem die Kernspaltung militärisch nutzbar geworden war.⁴⁵ In den fünfziger Jahren entwickelten Wissenschaftler, Politiker und Friedensaktivisten den Vorschlag, damit zur Entschärfung der Systemauseinandersetzung beizutragen. Mit dem Godesberger Programm von 1959 hielt die Idee Einzug in die SPD.⁴⁶ Doch bekanntlich wurde daraus nichts. In den achtziger Jahren aber, als der Atomkrieg wieder zu drohen schien, erlebte der Plan sein Comeback. Solange die SPD an der Regie-

³⁸ Baruch: Story, S. 388.

³⁹ Bahr arbeitete das Konzept in den folgenden Jahren weiter aus, insbesondere nachdem er 1984 Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik geworden war. Bahr: Gemeinsame Sicherheit.

⁴⁰ Siehe Biermann an Bahr: Verlaufsprotokoll der Sitzung der Kommission sicherheitspolitischer Antrag am 17. 12. 1981, 18. 12. 1981, S. 11f., AdsD, 1/EBAA000805.

⁴¹ Exemplarisch: Friedens- und Sicherheitspolitik. Antrag des SPD-Unterbezirks Hof zum Landesparteitag der SPD Bayern [Januar 1982], AdsD, 1/BFAA000707; Fuchs: Frieden, S. 62–65.

⁴² SPD-Parteitag, München 1982, 2. Bd.: Anträge, S. 914; vgl. auch F. Fischer: Interesse, S. 152; Enders: SPD, S. 195f.

⁴³ Kriegsverhinderung im Atomzeitalter. Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ beim SPD-Parteivorstand, in: *Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* 9/1983, S. 5f.

⁴⁴ Dazu knapp Th. Bender: SPD, S. 81f.

⁴⁵ Vgl. die Analyse und die Belege in Kapitel II.2. „Wege aus der Blockkonfrontation“.

⁴⁶ SPD-Parteivorstand: Godesberger Programm, S. 12.

nung war – also bis September 1982 –, hielt sie ihn freilich für „unrealistisch“. ⁴⁷ Aber schon das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 1983 sprach wieder von einem atomwaffenfreien Europa. ⁴⁸ Der SPD-Bundesparteitag im Mai 1984 in Essen erklärte die „Gemeinsame Sicherheit“ schließlich zum Ziel der Partei. ⁴⁹ Erst nachdem die Nachrüstungskontroverse abgeklungen war und sich die Gemüter beruhigt hatten, fand die SPD die Kraft, das Ende des Abschreckungszeitalters auszurufen. In der Tat unterschied sich der Essener Beschluss von 1984 in einem wesentlichen Punkt vom Bericht der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ aus dem Jahr davor, der die Grundlage für den Leitantrag zum Parteitag in Essen gebildet hatte: Denn „Gemeinsame Sicherheit“ sollte die Abschreckungsstrategie ablösen. ⁵⁰ Während die Frage, ob die Abschreckung so lange fortgelten müsse, bis „Gemeinsame Sicherheit“ realisiert sei, die Sozialdemokraten noch einmal zerrüttete, als es um die Ausformulierung des Leitantrages zum Parteitag 1986 in Nürnberg ging, ⁵¹ wuchs selbst in den Unionsparteien die Zahl derer, die am Sinn von Gleichgewicht und Abschreckung zweifelten. So eignete Kurt Biedenkopf, der Vorsitzende der CDU Westfalen-Lippe, sich im Gespräch mit Bahr den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ an. ⁵² Selbst der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel, lange Zeit einer der klarsten Befürworter des Doppelbeschlusses, distanzierte sich 1986 von der Abschreckungsstrategie. ⁵³

Innerparteilich war „Gemeinsame Sicherheit“ ein Instrument, mit dem sich die zerstrittene Mitgliedschaft wieder versöhnen ließ. ⁵⁴ Freilich traten Kritiker des Konzepts auf den Plan und zeigten, wie isoliert die SPD auf der internationalen Bühne war. Der Ort, an dem die Beteiligten über „Gemeinsame Sicherheit“ stritten, war die Palme-Kommission. In ihrem Abschlussbericht konnten sich die Mitglieder nämlich nicht durchringen, den Supermächten zu empfehlen, Atomwaffen nur dort zu stationieren, wo über sie entschieden wurde. ⁵⁵ Dieser Vorschlag stammte von Bahr und war in der Kommissionsarbeit auf erheblichen Widerstand gestoßen. ⁵⁶ Der ehemalige US-Außenminister Cyrus Vance gab

⁴⁷ Gode Japs/Roland Krönke: Keine Insel der Seligen. Hans Apel: Atomwaffenfreies Europa ist derzeit unrealistisch [Interview], in: *Vorwärts*, 3. 12. 1981, S. 2; Johann Jul: „Ausgaben für Verteidigung sofort einfrieren“. SPD Schleswig-Holstein beschloss Leitlinien für den nächsten Landtagswahlkampf. Für atomwaffenfreie Zone, in: *Vorwärts*, 10. 6. 1982, S. 7.

⁴⁸ SPD-Parteivorstand: SPD-Regierungsprogramm 1983–1987, S. 56.

⁴⁹ Vgl. dazu überblicksartig F. Fischer: Interesse, S. 162–166.

⁵⁰ Der entscheidende Satz lautete: „Ein neues Sicherheitskonzept muß von der nuklearen Abschreckung wegführen und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so daß langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht wird.“ Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. 5. 1984 in Essen. Anhang: Angenommene und überwiesene Anträge, Essen [1984], S. 745.

⁵¹ Dazu die synoptische Übersicht über Ergänzungs- und Änderungsvorschläge; Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 7. 4. 1986, 13. 3. 1986, AdSD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur; dazu auch Protokoll der 9. Sitzung der Kommission Sicherheitspolitik der SPD am 22. 11. 1985, Erich-Ollenhauer-Haus, Bonn, undatiert, IFZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 89. – Im Nürnberger Beschluss fehlte dann eine entsprechende Passage, vgl. SPD-Parteitag, Nürnberg 1986, 2. Bd.: Anträge, S. 863, 865.

⁵² „Sicherheitskonzepte nach der Nachrüstung“. Abschrift der Diskussion zwischen Egon Bahr und Kurt Biedenkopf am 2. 2. 1984 in Bielefeld [16. 2. 1984], AdSD, WBA, A11. 13, 82.

⁵³ Apel: Sicherheit, S. 35.

⁵⁴ Vgl. F. Fischer: Interesse, S. 154.

⁵⁵ Vgl. dazu Bahr: Vorwort, S. 8f.

⁵⁶ Egon Bahr: Mutual Security [Paper presented to the Palme Commission], November 1981, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 247. Während einer Sitzung in Ditchley Park in Oxfordshire kam es zum Showdown. Hans Dahlgren: Independent Commission on Disarmament and Security Issues, Summary

1982 zu bedenken, dass die NATO nukleare Waffen benötige, um den Gegner erfolgreich abzuschrecken.⁵⁷ Unterstützung erhielt er von dem Norweger Johan Holst, einem wissenschaftlichen Gutachter der Kommission, der einen Kompromissvorschlag unterbreitete, mit dem er die Streitfrage entschärfte: Statt alle Waffen aus den Nichtatomstaaten abzu ziehen, sollten sie entlang des „Eisernen Vorhangs“ zurückgezogen werden.⁵⁸ Der Streit, ob die atomwaffenfreie Zone in Europa durch einen Korridor oder einen Abzug der Sprengköpfe aus den Nichtnuklearstaaten realisiert werden sollte, trug sich mit verteilten Rollen 1983 auch in der Arbeitsgruppe „Neue Strategien“ zu. Auf der einen Seite stand Bahr mit seinem aus der Palme-Kommission bekannten Entwurf. Dagegen plädierte Horst Ehmke wie Vance und Holst für die 300 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone, die schrittweise zu einem atomwaffenfreien Europa ausgedehnt werden könnte.⁵⁹ Ehmke und Bahr konnten sich nicht einigen, und die divergierenden Auffassungen wurden als alternative Formulierungen in das Strategiepapier übernommen.⁶⁰

Als Vance gemeinsam mit dem ehemaligen britischen Außenminister David Owen 1982 dazu ansetzte, in einem Brief an die Außenminister der NATO-Staaten sowie an NATO-Generalsekretär Joseph Luns für die Vorschläge der Kommission zu werben, mussten sie erfahren, dass es in den Regierungen kaum Bereitschaft gab, auf ihre Ideen einzugehen.⁶¹ Auch Schmidt, der zu den Empfängern gehörte,⁶² begrüßte zwar, was die Kommission vorschlug, unterstrich jedoch, „daß es für die überschaubare Zukunft kein besseres Konzept als unsere politische Strategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung“ gebe.⁶³ In seiner ausführlichen Antwort erklärte er seine Zweifel, dass die Idee einer atomwaffenfreien Zone umgesetzt werden könnte:

„Meine Skepsis gründet sich zunächst auf die geostrategische und geopolitische Lage Europas. Die Sowjetunion könnte ihre Waffen hinter diese Linie problemlos zurückziehen und in einer Krisensituation in Kürze wieder zurückverlegen. [...] Ich darf zum zweiten daran erinnern, daß die Masse der Trägerwaffen der Nato dual capable sind. Die Rückverlegung der nuklearfähigen Rohrtartillerie der NATO würde eine erhebliche Schwächung der Fähigkeit unserer Streitkräfte zur konventionellen Vorverteidigung bewirken. Außerdem würden ganz erhebliche operative Erschwernisse dadurch

of Proceedings, Eleventh Meeting, Ditchley Park, Oxford, March 19–22, 1982, 22. 3. 1982, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 251.

⁵⁷ Vance: Arguments against Bahr Proposal [hs., Dezember 1981], S. 2, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 247.

⁵⁸ Holst an Palme/Bahr u. a.: Compromise Formula for how to deal with the issue of nuclear weapons in Europe in the Final Report, 20. 3. 1982, YUL, Vance Papers, s III, b 35, f 250; Bahr gab seinen erfolglosen Vorschlag in einem separaten Text zu Protokoll. [Ohne Verfasser:] Palme-Bericht, Anhang II, S. 199.

⁵⁹ Siehe Stehr: Protokoll der Sitzung der AG „Neue Strategie“ vom 6. 5. 1983, 10. 5. 1983, S. 2f., IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 94.

⁶⁰ Kriegsverhinderung im Atomzeitalter, S. 7 (s. Anm. 43). Dazu auch Rapport du Groupe de Travail „Nouvelles Stratégies“ auprès du Bureau Exécutif du SPD, undatiert, CAS, 70 RI, 7. – Auch längerfristig konnten sich Bahr und Ehmke nicht auf ein Verfahren einigen: Ehmke an Bahr, 6. 1. 1984, AdsD, 1/EBAA000640; Bahr an Ehmke, 11. 1. 1983, AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 188; sowie Ehmke an Bahr, 17. 1. 1984, AdsD, 1/EBAA000640.

⁶¹ Exemplarisch David Owen/Vance an George P. Shultz, 29. 9. 1982, YUL, Vance Papers, s III, b 36, f 262. – Siehe die Antworten: YUL, Vance Papers, s III, b 36, f 262. Insbesondere die französische Regierung lehnte die Vorschläge rigoros ab: Ministère des Affaires Étrangères de la France an L’Ambassade de Suède, 15. 4. 1983, CAS, 70 RI, 7.

⁶² Owen/Vance an Schmidt, 29. 9. 1982, YUL, Vance Papers, s III, b 36, f 262.

⁶³ Schmidt an Vance/Owen, 9. 12. 1982, YUL, Vance Papers, s V, b 54, f 89; auch in AdsD, 1/EBAA000512; zur Position Schmidts ausführlicher F. Fischer: Interesse, S. 155–157.

eintreten, daß die östlich der 150-km-Linie stehenden Divisionen sich in ihrer Ausstattung wesentlich von den westlich davon stehenden Divisionen unterscheiden würden. [...] Zum dritten sehe ich die Verifizierungsschwierigkeit: Inspektionsteams vor Ort wären unabdingbar, eine Vorstellung, gegen die die Sowjetunion sich stets entschieden gewehrt hat. [...] Viertens schließlich sträubt sich mein politischer Instinkt dagegen, daß innerhalb der NATO ausschließlich mein Land eine besondere Behandlung erfahren soll. Jedes Singling out meines Landes begegnet erheblichen Bedenken – sie könnten lediglich in dem geographisch viel weitergreifenden MBFR-Raum minimiert [sic] werden.“⁶⁴

Wie Schmidt reagierte die US-Regierung ablehnend auf das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ und die Idee einer atomwaffenfreien Zone.⁶⁵ Als der stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Perle 1984 die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn besuchte, um vor den Teilnehmern der deutsch-amerikanischen Konferenz zu Sicherheitsfragen zu sprechen, nutzte er „den Workshop, um scharfe Kritik an den sicherheitspolitischen Beschlüssen des Essener Parteitages der SPD zu üben“.⁶⁶ Auch zwei Jahre später betonte er am selben Ort, dass die Sowjetunion „niemals ein Sicherheitspartner sein“ könne, „denn sie definiere ihre eigene Sicherheit stets so, daß die Sicherheit der anderen gefährdet sei“.⁶⁷ Die Divergenzen zwischen dem Erich-Ollenhauer-Haus und der Regierung in Washington waren gewaltig. Wer wie die US-Regierung

„die sowjetische Partei- und Staatsführung für unveränderlich orthodox hielt, sah keine Hoffnung für Abrüstung und Entspannung, aber auch keinen Sinn in den Vorschlägen der SPD, die auf ‚gemeinsame Sicherheit‘ als Grundlage für eine neue Regelung der Beziehungen oder auf ‚strukturelle Nichtangriffsfähigkeit‘ hinauslaufen“,

wie die Sozialdemokraten selbst erkannten.⁶⁸ Nicht anders verhielt es sich mit der Reaktion der französischen Sozialisten auf die „Gemeinsame Sicherheit“. Sie konnten kein gemeinsames Sicherheitsinteresse mit der Sowjetunion ausmachen.⁶⁹ So notierte der Internationale Sekretär des PSF Jacques Huntzinger 1985 auf einem Redemanuskript des niederländischen Sozialdemokraten Klaas de Vries bei dem Begriff „common security“: Was habe Frankreich mit der Sowjetunion gemeinsam?⁷⁰ Das Ergebnis der Palme-Kommission sei „[p]as la position du PS“.⁷¹ Auch die atomwaffenfreie Zone lehnte er ab.

⁶⁴ Schmidt an Vance/Owen, 9. 12. 1982; MBFR steht für *Mutual and Balanced Force Reductions*. Als die SPD dann über das Papier „Neue Strategien“ debattierte, erteilte Schmidt im SPD-Vorstand der atomwaffenfreien Zone auch parteiintern eine Absage. Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 30. 1. 1984, S. 7, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsssekretariat, ohne Signatur; auch Schmidt an Bahr, 1. 10. 1985, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92.

⁶⁵ Vgl. Stobbe an Vogel u. a.: Bericht über meinen Aufenthalt in Washington am 20. und 21. 10.; hier: Gespräche über die Grundsätze für eine nuklearwaffenfreie Zone, 23. 10. 1986, AdsD, Nachlass Stobbe, 77; Bericht über die USA-Reise von Oskar Lafontaine vom 21. 09. bis 30. 09. 1987, 7. 10. 1987, AdsD, 1/HEAA000615.

⁶⁶ So die Analyse von Wilhelm Bruns: Erste Auswertung unserer fünften europäisch-amerikanischen Konferenz über Sicherheit und Abrüstung am 28. und 29. 6. 1984 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, 13. 7. 1984, S. 1, AdsD, Vorlass Voigt, H 133; dazu auch FRG: New Contours in the SPD Security Debate [1984], RRL, Donald R. Fortier Files, b 90736, f NATO (January 1984-03/20/1984).

⁶⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung: VII. Europäisch-Amerikanische Sicherheitskonferenz am 27. und 28. 5. 1986, 6. 6. 1986, S. 1, AdsD, 1/HJVA101501.

⁶⁸ Ebenda, S. 8; vgl. auch F. Fischer: Interesse, S. 266–305.

⁶⁹ Siehe Boniface: Réunion PS/SPD, Bonn, 10/01/84, undatiert, CAS, 405 RI, 16; im Anhang befinden sich hs. Gesprächsnotizen; Veronika Isenberg: Aufzeichnung: Gespräch zwischen der SPD und der PSF über Sicherheitspolitik am 26. 11. 1983 in Paris, 30. 11. 1983, AdsD, WBA, A11.8, 41.

⁷⁰ Rencontre de Lisbonne des partis socialistes européens des pays membres de l’alliance atlantique 20–22 mars 1985, undatiert, CAS, 70 RI, 29.

⁷¹ Palme Commission, undatiert, CAS, 60 RI, (WB), 229.

Trotz der massiven Kritik, die der SPD begegnete, suchten die Sozialdemokraten nach Wegen, wie „Gemeinsame Sicherheit“ realisiert werden könnte. Ihre Sonderaußenpolitik, mit der sie Ende 1982 begannen und die zeitgenössisch „Zweite Ostpolitik“ oder „Neben-Außenpolitik“ genannt wurde, ist von Frank Fischer umfassend aufgearbeitet worden.⁷² Sozialdemokraten wollten ihre Ostpolitik über die Phase erneuter Konfrontation zwischen den Supermächten hinwegretten, und es blieb ihnen, nahmen sie an, nichts anderes übrig, als selbst die Initiative zu ergreifen. Deshalb besannen sie sich auf ihre Kontakte zu den kommunistischen Staatsparteien im Machtbereich des Warschauer Paktes. Früh waren sich die Nachrüstungsgegner in der SPD mit Ost-Berlin einig, dass eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bundesrepublik und der DDR erstrebenswert sei.⁷³ Flankiert von Initiativen regionaler SPD-Gliederungen – der Arbeitskreis „Kirche“ der SPD Lüneburg forderte bereits 1983 eine atomwaffenfreie Zone für die Kreise Lüneburg, Hagenow und Ludwigslust, die beiden letzteren auf dem Territorium der DDR⁷⁴ – arbeiteten Sozialdemokraten um Egon Bahr mit der SED einen Vertrag zur Errichtung einer chemiewaffenfreien Zone aus, der im Juni 1985 der Presse vorgestellt wurde.⁷⁵ Ein Jahr später folgte die Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone.⁷⁶ Auch zu anderen Staatsparteien in Osteuropa nahm die SPD den Gesprächsfaden auf.⁷⁷ Was versprach sich die SPD davon? Sie wollte sich selbst, der Bundesregierung, den westlichen Verbündeten und der Sowjetunion zeigen, dass das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ realisierbar war.⁷⁸ Sie verstand ihre Sonderaußenpolitik aber „auch als nach innen gerichtete Außenpolitik – mit dem Ziel, die nächste Wahl in Bonn und damit das Mandat für die Außenpolitik zu gewinnen“.⁷⁹ Die SED hatte indessen etwas anderes im Sinn, wenn sie sich mit der westdeutschen Sozialdemokratie an einen Tisch setzte. Dass sie die Einheit des Westens unterminieren und die Bundesrepublik aus der Allianz mit den Vereinigten Staaten lösen könnte – daran glaubten die Funktionäre in Ost-Berlin immer noch. Wenn sich ihre Standpunkte denjenigen der größten Oppositionspartei in der Bundesrepublik annäherten, war dies ein willkommener Nebeneffekt, der sie ihrem Ziel näher brachte.⁸⁰ Inner-

⁷² F. Fischer: Interesse, S. 169–355; auch Sturm: Uneinig, S. 63–109.

⁷³ So Günther Jansen: Treffen von Vertretern des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein und einer SED-Delegation vom 26. bis 28. 4. 1984 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente, 30. 4. 1984, AdsD, 1/HEAA000587.

⁷⁴ SPD-Unterbezirk Lüneburg an Willi Stoph, 17. 8. 1983, SAPMO-BArch, DY 30/14606, Bl. 217f.

⁷⁵ Abgedruckt in *Vorwärts*, 22. 6. 1985, S. 10.

⁷⁶ Abgedruckt in *Vorwärts*, 25. 10. 1986, S. 34–37; siehe zur Ausarbeitung des Abkommens Axen an Erich Honecker: Information über das 1. Treffen der Arbeitsgruppen von SED und SPD zu Fragen der Bildung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa am 6. 12. 1985 in Berlin, 18. 12. 1985, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/78, Bl. 107–118; Bericht über das 2. Treffen der Arbeitsgruppen von SED und SPD zu Fragen der Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa am 14. und 15. 2. 1986 in Bonn, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/78, Bl. 123–132; zur Rezeption in der SPD-Spitze Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 29. 9. 1986, S. 4–6, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandsekretariat, ohne Signatur; Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 20. 10. 1986, S. 7, ebenda – zur historischen Einordnung vgl. Wentker: Außenpolitik, S. 512f.

⁷⁷ So vor allem mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP): umfassend F. Fischer: Interesse, S. 217–222.

⁷⁸ Vgl. exemplarisch Hermann Scheer: SPD-Argumentationslinie Atomwaffenfreier Korridor, 29. 9. 1986, AdsD, 1/HEAA001044.

⁷⁹ F. Fischer: Interesse, S. 170; vgl. auch Sturm: Uneinig, S. 67.

⁸⁰ Erich Honecker schlug Brandt vor, die Bundesregierung gemeinsam aufzufordern, eine atomwaffenfreie Zone einzurichten. Honecker an Brandt, 14. 4. 1987, AdsD, 1/EBAA000959; dazu auch Non-

parteilich hatte die Sonderaußenpolitik für die SPD einen stabilisierenden Effekt.⁸¹ Doch die Meinungen darüber, wie weit die Zusammenarbeit mit der SED gehen durfte, klapften auseinander.⁸²

Mit dem Nachrüstungsstreit und der Neuvermessung der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik – weg von der Abschreckung, hin zu „Gemeinsamer Sicherheit“ – hielt aber ein neues Bewusstsein Einzug in große Teile der SPD, das sich mit der „Entdeckung von Interdependenz“ und dem Denken in Netzwerkstrukturen beschreiben lässt.⁸³ Schon die Tatsache, dass sich Politiker aus Ost und West in einer gemeinsamen Kommission zusammenfanden, um Problemwahrnehmungen zu homogenisieren und Lösungskonzepte zu erarbeiten, weist auf eine wachsende Sensibilität dafür hin, wie verflochten die Welt war. Sicher waren diese Deutungsmuster älter, Akira Iriye hat wiederholt darauf hingewiesen.⁸⁴ Sie hatten sich schon in den sechziger Jahren durchgesetzt, als während der Mondlandung erste Bilder vom „Planeten Erde“ zirkulierten.⁸⁵ Sie traten zunächst als Thema in transnationalen Elitenetzwerken wie der Trilateralen Kommission oder dem Club of Rome auf.⁸⁶ Bald begannen sie auch soziale Protestbewegungen zu motivieren.⁸⁷ In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren erreichten sie endlich die Sozialdemokratie – zu einem Zeitpunkt, als der Interdependenzgedanke auf breiter Front in der Gesellschaft ankam.

Wenn die Supermächte miteinander sprachen, so formulierte Brandt 1984, müsse am „Anfang des Dialogs [...] die auch innerlich akzeptierte Erkenntnis stehen, daß die Welt zwischen Ost und West unter dem Zwang zur Koexistenz steht, daß gemeinsame Sicherheit zu organisieren wichtiger ist als die unleugbaren ideologischen Unterschiede auszutragen“.⁸⁸ Für Egon Bahr ging „Gemeinsame Sicherheit“ von dem Grundgedanken aus, dass sich Probleme in einem Teil der Welt nicht mehr ohne die anderen lösen ließen.⁸⁹ Sie stellten sich umso dringender, lautete die apokalyptische Diagnose, als es um das Überleben des Planeten ging. „Gemeinsam überleben“ war aber nicht nur die Maxime des Palme-Berichts von 1982,⁹⁰ sie kann für eine Denkfigur stehen, die das Sprechen und Handeln zahlreicher SPD-Mitglieder in den achtziger Jahren bestimmte. Sogar die Schmidt-Regierung verortete die Bundesrepublik „in einer interdependenten

Paper [der DDR]: Überlegungen für gemeinsame und parallele Schritte der DDR und der BRD, um dazu beizutragen, die Chancen zu einem gesonderten Abkommen zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa zu nutzen, 2. 4. 1987, AdsD, 1/HEAA000809.

⁸¹ Vgl. Andreas Borchers/Michael Scholing: Einig darüber, „mehr Frieden zu wagen“. Zweite Phase der Entspannung ist nicht mehr umstritten, in: *Vorwärts*, 30. 8. 1986, S. 21f.; F. Fischer: Interesse, S. 332–338.

⁸² Beinahe folgerichtig war es, dass die Bundesregierung die sozialdemokratischen Initiativen ablehnte. F. Fischer: Interesse, S. 339–355; vgl. auch ebenda, S. 295–299.

⁸³ Vgl. dazu Ch. Maier: *Consigning*, S. 823–825; ferner mit einem Schaubild Ch. Maier: *Territoriality*, S. 39; anregend auch Iriye: *Making*, S. 727–750.

⁸⁴ Iriye: *Making*, S. 727f.; Iriye: *Community*, S. 126–156.

⁸⁵ Vgl. Cosgrove: *Contested Global Visions*.

⁸⁶ Vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 235–254. Seefried betont allerdings, dass der Club of Rome ein „Träger westlichen Ordnungsdenkens“ war.

⁸⁷ Vgl. Kuchenbuch: *Globales Interdependenzbewusstsein*.

⁸⁸ Brandt: *Stand und Perspektiven der Ost-West-Beziehungen. Redeentwurf für den „Deutsch-Amerikanischen Workshop“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28./29. 6. 1984, undatiert*, S. 10, AdsD, 1/EBAA000460.

⁸⁹ Siehe Bahr: *Ansatz* (s. Anm. 29).

⁹⁰ [Ohne Verfasser:] *Palme-Bericht*, S. 17.

Welt“.⁹¹ Diese Beobachtung, die Schmidt als ein Strukturmerkmal „unserer heutigen Welt“ identifizierte,⁹² war für die SPD wichtig, da sie die Aufmerksamkeit vom traditionellen Antagonismus des Kalten Krieges zu seinen ideologischen Voraussetzungen lenkte. Dass die Nationen der Erde aufeinander angewiesen seien und ihre Probleme nur kooperativ lösen konnten, begann den Kern dessen abzulösen, was spätestens seit dem Godesberger Programm von 1959 und der Bundestagsrede Herbert Wehners von 1960 als Grundkonsens der Sozialdemokratie definiert worden war. Wer über Politik, Wirtschaft, Kultur oder Gesellschaft in einem globalen Maßstab nachdachte, nahm in den achtziger Jahren seltener seine Zuflucht darin, sich vom kommunistischen Ostblock abzugrenzen. Vielmehr betonte er nun das Netzwerkartige einer „interdependenten Welt“,⁹³ und schenkte auch einer anderen Gegend des Planeten seine verstärkte Aufmerksamkeit, die bis in die siebziger Jahre hinein vernachlässigt worden war.

Auch dort, wo SPD-Mitglieder für mehr Entwicklungshilfe plädierten, zeigte sich, dass sie von der Globalität der Problemstellungen sprachen. Die innerparteilichen Debatten in den frühen 1980er Jahren zeichneten sich dadurch aus, dass in ihnen verschiedene Themenkreise verschaltet wurden: Friede, Umwelt, Ungleichheit. Für fast alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich in der Debatte um die Nachrüstung zu Wort meldeten, war charakteristisch, dass sie nicht nur Abrüstung, sondern auch eine intensiviertere Hilfe für den globalen Süden forderten.⁹⁴ Und der Gegensatz zwischen Norden und Süden wog für sie schwerer als die Differenz zwischen West und Ost. Als Kanzler Schmidt im Mai 1978 vor den Vereinten Nationen in New York City sprach und die „Sicherheitspartnerschaft“ einführte, prangerte er selbst das Missverhältnis zwischen Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe an.⁹⁵ Stärker als andere Politiker verortete Willy Brandt die Stationierungsfrage in einer Wechselbeziehung mit dem globalen Hunger, mit weltweiten sozialen und ökonomischen Ungleichheiten.⁹⁶

Dabei standen Brandt und andere SPD-Mitglieder unter dem Eindruck der „Dritte-Welt-Bewegung“, die in Westeuropa und den USA zahlreiche Menschen elektrisierte und zu politischem Engagement führte.⁹⁷ Der direkte Kontext, aus dem heraus Brandt sich zum Anwalt des Nord-Süd-Dialogs aufschwang, war die „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“, die 1977 auf Anregung des damaligen Präsidenten der Weltbank Robert McNamara eingerichtet worden war und deren Leitung Brandt übernommen hatte.⁹⁸ Wie sein persönlicher Mitarbeiter für die Kommissionsarbeit, Fritz Fischer, 1979 schrieb, war es Brandt wichtig, „wesentlich größere Anstrengungen zu unter-

⁹¹ Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP (Drucksache 8/2195) sowie auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/2312), Drucksache 8/2587, Bonn 16. 2. 1979, S. 4.

⁹² Schmidt: Strategie, S. 11.

⁹³ Baudissin: Zu den Thesen-Entwürfen zum „Papier“ Kommission Sicherheitspolitik, 20. 6. 1985, AdSD, 2/PVDF000314.

⁹⁴ Vgl. Nehring/Ziemann: Wege, S. 88; Holmes Cooper: Paradoxes, S. 158–163; Finger: Movement.

⁹⁵ Schmidt: Gleichgewicht, S. 673–674 (s. Anm. 8).

⁹⁶ Vgl. Rother: Entwicklung; Rother: Between East and West; Albrecht: Entwicklung; umfassend Michel: Amerikabild, S. 427–454, hier v. a. S. 436–438; dagegen sehr knapp Faulenbach: Jahrzehnt, S. 562–565; überblicksartig Schöllgen: Willy Brandt, S. 238–242.

⁹⁷ Vgl. exemplarisch die Beiträge in den folgenden Sammelbänden: Baumann u. a.: Milieus; Reichardt/Siegfried: Milieu; R. Roth/Rucht: Bewegungen.

⁹⁸ Vgl. Michel: Amerikabild, S. 428; ferner auch Merseburger: Willy Brandt, S. 759f., 769; Schöllgen: Willy Brandt, S. 226f.

nehmen, um eine grundlegende Neugestaltung der Nord-Süd-Beziehungen zu ermöglichen“.⁹⁹ Dabei maß er „dem Kampf gegen den Hunger und der Förderung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern besonderes Gewicht“ bei. Nach über zwei Jahren Arbeit legte die Kommission 1980 ihren Bericht vor.¹⁰⁰ Von der Fülle an konkreten Vorschlägen zur Reform des Weltwirtschaftssystems abgesehen, war der Bericht wichtig, weil er die Situation der Entwicklungsländer auf die politische Agenda von internationalen Organisationen und nationalen Regierungen hob. Im Kern zielte er auf die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft. Davon versprach er sich die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Als Brandt den Bericht 1980 vor der internationalen Presse vorstellte, fasste er das Ergebnis seiner Kommission folgendermaßen zusammen:

„Wir sind übereinstimmend zu der Ansicht gelangt, daß dringende und weitreichende Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine drohende Katastrophe abzuwenden. Immer mehr Menschen hungern nach Nahrung und Erziehung. Die bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden immer unsicherer. Das Waffenarsenal wird immer größer. Nach Hunger droht das Chaos, dem Chaos kann Krieg folgen. Doch sind wir der Überzeugung, daß der Norden und der Süden dieser Welt, daß die Industrie- und die Entwicklungsländer durch wesentlich mehr gemeinsame Interessen, als sie gemeinhin annehmen, verbunden sind, um zusammen eine wirtschaftliche Wiederbelebung zu erreichen.“¹⁰¹

In diesem Absatz sind die wichtigsten Motive enthalten, wie sie die zeitgenössische Debatte in der SPD prägten. Denn Abrüstung und Entwicklungshilfe standen für die Sozialdemokratie in einem engen Zusammenhang. Brandt ging mit der ihm eigenen Emphase davon aus, dass das Überleben der Menschheit in zwei Dimensionen gefährdet war: durch nukleare Waffen und durch globale Ungleichheiten. In diesem Sinne bezeichnete er „Wettrüsten und Welthunger“ gleichermaßen als einen „organisierte[n] Wahnsinn“.¹⁰² In seiner Argumentation drohte die nukleare Apokalypse, wobei sich die Menschheit auch selbst zugrunde richten konnte, wenn sie die Ressourcen weiterhin so ungleich verteilte.¹⁰³ Doch mehr als das: Sollten innerhalb der Entwicklungsländer Verteilungskämpfe ausbrechen oder der Süden gewaltsam gegen den Norden aufstehen, konnte die soziale Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd selbst Kriege hervorrufen, warnte Brandt.¹⁰⁴ Dass die Industriestaaten beinahe ungehindert Waffen in die Entwicklungsländer export-

⁹⁹ Fritz Fischer: Aufzeichnung über den Stand der Arbeiten der „Brandt-Kommission“, 6. 11. 1979, AdSD, 2/PVEK000077.

¹⁰⁰ Vgl. [ohne Verfasser:] Überleben. Eine Kurzfassung findet sich auch in: *Vorwärts*, 6. 3. 1980, S. 15–18; W. Schmidt: Governance. Ferner North-South, a programme for survival. Report of the Independent Commission on International Development Issues, Cambridge, Mass. 1980, Press Release: The Independent Commission on Disarmament and Security Issues, 13. 9. 1980, YUL, Vance Papers, s III, b 36, f 257; Fritz Fischer: In erster Linie Friedenspolitik. Der Bericht der Brandt-Kommission bestimmt die entwicklungspolitische Diskussion, in: *Vorwärts*, 21. 8. 1980, S. 14; Jens Fischer: Vernunft und nicht Gewalt, in: *Vorwärts*, 14. 2. 1980, S. 15f.; Krönke: Bevor es zu spät sein wird, in: *Vorwärts*, 14. 2. 1980, S. 16f.

¹⁰¹ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 289. Im *Vorwärts* wurde aber Kritik laut, dass der Bericht nicht offenlege, wer tatsächlich für das Wettrüsten verantwortlich sei, nämlich der „militärisch-industrielle Komplex“. Mai Wolkow: Wer das Leben auf der Erde bedroht. Stärken und Schwächen des Berichts der Brandt-Kommission, in: *Vorwärts*, 15. 5. 1980, S. 14.

¹⁰² Brandt: Wahnsinn.

¹⁰³ So Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 234.

¹⁰⁴ Ebenda.

tierten, machte die Problematik in seinen Augen gerade so brisant.¹⁰⁵ Deshalb verlangte er, die Nord-Süd-Beziehungen als das zu sehen, „was sie sind, nämlich eine neue, geschichtliche Dimension für die aktive Sicherung des Friedens“.¹⁰⁶

Brandt zog eine Analogie zwischen dem Ost-West- und dem Nord-Süd-Konflikt. Im Vergleich zur Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion standen sich beim Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aber nicht konkurrierende Ideologien gegenüber, die sich gegenseitig das Existenzrecht absprachen, sondern soziale und ökonomische Ungleichheiten. Die Welt könne sich, schrieb Brandt 1985,

„auch kaputtwirtschaften und zu Tode rüsten, ohne tatsächlich einen großen Krieg zu führen – wenn wir die Aufgaben der Gegenwart vernachlässigen und es versäumen, in die Zukunft zu investieren. Der Norden kann nur überleben, wenn man den Süden selbständig werden und anständig leben lässt.“¹⁰⁷

So waren der Nord-Süd- und der Ost-West-Konflikt nicht voneinander zu trennen, sondern „in komplizierter und unheilvoller Weise“ verschränkt.¹⁰⁸ Für Brandt stand fest, dass die Menschheit ein Interesse daran hatte, gemeinsam zu überleben. Weder war es wünschenswert noch überhaupt realisierbar, dass eine Seite – Ost oder West, Nord oder Süd – als Sieger aus dem Rüstungswettlauf oder dem Ressourcenkampf hervorging: „Ost und West, Nord und Süd, die Menschen der ganzen Welt sind bedroht durch die wirtschaftliche Instabilität, welche ihrerseits politische Unsicherheit schafft“, formulierte Brandt.¹⁰⁹ Wenn die Menschheit einen Planeten bewohne, dann folge daraus, dass sie ihr Überleben gemeinsam organisieren müsse. Diese Idee stammte aus dem gedanklichen Spektrum, aus dem auch die Palme-Kommission schöpfte. In der Tat bezog die Kommission in ihren Bericht auch den globalen Süden ein:

„Das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit gilt besonders zwingend für Länder der Dritten Welt. Gleich den Ländern, die mit Atomwaffen leben, können sie keine Sicherheit vor ihren Gegnern erlangen. Auch sie müssen politische und ökonomische Sicherheit anstreben, indem sie sich zu gemeinsamem Überleben verpflichten. Wir sind überzeugt, daß es durchaus erforderlich ist, die Sicherheitsbedürfnisse der Dritten Welt durch kollektive Verantwortung zu befriedigen.“¹¹⁰

Dass die „wirtschaftlichen Nachteile des militärischen Wettlaufs“ reduziert werden mussten, lag für Palme und die übrigen Kommissionsmitglieder im gemeinsamen Interesse von „Ost und West, Nord und Süd“.¹¹¹ Damit intonierte die Palme- wie die Brandt-Kommission eine Melodie, in welche die Sozialdemokratie begeistert einstimmte. Quer durch die SPD fielen Brandts developmentspolitische Ideen auf einen fruchtbaren Boden. Das

¹⁰⁵ Vgl. auch SPD-Kreisverband Kiel: Waffenexporte und Arbeitsplätze. Kreisparteitagbeschluss vom 2. 3. 1980, Kiel Januar 1982 [veröffentlicht im Selbstverlag, Bibliothek der FES]; Schluss mit dem Waffenhandel. Mehr Waffen machen die Menschheit nicht sicherer, nur ärmer. Offener Brief Marburger Jusos an die SPD-Bundestagsfraktion, Januar 1981, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 4; Voigt: Brennstoff für regionale Konfliktherde. Möglichkeiten zur Begrenzung der Rüstungsexporte in die Dritte Welt, in: *Vorwärts*, 26. 7. 1979, S. 11; Guha: Die Welt wird durchmilitarisiert. Der Waffenhandel und die Folgen, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 309–313; Krönke: „Solange wir die Dritte Welt aufrüsten ...“ Rainer Offergeld, Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit, über die Aufrüstung des Südens [Interview], in: *Vorwärts*, 13. 5. 1982, S. 14.

¹⁰⁶ Brandt: Wandel, S. 21.

¹⁰⁷ Brandt: Wahnsinn, S. 22.

¹⁰⁸ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 339; dazu auch Brandt: Wahnsinn, S. 25.

¹⁰⁹ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 290.

¹¹⁰ Palme: Einleitung, S. 14.

¹¹¹ Ebenda, S. 15.

Ost-West-Verhältnis müsse im Kontext der Nord-Süd-Problematik gesehen und beurteilt werden, schrieb 1978 der sozialdemokratische Friedensforscher Ulrich Albrecht, der als Politologe an der Freien Universität Berlin lehrte.¹¹² Die ASF-Bundesvorsitzende Inge Wettig-Danielmeier betonte, dass die Ausgaben für die Nachrüstung „ein Ärgernis in einer Zeit“ seien, „in der von den knapper werdenden Mitteln weltweit wachsende Gefahren für Frieden und soziale Entwicklung“ ausgingen.¹¹³ Frieden war auch für die Sozialdemokratie in Ostwestfalen-Lippe nur denkbar, wenn die Supermächte erkannten, „daß die friedliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten der Dritten Welt in Selbstbestimmung in ihrem gemeinsamen Interesse liegt und aufhören, die Dritte Welt nur als Objekt im Kampf um Einflußzonen und Rohstoffe zu betrachten“.¹¹⁴ Selbst die Bundesregierung zeigte sich 1980 offen für die Vorschläge des Brandt-Berichts,¹¹⁵ während die US-Regierung Skepsis gegenüber den Vorschlägen äußerte.¹¹⁶ Obwohl Brandt stets betonte, dass es auch an der Sowjetunion sei, ihre Politik gegenüber dem globalen Süden zu modifizieren,¹¹⁷ verfolgte Washington einen Kurs, in dem die Entwicklungspolitik der Sicherheitspolitik nachgeordnet war.¹¹⁸

Brandt setzte auf Verflechtung und Interdependenz. In „Der organisierte Wahnsinn“ schrieb er 1985, dass es unter „aufgeklärten und aufgeschlossenen Menschen [...] keinen Zweifel geben“ könne, „daß uns die Riesenaufgabe, die vom Überleben der Menschheit handelt, *miteinander* gestellt ist und nur im internationalen Zusammenwirken gemeistert werden kann“.¹¹⁹ Entscheidend für Brandts Denken war, dass er von einer weltumspannenden Gefährdung der Menschheit ausging, die sich als Repräsentation einer globalen Risikogemeinschaft beschreiben lässt.¹²⁰ Brandt fasste sein Anliegen pointiert zusammen, als er schrieb, dass die entwicklungspolitischen Probleme nur „im Wissen um ihre gegenseitige Abhängigkeit“ lösbar seien.¹²¹ Daraus leitete er die Notwendigkeit eines globalen Denkens ab. Brandt verlangte als Lösung eines Problems, von dem die ganze Menschheit betroffen schien, ein Mehr an Interdependenz und Zusammenarbeit.¹²² Seine Antwort war nicht der Rückzug auf nationalstaatliches Handeln, sondern die Intensivierung von supra-

¹¹² Ulrich Albrecht: Abrüstung und Entwicklungspolitik, in: *Die Neue Gesellschaft* 25 (1978), S. 744–748; Lothar Schwartz: Hunger und Rüstung, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 1083–1087.

¹¹³ Inge Wettig-Danielmeier: Aufruf zum 1. September (Antikriegstag), undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10469; auch in Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Frauen in der SPD – Frauen für den Frieden [1981], AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9622.

¹¹⁴ Antrag zum Bezirksparteitag Ostwestfalen-Lippe am 13. 6. 1981, undatiert, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11175.

¹¹⁵ Vgl. Genscher an Brandt, 21. 2. 1980, AdsD, 2/PVEK000083.

¹¹⁶ Während die Carter-Regierung noch freundlich auf die Vorschläge reagiert hatte, unterstrichen die Berater Reagans die Gegensätze zur Politik der USA. Department of State Briefing Paper: The Brandt Commission Report on North-South Issues, 26. 2. 1980, S. 1–3, JCL, Brzezinski Material: VIP Visit File, b 5, f Germany, Chancellor Schmidt, 3/4–6/80: Briefing Book [I]; Allen an Reagan: Brandt Commission Report [9. 3. 1981], RRL, WHORM Subject File, C0054-02, f 000393; siehe auch Fritz Fischer an Schmidt: Kurzvermerk über Gespräche von Willy Brandt in Washington und New York (11.–15. 2. 1980), 19. 2. 1980, insb. S. 2, AdsD, 1/HSAA009410.

¹¹⁷ So Brandt an Breschnew, 19. 2. 1980, AdsD, 1/EBAA000956; zum historischen Kontext Hilger: Sowjetunion.

¹¹⁸ Vgl. Vance: Notepad, 5. 12. 1977, YUL, Vance Papers, s II, b 11, f 30.

¹¹⁹ Brandt: Wahnsinn, S. 25. Hervorhebung im Original.

¹²⁰ Vgl. Conze: Modernitätsskepsis, S. 236f.

¹²¹ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 340.

¹²² Vgl. dazu pointiert W. Schmidt: Governance, S. 252, 265–269.

nationaler und internationaler Kooperation – denn „globale Probleme“ erforderten „globale Lösungen; und Interdependenz erzeugende Probleme erfordern gemeinsame Lösungen“. ¹²³ Die weltgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen, die hier ihren Ausgang nahmen und für die siebziger und achtziger Jahre charakteristisch wurden, transzendierten den nationalen Raum vor dem Hintergrund ubiquitärer Unsicherheitswahrnehmungen. ¹²⁴ Auch Brandt griff auf sie zurück, wenn er über eine „Welt-Innenpolitik“ sinnierte, die ihm „nicht mehr überall als phantastisch“ erschien. ¹²⁵

Die Idee, die Brandt ausmalte, ließ sich mit den Worten zusammenfassen, mit denen er die Mitglieder der Brandt- und der Palme-Kommission 1984 bei einer gemeinsamen Sitzung in Rom adressierte:

„Our vision is of an international order where the ownership of nuclear weapons is not decisive in world politics, where peace and security could be maintained at much lower levels of conventional armaments, and where our common resources could be devoted to providing a life in dignity for all peoples and nations.“ ¹²⁶

Das Credo „Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“ ¹²⁷, das Brandt in vielen Variationen immer wieder anstimmte ¹²⁸, entfaltete im Kontext seines politischen Wirkens und im Umfeld seiner Partei deshalb eine so nachhaltige Wirkung, weil es verschiedene Traditionsstränge der Sozialdemokratie, aber auch verschiedene biographische Themen Brandts geschickt bündelte. Hier traf sich zum einen der wohlfahrtstaatliche Impetus der Sozialdemokratie, für den die Sorge um die Schwachen zentrales Anliegen war, mit dem Internationalismus der Arbeiterbewegung, der die weltweiten Ungerechtigkeiten bekämpfen wollte. Hinzu trat der Antimilitarismus, mit dem sich Rüstung und Militärausgaben ablehnen ließen, um das globale humanitäre Engagement zu intensivieren. So verdichteten sich Antimilitarismus, Internationalismus und Solidarismus zu einem gedanklichen Grundmuster, das die Sorge um die Ärmsten in aller Welt und vor Ort in einen Zusammenhang mit Abrüstung brachte. ¹²⁹

Im Grunde teilten alle namhaften SPD-Funktionäre Brandts Ansicht, dass die Welt verflochten war. Ein „Zukunftsprogramm Dritte Welt“, das die SPD auf Initiative ihres Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel ohne interne Kontroversen 1984 lancierte, wollte „die Entwicklungspolitik als globale, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd begreifen“. ¹³⁰ Ein „Überleben aller“ sei „nur dauerhaft zu sichern, wenn alle begrei-

¹²³ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 342.

¹²⁴ Vgl. Iriye: Making, S. 737–750.

¹²⁵ Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd., S. 243.

¹²⁶ Willy Brandt: Address at audience for members of the Independent Commissions on International Development and Security and Disarmament Issues, 21. 1. 1984, YUL, Vance Papers, s III, b 34, f 238.

¹²⁷ Brandt: Entwicklungspolitik.

¹²⁸ Vgl. die zahlreichen edierten Dokumente in Brandt: Berliner Ausgabe, 8. Bd.

¹²⁹ Im Entwurf zu einer Grundsatzklärung der SI war zu lesen: „Socialism has always been internationalist. Each mother country is only a fraction of the whole of humanity, and all peoples and cultures have invaluable traditions. [...] The social and political problems of humanity can only be solved, today more than ever before, by giving up all pretensions of isolation, and overcoming national distrust and enmities.“ [Entwurf zu einer neuen Grundsatzklärung der Sozialistischen Internationale, Madrid 1983], undatiert, CAS, 60 RI, (A), 6.

¹³⁰ Ingomar Hauchler: Ein Marshallplan ohne Systemzwang. Ein Separatfrieden mit dem Wohlstand ist nicht mehr möglich: SPD-Zukunftsprogramm Dritte Welt will einen Solidarpakt für Entwicklung, in: *Vorwärts*, 1. 9. 1984, S. 12; auch Dagmar Matejko: Gegen Nord-Süd-Politik im Schlepptau der USA. SPD-Nord-Süd-Forum, in: *Vorwärts*, 23. 2. 1984, S. 13.

fen, daß Süd und Nord, West und Ost Teil einer Welt sind“. Klarer konnte nicht formuliert werden, von welchem Gedanken das Nachdenken über „Gemeinsame Sicherheit“ und die Nord-Süd-Problematik ausging. Als sich die Mitglieder der Sozialistischen Internationale 1982 in Paris trafen, war es der 1. Sekretär des sonst so nachrüstungsfreundlichen PSF, Lionel Jospin, der mit großem Nachdruck betonte, „wie sehr die Interdependenz der Probleme und Fragestellungen aus dem Ost-West- und dem Nord-Süd-Bereich in den vergangenen Jahren zugenommen“ habe.¹³¹ Nun war es nicht die Interdependenz selbst, die sich vergrößert hatte, sondern die Resonanzfähigkeit der Zeitgenossen für derartige Zusammenhänge. So wie die Verflochtenheit der Welt in den Augen derjenigen wuchs, die sie bewohnten, so kristallisierte sich eine Bereitschaft heraus, gemeinsame Lösungswege zu sondieren. Sicherheits- und wirtschaftspolitische Kooperation waren zwei solche Konzepte. Wenngleich insbesondere die „Gemeinsame Sicherheit“ mit ihren realpolitischen Konsequenzen – der atomwaffenfreien Zone – in und außerhalb der SPD umstritten blieb, waren beide das Ergebnis eines Denkstils, in dem Interdependenz in den Vordergrund rückte und die Binarität des Kalten Krieges ablöste. Und während die einen SPD-Mitglieder noch von der Verflochtenheit der Welt sprachen, begannen andere bereits, konkrete Wege aus der Blockkonfrontation zu suchen.

2. Wege aus der Blockkonfrontation

Die Nachrüstungsgegner in der SPD wollten den Ost-West-Konflikt überwinden, denn für sie zählte der ideologische Gegensatz nicht mehr. Als sie zu bemerken glaubten, wie die Supermächte auf einen „Zweiten Kalten Krieg“ zusteuernten, machten sie deutlich, dass sie ihn längst für überwunden und überholt hielten. Daran richteten sie ihr Denken aus. Und weil die Bundesrepublik in ihren Augen an der Konfrontation selbst mitwirkte, setzten sie dort an, wo sie etwas verändern zu können glaubten. Der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine verlangte im August 1983, die Bundesrepublik müsse nach dem Vorbild Frankreichs „aus der militärischen Integration der Nato ausscheiden“.¹³² Das SPD-Präsidium reagierte empört und versicherte, dass die Partei an der Bündniszugehörigkeit des Landes nicht rütteln wolle.¹³³ Trotzdem fühlten sich all jene bestärkt, die wie die Unionsparteien, die US-Regierung und die französischen Sozialisten an der Zuverlässigkeit der SPD zweifelten. Gerade der PSF sah sich in seinen Vorbehalten gegenüber der SPD ermutigt, auch wenn die Idee Lafontaines, wie die Parteizentrale in Paris erkannte, eigentlich sehr gaullistisch war.¹³⁴

¹³¹ Dingels: Sitzung des Büros der Sozialistischen Internationale am 24./25.9.1982 in Paris, 28.9.1981, AdsD, 1/HWAK000440.

¹³² Lafontaine: Angst, S. 81–84, hier S. 81; zeitgleich Lafontaine: „Den Austritt aus der NATO wagen“, in: *Der Spiegel*, 29.8.1983, S. 44–56.

¹³³ Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 29.8.1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 226; dazu Glotz an Brandt, 30.8.1983, AdsD, WBA, A11.3, 51; sowie SPD-Pressemitteilung, 515/83, 30.8.1983. Bereits im April des Jahres war es im Vorstand zu einer Diskussion gekommen, als Lafontaine auf einer Veranstaltung der Jusos gesagt hatte, es „könne keine weitere Zusammenarbeit geben“, weil für die Vereinigten Staaten „ein Atomkrieg denkbar sei“. Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 25.4.1983, S. 8f., hier S. 8, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur; reflektiert auch Glotz: Arbeit, S. 98–100.

¹³⁴ So hieß es rückblickend in einer Notiz von Axel Queval an Lionel Jospin/Louis Le Pensec: Objet: visite en France de Oskar Lafontaine, 15.5.1987, CAS, 405 RI, 4.

Freilich teilten nur wenige SPD-Mitglieder Lafontaines Forderung in dieser Konsequenz.¹³⁵ Selbst die Parteilinke wollte die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik „kurzfristig nicht zur Disposition“ stellen.¹³⁶ Für die Jusos, die während des Nachrüstungsstreits selten um radikale Äußerungen verlegen waren, blieb der NATO-Austritt allenfalls ein Fernziel.¹³⁷ Gleichwohl gab es unter den jüngeren und weiblichen Parteimitgliedern etliche Befürworter eines solchen Schrittes. Der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Olaf Scholz vertrat im Dezember 1983 „die Meinung, daß man wegen der veränderten Position in Teilen der Friedensbewegung jetzt auch als Jusos [sic] das Thema NATO-Austritt diskutieren könne“.¹³⁸ Christa Randzio-Plath von der ASF hielt es 1984 ebenfalls für „erforderlich“, dass die Bundesrepublik ihre Mitgliedschaft im Bündnis beendete.¹³⁹ Und in einem Papier des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost war zu lesen, dass „die weitere Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO für die bundesdeutsche Bevölkerung mehr Gefahr als Schutz“ bedeute.¹⁴⁰ Es stelle sich deshalb „die Frage entweder einer grundlegenden Strukturreform des Nordatlantischen Bündnisses in Form einer Europäisierung der Sicherheitsinteressen der westeuropäischen Bündnispartner oder des Verbleibs der Bundesrepublik in der NATO überhaupt, mindestens ihres Verbleibs in der militärischen Infrastruktur“. Nun wurde der Wunsch, die Bundesrepublik möge mit sofortiger Wirkung aus der NATO ausscheiden, allenfalls an den Rändern der Sozialdemokratie ernsthaft erwogen. Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ beinhaltete ja gerade, dass die Bündnisse auf kurze Sicht nicht angetastet werden sollten.¹⁴¹ Doch war die Sozialdemokratie ein Sammelbecken für zum Teil höchst unterschiedliche Ansichten, und wenn gesellschaftliche Gruppen über Neutralismus, *Disengagement* und Blockfreiheit nachdachten, erreichten solche Ideen auch die SPD.¹⁴²

Der Friedensforscher Ulrich Albrecht schlug 1983 vor, dass die Blöcke in Europa auseinanderrücken sollten. Ein neutrales Deutschland konnte seiner Ansicht nach eine Pufferzo-

¹³⁵ Lafontaine ging trotz harter Kritik nicht von seiner Forderung ab. Siehe seine Rede vor der National Defense University in Washington, DC am 23. 9. 1987, abgedruckt in Lafontaine: Europäische Sicherheitspolitik, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 34 (1987), S. 976–982, hier S. 982.

¹³⁶ [Ergebnisprotokoll der Sitzung der AG Frieden im Frankfurter Kreis am 16. 4. 1983 in Oer-Erkenschwick], undatiert, S. 6, AdsD, 1/EEAC000126.

¹³⁷ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongreß, 26.–27. 3. 1983, Oberhausen, Antrag Nr. A1 (Bundesvorstand), AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 5957.

¹³⁸ Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 18. 12. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7607; dazu auch Bertram Sauer/Olaf Scholz: Aspekte sozialistischer Friedensarbeit, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 7 (1984), H. 22, S. 85–89, hier S. 88.

¹³⁹ Christa Randzio-Plath: Unsere Haltung zur NATO, 6. 1. 1984, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9383.

¹⁴⁰ Positionspapier des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost zur Friedenspolitik, Mai 1984, S. 8, AdsD, 1/EBAA000511; dazu auch die Antwort von Bahr an Stefan Seifriz, 12. 7. 1984, ebenda.

¹⁴¹ So Bahr an Roland R., 2. 11. 1981, AdsD, 1/EBAA000043; ähnlich Bahr an Gottfried J., 20. 7. 1983, AdsD, 1/EBAA000576.

¹⁴² Exemplarisch zu diesem Forderungskatalog: Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa e.V.: Stationierung – und was dann? Rückfall in den Kalten Krieg oder Perspektiven einer neuen europäischen Friedensordnung, undatiert, BStU, MfS, BV Berlin XV, 156, Teil 1/2, Bl. 19f.; Wolfgang Wiemer an Horst Ehmke: Vermerk über eine „Denkschrift Friedensvertrag Deutsche Konföderation Europäisches Sicherheitssystem“ aus dem Kreis um Dr. Peter Brandt und Herbert Ammon, 6. 5. 1985, AdsD, 1/HEAA000805; Schreiben von Prof. Havemann an Generalsekretär Breschnew, 8. 10. 1981, AdsD, 1/HSAA006833; Stichworte: Neutralismus – Blockfreiheit – Einseitige Abrüstung – „Lieber rot als tot“, undatiert, AdsD, Vorlass Bülow, 124.

ne zwischen den rivalisierenden Weltmächten bilden.¹⁴³ Auch die Jusos diskutierten das Neutralitätskonzept 1983 auf ihrem Bundeskongress eingehend und offen.¹⁴⁴ Bereits 1981 hatten die Friedensaktivisten Heinrich Albertz, Peter Brandt und Ingeborg Drewitz einen offenen Brief an den sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew geschrieben, in dem sie ihm „die Entmilitarisierung und Neutralisierung der beiden deutschen Staaten“ vorschlugen.¹⁴⁵ Überhaupt trafen in den Jahren des Nachrüstungsstreits Briefe im Erich-Ollenhauer-Haus ein, in denen männliche und weibliche Mitglieder verlangten, die Bundesrepublik solle sich für neutral erklären.¹⁴⁶ Diese Ideen waren in der Gesamtpartei nicht mehrheitsfähig. Anders verhielt es sich aber mit dem Vorschlag, dass die Militärbündnisse aufgelöst werden sollten.¹⁴⁷ Eppler selbst lehnte das Denken von „Bündnisdogmatikern“ ab und avisierte ein Ende der „gefährlichen“ Blocklogik.¹⁴⁸ Hier betrat er wieder den Raum des Sagbaren. Denn entscheidend ist: Die langfristige Überwindung der Blocksysteme war in der SPD des Jahres 1984 eine auf breiter Basis akzeptierte Vorstellung, wie die internationale Staatenwelt zu organisieren sei – sie war eine Vision, die die SPD ohne erkennbaren innerparteilichen Konflikt sogar im Beschluss des Essener Parteitagess verankerte.¹⁴⁹ Konkrete Ideen brachte die SPD 1984 in Essen zwar nicht vor. Doch allein die Tatsache, dass diese Aussage Eingang in den Beschluss eines Bundesparteitages fand, deutet darauf hin, wie tiefgreifend sich die Sozialdemokratie verändert hatte. Die Blockkonfrontation galt freilich in großen Teilen der politischen Linken als „Wahnsinn mit Methode“.¹⁵⁰ Auch die Grünen diskutierten verschiedene Modelle, mit denen sich die Welt neu ordnen ließe.¹⁵¹

Europa war der Fluchtpunkt, auf den die Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker in der SPD schauten. Dass die Entspannungspolitik gerettet werden müsse, galt in der SPD zuallererst als eine europäische Aufgabe. Indem Parteimitglieder der US-Regierung unterstellten, sie sei ein Agent von Militarisierung und Aufrüstung, konnten sie das Streben nach Frieden und Entspannung wirkungsvoll als europäische Eigenschaft abheben. So entwarfen sie einen Begriffskosmos, in dem sie die gegensätzlichen Termini Aufrüstung und Abrüstung, Konfrontation und Entspannung, Krieg und Frieden jeweils mit den Supermächten auf der einen und Europa auf der anderen Seite identifizierten.¹⁵² Wenn Europa für

¹⁴³ Albrecht: Neutralismus. Egon Bahr lehnte solche Ideen im gleichen Buch vehement ab. Bahr: Entspannung, S. 82.

¹⁴⁴ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongress, 26.–27. 3. 1983, Oberhausen, Bericht des Arbeitskreises II: Alternative Sicherheitspolitik, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 5957.

¹⁴⁵ Die Autoren sandten diesen Brief auch an Eppler und baten ihn um seine Unterschrift. Eppler lehnte jedoch ab. Albertz/Brandt/Drewitz an Eppler, undatiert, und die Antwort vom 16. 9. 1981, S. 2, AdsD, 1/EEAC000057.

¹⁴⁶ Siehe zwei exemplarische Briefe: Gottfried Sch. an Wischniewski, 6. 8. 1983, AdsD, 1/HWAK000042; Franz S. an Glotz, 6. 11. 1983, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10929.

¹⁴⁷ Siehe das unter anderen von Albertz, Eppler und Lafontaine unterzeichnete *Mémoire* à la gauche française. Pour un débat sur la politique de paix en Europe, à l’occasion des secondes élections au Parlement européen du 17 juin 1984, CAS, 70 RI, 38; deutsche Fassung in AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10931; dazu Glotz an Rudolf Steinke, 9. 5. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11188.

¹⁴⁸ Eppler: Einsprüche, S. 212f.

¹⁴⁹ SPD-Parteitag, Essen 1984, Angenommene Anträge, S. 744; noch deutlicher schließlich in SPD-Parteitag, Nürnberg 1986, 2. Bd.: Anträge, S. 865.

¹⁵⁰ Bahro: Wahnsinn. Bahro war Mitglied der Grünen.

¹⁵¹ Vgl. Mende: Gründungsgrüne, S. 344–352.

¹⁵² Vgl. auch Davis: Europe.

sie ein Kontinent war, der Frieden und Kooperation suchte, stellten sie sich die Vereinigten Staaten als ein Land vor, das den Krieg und die Konfrontation wollte. Im sozialdemokratischen Weltbild galten „Europa“ und „Krieg“ als weit auseinander liegende Pole auf derselben diskursiven Achse – oder, wie Egon Bahr es formulierte: „So lange die Militarisierung des Denkens anhält, nimmt die Schwäche Europas zu.“¹⁵³ Brandt transportierte seine Kritik an der US-Politik mit einem ganz ähnlichen Gedanken, wenn er feststellte, dass „die Verkrampfung der beiden Großen ebenso zugenommen“ habe „wie das deutliche gemeinsame Interesse der Europäer, nicht alles kaputtgehen zu lassen“.¹⁵⁴ Die europäischen Staaten waren bereit, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten und sich untereinander zu eimen, wohingegen die Supermächte und insbesondere die USA nur darauf schauten, den Blockgegensatz zu konservieren. Mit diesen Rahmenseetzungen war es einfach, die Wiederherstellung der Entspannungspolitik als Anliegen der Europäer zu definieren.¹⁵⁵

So meinte die zeitgenössische Formel von der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“¹⁵⁶ im Kern nichts anderes, als den „Stellenwert der militärischen Machtfaktoren zurückzudrängen und sich der Polarisierung der Welt entgegenzustellen“.¹⁵⁷ Thomas Enders hatte Recht, wenn er 1987 schrieb, dass Europa in der Konzeption der SPD „von den Spannungen im Rest der Welt abgeschottet, Entspannung also – im Gegensatz zu der amerikanischen Linkage-Konzeption – teilbar gemacht werden“ sollte.¹⁵⁸ Die SPD wollte den Status quo verändern, indem die Bundesrepublik verstärkt mit ihren europäischen Nachbarstaaten kooperierte und sich Europa aus der Rivalität der Supermächte zurückzog.¹⁵⁹ Freilich bedeutete das selbst für die Jusos „nicht die Aufkündigung des NATO-Bündnisses“ – aber „ein gemeinsames westeuropäisches Auftreten gegen den Führungsanspruch der USA“.¹⁶⁰ Die konzeptionelle Schale, in welche die Sozialdemokraten ihren Europäisierungsdiskurs einpassten, war der Begriff „europäische Friedensordnung“.¹⁶¹ Willy Brandt hatte ihn am Ende der sechziger Jahre geprägt, als er die Langzeitperspektive der sozial-liberalen Entspannungspolitik formulierte.¹⁶² Nach einem Dornröschenschlaf tauchte er 1982 im Münchner Parteitagbeschluss wieder auf,¹⁶³ und Ende 1982 veröffentlichte die Ebert-Stiftung „Überlegungen zu einer Europäischen Friedensordnung“.¹⁶⁴ Der Essener Parteitagbeschluss bezeichnete es 1984 schließlich als das Ziel der SPD, „auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke eine europäische Friedensordnung zu schaffen“.¹⁶⁵

¹⁵³ Bahr: Gemeinsame Sicherheit, S. 567.

¹⁵⁴ Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises I am Dienstag, den 11. 6. 1985 um 10.30 Uhr in Raum 2703 NH, undatiert, S. 1f., AdSD, Vorlass Voigt, Ordner „Arbeitskreis I Protokolle (Auswahl)“, ohne Signatur.

¹⁵⁵ Vgl. auch Davis: Strength.

¹⁵⁶ Bahr: Gemeinsame Sicherheit, S. 568.

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ Enders: SPD, S. 148.

¹⁵⁹ So Ferdinand Sch. an Brandt/Vogel, 10. 11. 1982, AdSD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11181.

¹⁶⁰ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongreß, 26.–27. 3. 1983, Oberhausen, Antrag Nr. A1 (Bundesvorstand), AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 5957.

¹⁶¹ Vgl. Becht: SPD, S. 151–216; umfassend auch Th. Bender: SPD, S. 123–203.

¹⁶² Vgl. Enders: SPD, S. 148.

¹⁶³ SPD-Parteitag, München 1982, 2. Bd.: Anträge, S. 908.

¹⁶⁴ Bruns/Krause: Friedensordnung.

¹⁶⁵ SPD-Parteitag, Essen 1984, Angenommene Anträge, S. 744.

Was mit der europäischen Friedensordnung konkret gemeint war, blieb vage.¹⁶⁶ Meist begnügten sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des linken Flügels damit, einen „Zustand konflikt- und herrschaftsfreier Beziehungen auf zwischenstaatlicher und innerstaatlicher Ebene“ zu entwerfen, wie es der Berliner August-Bebel-Kreis tat,¹⁶⁷ oder mit dem SPD-Abgeordneten Hajo Hoffmann schlicht mehr „Eigenständigkeit der paktgebundenen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber den USA und der UdSSR“ einzufordern.¹⁶⁸ Ob und auf welchem Weg Europa von den Supermächten unabhängig werden konnte, dominierte das Nachdenken in der SPD nicht nur unter den Gegnern der Atomraketen.¹⁶⁹ Die Ideen zu einer europäischen Friedensordnung nahmen verschiedene Formen an, doch war ihnen gemeinsam, dass sie „die Teilung des Kontinents in zwei sich gegenüberstehende militärische Blöcke überwinden“ wollten.¹⁷⁰ Denn die SPD versuchte, eine „europäische Politik von Europa aus“ zu gestalten, die nicht „bloß Resultat der Globalpolitik der Weltmächte sein“ durfte. Auf diese Weise sollte „Europa dazu beitragen, das Verhältnis der Weltmächte in dieser Region zu befrieden und ihr Verhältnis zueinander zu stabilisieren“.¹⁷¹ Ein Positionspapier des parteilinken Frankfurter Kreises ging 1986 sogar so weit, die europäische Friedensordnung „als Baustein für eine waffenlose Welt“ zu imaginieren.¹⁷²

Die sozialdemokratischen Vorstellungen von Europa kamen aus der Vergangenheit. Es war der französische Staatspräsident Charles de Gaulle, der in den sechziger Jahren ein intergouvernemental organisiertes, aber „europäisches Europa“ vorgeschlagen hatte und damit einen wichtigen Anstoß gab, wie die europäische Zusammenarbeit von den USA abzugrenzen war.¹⁷³ Einen Impuls hatte die Europakonzeption der SPD auch von Peter Bender empfangen, der 1981 ein Buch mit dem Untertitel „Die Europäisierung Europas“ veröffentlichte.¹⁷⁴ Bender, seines Zeichens Historiker und der SPD nahestehender Publizist, diagnostizierte befriedigt, dass die „Bewohner der Alten Welt“ entdeckten, wie sie alle in einem Boot saßen, während sich Washington und Moskau immer unversöhnlicher stritten.¹⁷⁵ Wenn es richtig sei, so argumentierte Bender, dass

„die Ursache, aus der ein dritter Weltkrieg entstehen könnte, im Dualismus der Amerikaner und Russen zu suchen ist, dann geht es vor allem anderen darum, diesen Dualismus in seiner Wirksam-

¹⁶⁶ Vgl. auch Enders: SPD, S. 154.

¹⁶⁷ Zit. nach ebenda, S. 153.

¹⁶⁸ Hajo Hoffmann: Thesen zur Entwicklung Europas zwischen den Blöcken, April 1983, AdsD, Vorlass Voigt, H 178.

¹⁶⁹ Siehe Biermann an Voigt: Forum Europäische Friedensordnung, 24. 6. 1985, S. 2, AdsD, Vorlass Voigt, H 163; Frieden durch Abrüstung und Entspannung. Antrag der Kommission Friedenspolitik zum Jus-Bundeskongress 30. 5.–1. 6. 1986 in Hagen, undatiert, AdsD, 2/PVEH000423; Hans Büchler: Thesen zur sozialdemokratischen Deutschlandpolitik, 5. 9. 1984, S. 1, AdsD, 1/HWAK000261.

¹⁷⁰ Antrag der Berliner SPD zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlin-Politik, verabschiedet auf dem Landesparteitag vom 20./21. 6. 1986, undatiert, AdsD, Nachlass Stobbe, 41.

¹⁷¹ Ebenda; ähnlich Hans Schumacher: Stichworte einer Realen Utopie für eine europäische Friedensordnung, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 221–226; Gerhard Heimann: Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 8 (1985), H. 28, S. 276–282.

¹⁷² Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986, S. 9, IFZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92.

¹⁷³ So auf einer Pressekonferenz am 23. 7. 1964, vgl. de Gaulle: Discours, S. 228; Ludlow: Words; Davidson: de Gaulle; zu dem Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten auch Geiger: Atlantiker.

¹⁷⁴ P. Bender: Ende; Bahr: Sind die Großen auch so weit? Peter Benders Buch zur „Europäisierung Europas“, in: *Vorwärts*, 30. 4. 1981, S. 26; Vogtmeier: Egon Bahr, S. 252–264.

¹⁷⁵ P. Bender: Ende, S. 14f.

keit einzuschränken. Möglichst große Teile der Welt sollten sich dem Konflikt entziehen oder ihm entzogen werden.“¹⁷⁶

Der Gedanke, der seinen Entwurf zusammenhielt, lautete, dass Europa die Entspannungspolitik gegen die Supermächte verteidigen und den Dualismus des Kalten Krieges überwinden müsse.¹⁷⁷ Zwar waren da namhafte Sozialdemokraten, die wie der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Dietrich Stobbe den Enthusiasmus Benders nicht teilten und auch sonst Widerspruch anmeldeten, wenn ihre Parteifreunde über Wege aus der Blockkonfrontation nachdachten.¹⁷⁸ Doch vielen anderen SPD-Mitgliedern gab die „Europäisierung Europas“ eine Antwort auf die Rivalität der Supermächte. So machte sich Eppler die Begrifflichkeiten Benders zu eigen,¹⁷⁹ während Glotz „neue, unabweisbare Gründe für eine Europäisierung unserer Politik“ ausmachte.¹⁸⁰ Er behauptete, „daß Europa [...] nur von der Linken stabilisiert und auf eine einigermaßen gemeinsame Politik verpflichtet werden“ könne; diesem Gedanken fügte er die Prognose hinzu, dass die „soziale Demokratie und erst recht der demokratische Sozialismus [...] heute nur noch als europäische Konzepte realisierbar“ seien.¹⁸¹ Europa müsse sich, so schrieb 1982 Wilhelm Bruns von der Friedrich-Ebert-Stiftung,

„von den vorgegebenen Sachzwängen befreien und den Mut entwickeln, neue Wege zu beschreiten. Die widernatürliche Spaltung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Europäische Gemeinschaft als Kern eines künftigen geeinten Europas ihre aus ihrer Geschichte gewachsenen Erfahrungen und Erkenntnisse einsetzt, um einen von den Interessen der Supermächte unabhängigen Beitrag zu Entspannung und Frieden in der Welt zu leisten.“¹⁸²

Dass der europäische Einigungsprozess intensiviert werden müsse, war in den frühen achtziger Jahren eine populäre Forderung in der SPD.¹⁸³ In einer Zeit, in der die Supermächte auf eine neue Konfrontation zuzusteuern schienen und in der eine massive Raketenstationierung drohte, die einen Atomkrieg wahrscheinlicher machte, besannen sich viele SPD-Mitglieder auf Europa als Ausweg aus der von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestimmten internationalen Politik. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Horst Ehmke übersetzte Benders „Europäisierung Europas“ in die sozialdemokratische Sprache. Am Anfang des Jahres 1984 legte er ein „Diskussionspapier“ vor, das den Titel „Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas“ trug.¹⁸⁴ Interessanter als Ehm-

¹⁷⁶ Ebenda, S. 194.

¹⁷⁷ Die Europäer müssten „wieder Herren im eigenen Haus“ sein. Ebenda, S. 264.

¹⁷⁸ Siehe dazu die Kontroverse zwischen Stobbe und Peter Bender. Stobbe: Entspannung durch stärkere Eigenständigkeit Europas. Ein Plädoyer für eine gemeinsame europäische Politik, in: *Vorwärts*, 2. 2. 1984, S. 15; ausführlicher in Stobbe: Außenpolitische Kontinuität – ein deutscher Wunschtraum?, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 102–109; P. Bender: Bevor eine Mittelmacht zum Satelliten wird. Europäische Politik: Antwort auf Stobbes Plädoyer, in: *Vorwärts*, 16. 2. 1984, S. 22.

¹⁷⁹ Eppler: Utopie, S. 191.

¹⁸⁰ Glotz: Die Linke und Europa: These über die soziale Demokratie als europäische Idee. Vortrag vor dem Politischen Club der Friedrich-Ebert-Stiftung am 24. 6. 1985 in Bonn [12. 7. 1985], S. 1, AdSD, Nachlass Glotz, 708.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Bruns: Europäische Sicherheitspolitik, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 654–658, hier S. 657.

¹⁸³ Siehe exemplarisch Borm: Europa, S. 22; Haungs: Europäisierung.

¹⁸⁴ Ehmke: Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas. Ein Diskussionspapier, in: *Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 1/1984, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92; in einer überarbeiteten Fassung abgedruckt in Ehmke: Eine Politik zur Selbstbehauptung Europas. Überlegungen angesichts der Entfremdung zwischen Alter und Neuer Welt, in: *Europa-Archiv (Beiträge und Berichte)* 39 (1984), S. 195–204. Das Papier wurde von einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe

kes konkrete Vorschläge, mit denen er die sicherheitspolitische Eigenständigkeit des Kontinents voranzubringen hoffte,¹⁸⁵ war der Gedanke, der sich hinter der „Selbstbehauptung Europas“ verbarg. Dass Europa sich von den Supermächten emanzipieren müsse, um in einer atomaren Auseinandersetzung nicht vernichtet zu werden, übertrug die zeitgenössische Vorstellung, bedroht zu werden, auf den Prozess der europäischen Integration, den die SPD seit jeher mit großen Hoffnungen befrachtet hatte.¹⁸⁶ Für Ehmke war die gegenwärtige Verfasstheit Europas eine „Krise der politischen Orientierung“, die sich nur dadurch lösen ließe, dass die Europäer „mehr Gewicht im Bündnis“ bekamen.¹⁸⁷ Weder wollte er die USA aus Europa zurückdrängen, noch den Kontinent von den Vereinigten Staaten abkoppeln. Sein Konzept zielte darauf, dass Westeuropa im Bündnis mit einer einheitlichen Stimme sprach.¹⁸⁸ Dieser Gedanke erfreute sich in der SPD einer großen Beliebtheit. Zum einen war er durchaus kompatibel mit Egon Bahrs „Gemeinsamer Sicherheit“.¹⁸⁹ Zum anderen konnten ihn diejenigen SPD-Mitglieder zum Ausgangspunkt weitergehender Überlegungen machen, die auf die „Verselbständigung Europas“¹⁹⁰ oder die „eigenständige Wahrnehmung der europäischen Sicherheits- und Friedensinteressen durch die europäischen Staaten unabhängig und gegen die politischen Interessen der gegenwärtigen US-Regierung“ setzten.¹⁹¹

Die Vision eines integrierten Europas machte auch vor dem östlichen Teil des Kontinents nicht halt. Wenn Europa sich einte, dann konnte und sollte das unter Einschluss der Staaten im Machtbereich des Warschauer Paktes geschehen.¹⁹² So diskutierte die Fraktion über eine europäische Friedensordnung unter der Prämisse, dass diese „das Nebeneinander und Miteinander der Staaten in Ost- und Westeuropa beschreibt“.¹⁹³ Die Jusos fanden, dass die „westeuropäischen und osteuropäischen Staaten“ vermehrt zusammenarbeiten sollten, denn sie seien „Staaten einer besonderen Betroffenheit durch die neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffensysteme und der dahinterstehenden amerika-

der Fraktion diskutiert. Die Arbeitsgruppe legte schließlich ein „Konzept für eine Selbstbehauptung Europas“ vor. [Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 7. 5. 1984], 11. 4. 1984, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur. Die Fraktion nahm das Konzept zustimmend zur Kenntnis. Protokoll der Fraktionssitzung vom 10. 4. 1984, S. 3f. und Anlage, AdsD, 2/BTFJ000031; Krönke: SPD-Konzept „Selbstbehauptung Europas“: Nationaler Egoismus trägt nicht weit. Die Supermacht-Konkurrenz erzwingt EG-Kompromiss, in: *Vorwärts*, 19. 4. 1984, S. 4.

¹⁸⁵ So pointiert in Ehmke: Selbstbehauptung, S. 199f. (s. Anm. 184).

¹⁸⁶ Vgl. etwa SPD-Parteivorstand: Godesberger Programm, S. 24.

¹⁸⁷ Ehmke: Sozialistische Politik für die Verteidigung Europas. Rede vor der Sozialistischen Fraktion der WEU-Versammlung in Paris am 28. 11. 1983, 28. 11. 1983, S. 2, AdsD, 1/HEAA000695; siehe auch Voigt: Europa muß sein Gewicht für eine Politik der Vernunft stärker zur Geltung bringen, in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, 28. 11. 1983.

¹⁸⁸ Siehe Ehmke: Die Sicherheitspolitik der SPD, 25. 11. 1986, S. 3, AdsD, 1/HEAA000623.

¹⁸⁹ Bahr: Von der deutschen Frage zum Europäischen Friedensvertrag, 26. 2. 1986, AdsD, 1/HWAK000049.

¹⁹⁰ Lafontaine: Sicherheitspolitik, S. 980 (s. Anm. 135).

¹⁹¹ Roman Röhrig: Jungsozialisten Bundeskongreß Oberhausen 26.-27. 3. 83, Vorlage AK-III, „Europäische Sicherheitspolitik als Verselbständigung gegenüber den USA“, undatiert, S. 7, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7623.

¹⁹² So Th. Bender: SPD, S. 131.

¹⁹³ Biermann: Ergebnisprotokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik am 30. 1. 1986, 31. 1. 1986, S. 1, AdsD, 1/HWAK000049. Dazu die Einwände Wischniewskis in Biermann: Ergebnisprotokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik vom 27. 2. 1986, 4. 3. 1986, S. 1, AdsD, 1/HWAK000049.

nischen Politik“.¹⁹⁴ Von der Sowjetunion war schon keine Rede mehr, und die Vorstellung von Staaten mit „einer besonderen Betroffenheit“ ließ Europa als politisches Konstrukt vor den Augen des Lesers entstehen, das als Opfer der Supermächte auf sich selbst zurückgeworfen war. In dieser Denkrichtung schlug der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Ulrich Klose 1984 eine sicherheitspolitische „Verantwortungsgemeinschaft“ vor, welche die mitteleuropäischen Staaten umfassen, die Konfrontation zwischen den Blöcken mildern und den Dialog fördern sollte.¹⁹⁵ Die Zuschrift eines Genossen an Willy Brandt entfaltete 1983 ein kühnes Panorama für den gesamteuropäischen Einigungsprozess. Hier war die Rede von einem föderalistischen Bund aller europäischen Länder unter Einschluss der Staaten im Machtbereich des Warschauer Paktes, der die Chance bieten würde, „den eisernen Vorhang mitten durch Europa“ zu überwinden.¹⁹⁶ Doch das war Zukunftsmusik.¹⁹⁷ Die Ideen der SPD-Führung waren zunächst darauf gerichtet, der 1954 gegründeten und in den achtziger Jahren vor sich hindarbenenden Westeuropäischen Union (WEU) neues Leben einzuhauchen.¹⁹⁸ Denn Frankreich war Mitglied der WEU – aber nicht dem NATO-Oberkommando unterstellt, und die Beteiligung des Landes galt der SPD als der Kernpunkt des Problems. So sollte erst einmal im Rahmen der WEU die Sicherheitskooperation mit Frankreich gestärkt werden.¹⁹⁹ Eine intensivierte europäische Einigung stand indes kaum zur Debatte, weil die Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu den vertraglich vereinbarten Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft (EG) zählte.²⁰⁰

Das „couple franco-allemand“ sollte den Motor der sicherheitspolitischen Verselbständigung Europas bilden.²⁰¹ Der britische Premierminister Winston Churchill hatte die Idee 1946 in die Diskussion getragen, als er in Zürich darüber nachdachte, dass ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Deutschland der erste Schritt sein könne, um die europäische Familie neu zu bilden.²⁰² Helmut Schmidt machte 1984 in einer Bundestagsrede Vorschläge für eine engere französisch-deutsche Kooperation in der Verteidigungspolitik, die er selbst in die Tradition der Churchill-Rede stellte.²⁰³ Rasch führten auch die Gespräche, zu denen sich Vertreter der SPD regelmäßig mit dem PSF trafen, auf diese Möglichkeit zu.²⁰⁴ Gerade weil die französischen Sozialisten sich vor einer möglichen

¹⁹⁴ Röhrig: Europäische Sicherheitspolitik, S. 8 (s. Anm. 191).

¹⁹⁵ Klose: Sonderrolle heißt neues Misstrauen. Mitteleuropa: Verantwortungsgemeinschaft für mehr Sicherheit, in: *Vorwärts*, 2. 8. 1984, S. 22.

¹⁹⁶ Günter S. an Brandt, 16. 10. 1983, AdsD, 2/PVEH000308.

¹⁹⁷ Vgl. in größerer Perspektive Loth: Das neue Europa.

¹⁹⁸ Vogel an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion: „Kontinuität und Perspektive“. Gedanken zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, 14. 1. 1984, AdsD, 1/ARAA000822.

¹⁹⁹ Sehr konkret wurden die Pläne der SPD freilich nie. Thomas Bender hat sie rekonstruiert, soweit dies möglich war. Th. Bender: SPD, S. 147–203.

²⁰⁰ Zum historischen Kontext der Debatten auch Gassert: Transatlantic Drift, S. 168–171.

²⁰¹ Siehe in diesem Kontext auch die Überlegungen, was Großbritannien leisten könnte. Scheer: Die britische Rolle für eine Selbstbehauptung Europas, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 32 (1985), S. 856–858.

²⁰² Churchills Rede vom 19. 9. 1946 ist abrufbar unter <<http://www.churchill-society-london.org.uk/astonish.html>> [23. 9. 2015].

²⁰³ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 77. Sitzung, Bonn 28. 6. 1984, S. 5596–5603, hier S. 5601–5603; dazu Glotz: Die französische Option. Eine Auseinandersetzung mit Helmut Schmidts „Strategie des Westens“, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 34 (1987), S. 292–296; Th. Bender: SPD, S. 192.

²⁰⁴ Siehe schließlich auch: Gemeinsame Erklärung der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs [Vorlage für die Sitzung des Präsidiums am 14. 1. 1985], undatiert, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV,

deutschen Wiedervereinigung oder einer neutralisierten Bundesrepublik so sehr fürchteten, erschienen ihnen gemeinsame Europäisierungsiniciativen mit der SPD als lohnenswert.²⁰⁵

Der PSF begrüßte Schmidts Ideen in einem Positionspapier, denn sie würden in die richtige Richtung weisen,²⁰⁶ und auch auf Ehmkes „Selbstbehauptung Europas“ reagierte der Internationale Sekretär Huntzinger 1984 positiv.²⁰⁷ Bei allen sicherheitspolitischen Unterschieden waren sich die Parteien einig, dass es „keine Abkoppelung innerhalb Europas, also zwischen der Bundesrepublik und Frankreich geben“ dürfe.²⁰⁸ Bahr erinnerte Huntzinger daran, dass sich Frankreich selbst im Krieg befinden würde, wenn die Sowjetunion die Bundesrepublik überfalle. Huntzinger betonte seinerseits, dass sein Land es nicht akzeptieren könne, wenn Europa militärisch von den USA abhängig bleibe.²⁰⁹ Nun nahm Frankreich bereits seit 1966 nicht mehr an der militärischen Integration der NATO teil, und das Interesse an der WEU war in Paris traditionell groß.²¹⁰ Wenn die SPD ab 1983 vermehrt ihre Zuflucht in europäischen Verteidigungskonzepten suchte, dann fand sie bei ihrer französischen Schwester offene Türen vor.²¹¹ Eine wiederbelebte WEU sollte keine Konkurrenz zur NATO sein, so weit wollten SPD und PSF nicht gehen. Der den französischen Sozialisten nahestehende Politikwissenschaftler Pascal Boniface unterstrich bei einer Zusammenkunft in Kopenhagen 1984, dass es „nicht um die Schaffung einer neuen Verteidigungsgemeinschaft“ gehen könne, „sondern um politische Kooperation und Rüstungskoopeation“.²¹² Bahr pflichtete ihm bei: „Das Maximum, das erreichbar sei, sei den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken.“²¹³

Vorstandssekretariat, ohne Signatur; Sécurité Déclaration commune PS/SPD, in: P.S. Aujourd'hui, 15.01.1985, CAS, 70 RI, 9; [Entwürfe zu einer Gemeinsamen Erklärung PS/SPD], November/Dezember 1984, CAS, 70 RI, 7; Jacques Huntzinger an Lionel Jospin: [Gemeinsame Erklärung PS/SPD], 19.12.1984, CAS, 405 RI, 16.

²⁰⁵ „Il faut un système de défense qui décourage le désir d'hégémonie.“ Denis Delbourg: Reflexions sur la crise de l'alliance, document de travail, confidentiel, undatiert, S. 16, CAS, 70 RI, 31; Luc Veron: Réunion Scandilux, Amsterdam le 25 mars 1984, 28.03.1984, CAS, 70 RI, 33; Visite en République Fédérale d'Allemagne d'une délégation du Bureau de l'Assemblée nationale, 2.4.1984, CAS, 405 RI, 6; auch Isenberg: Die Convention Nationale über außenpolitische Fragen der Sozialistischen Partei Frankreichs am 26./27.4.1980 in Paris, 29.4.1980, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10772.

²⁰⁶ [Sicherheitspolitische Positionsbestimmung des PS], undatiert, S. 28, CAS, 405 RI, 15.

²⁰⁷ Huntzinger an Isenberg, 24.4.1984, CAS, 405 RI, 1.

²⁰⁸ Isenberg: Gespräch zwischen der SPD und der PSF über Sicherheitspolitik am 26.11.1983 in Paris, 30.11.1983, S. 1, AdsD, WBA, A11.8, 41.

²⁰⁹ So ebenda, S. 3.

²¹⁰ Die Initiative, die WEU wiederzubeleben, kam vom PSF. Huntzinger: Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 32 (1985), S. 398–404, hier S. 403.

²¹¹ Siehe Huntzinger: Deuxième conférence des partis socialistes des pays européens membres de l'alliance atlantique, Bonn 27–29 Novembre 1985, 27.9[1].1985, CAS, 70 RI, 29.

²¹² Isenberg: Aufzeichnung Scandilux-Treffen am 1./2.7.1984 in Kopenhagen, 4.7.1984, AdsD, 2/PVDF000270.

²¹³ So hieß es im Protokoll, ebenda; dazu auch Isenberg: Sitzung der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik SPD/PSF am 7.5.1984 in Bonn, 9.5.1984, S. 3, AdsD, Vorlass Voigt, H 164. Als Katalysator für die Annäherung zwischen SPD und PSF erwiesen sich die Pläne der US-Regierung, ein weltraumgestütztes Abwehrsystem für Atomwaffen zu entwickeln. In beiden Parteien stieß die Ankündigung Washingtons auf einhellige Kritik. Biermann an Brandt: Stichworte für die Pressekonferenz [am 21.5.1985] in Paris zum Thema SDI [1985], AdsD, WBA, A19, 177; Gerd Walter: EUREKA – Die Position der SPD (Materialien und Argumente), November 1985, AdsD, Vorlass Voigt, H 142; Holger Franken:

Huntzinger sprach stets davon, dass Frankreich „nicht den amerikanischen Nuklearschirm ersetzen“ könne, doch bot diese Frage ein Vehikel, welches das Nachdenken über die „Selbstbehauptung Europas“ aktivierte.²¹⁴ Im Gespräch mit Bahr hatte Huntzinger schon 1982 unterstrichen, dass die französische Nuklearstreitmacht „die ‚vitalen Interessen Frankreichs‘ schützen“ sollte, und zwar „nicht nur das französische Territorium“.²¹⁵ Im Januar 1984 diskutierten Bahr und Huntzinger über Möglichkeiten, wie die Sicherheit Europas mit derjenigen Deutschlands zusammengedacht werden könnte.²¹⁶ Die europäische Verteidigungsgemeinschaft setze eine europäische Risikogemeinschaft voraus, waren sich die beiden Verteidigungsexperten einig. Frankreich müsse auch für die Sicherheit der Bundesrepublik aufkommen. Am besten wäre es, so notierte Boniface, wenn die französischen und britischen Atomwaffen so etwas wie eine europäische Abschreckungsgarantie für die Bundesrepublik bilden könnten.²¹⁷ Dieser Vorschlag entsprach dem, was im bilateralen Verhältnis zu jener Zeit diskutiert wurde. Nachdem der französische Staatspräsident François Mitterrand am 24. Mai 1984 in Straßburg eine verstärkte französisch-deutsche Kooperation angeregt hatte, unterbreitete Schmidt den Vorschlag, die *Force de frappe* „durch einseitige Erklärung [...] auch auf den Schutz Deutschlands“ auszudehnen.²¹⁸ In einem Vortrag in Lissabon, der 1985 als Gastbeitrag in „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ abgedruckt wurde, betonte Huntzinger, dass Frankreich bereit sei, seine Nuklearpolitik zu europäisieren.²¹⁹ Frankreich könnte langfristig die westeuropäische Abschreckung übernehmen.²²⁰ Präsident Mitterrand hatte diesen Vorstellungen jedoch bereits im Frühsommer 1984 eine Absage erteilt.²²¹

Während der PSF über die Verselbständigung Europas sinnierte und die Abschreckung durch französische Atomwaffen für zentral hielt, wollten Bahr und seine politischen Freundinnen und Freunde die „Selbstbehauptung Europas“ nur, wenn gleichzeitig „Gemeinsame Sicherheit“ implementiert würde.²²² Konflikte waren vorprogrammiert. Auch gab es in der SPD etliche Stimmen vom linken Flügel, die einer europäischen Sicherheits-

SPD und PS: Gemeinsam gegen SDI, in: *Vorwärts*, 25. 5. 1985, S. 4; Scheer: Eureka – eine Alternative zu SDI und EVI?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 30 (1985), S. 1339–1342.

²¹⁴ Isenberg: Sitzung der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik SPD/PSF am 7. Mai 1984 in Bonn, 9. 5. 1984, S. 2, AdsD, Vorlass Voigt, H 164.

²¹⁵ Isenberg: Gespräch zwischen Jacques Huntzinger und Egon Bahr am 18. 6. 1982, 21. 6. 1982, S. 3, AdsD, 1/EBAA000837.

²¹⁶ Siehe Boniface: Réunion PS/SPD, Bonn, 10/01/84, undatiert, CAS, 405 RI, 16; Isenberg: Gespräch über Sicherheitspolitik zwischen der SPD und der PSF am 10. 1. 1984 in Bonn, 11. 1. 1984, AdsD, 1/HEAA000479.

²¹⁷ Boniface: Réunion PS/SPD du 28/02/84 à Paris, undatiert, CAS, 405 RI, 16; Isenberg: Gespräch zwischen der SPD und der PSF am 28. 2. 1984 in Paris über Sicherheit und Abrüstung, 29. 2. 1984, AdsD, 1/HEAA000479.

²¹⁸ Der französische Staatspräsident „könnte deshalb zu dem Entschluß gelangen, daß die Aufgabenteilung der autonomen französischen Force de frappe durch einseitige Erklärung seinerseits auch auf den Schutz Deutschlands erstreckt wird. [...] Eine Weltrolle Frankreichs an der Spitze eines französisch-deutschen Tandems ist möglich, jedenfalls würde ein solches Tandem de facto zugleich zur politischen Führung der Europäischen Gemeinschaft führen“. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 77. Sitzung, Bonn 28. 6. 1984, S. 5596–5603, hier S. 5603.

²¹⁹ Huntzinger: Bündnis, S. 400.

²²⁰ Siehe ebenda, S. 399.

²²¹ Vgl. Lappenküper: Mitterrand, S. 210.

²²² Siehe zeitgenössisch zu diesem Gegensatz Bourdet/Mechtersheimer: Europäisierung.

politik skeptisch gegenüberstanden.²²³ Wie der Abgeordnete Gert Weisskirchen im Sommer 1985 bemerkte, würde eine solche Politik nur dazu führen, dass die Rüstungsspirale weiter angeschoben werde.²²⁴ Auch sein Fraktionskollege Hermann Scheer befürchtete, dass die Bundesrepublik ihre „sicherheitspolitische Objektrolle“ nicht loswerden könne, wenn Frankreich seinen Nuklearschirm auf die rechtsrheinischen Gebiete ausdehnen würde.²²⁵ Viele SPD-Mitglieder sahen eine europäische Verteidigungspolitik kritisch, und sie standen der „Errichtung einer dritten Supermacht Europa, von der auch noch niemand weiß, ob [sie] sich tatsächlich friedenssichernd [aus]wirken würde“, ablehnend gegenüber.²²⁶ In einem Europa, in dem der französische Staatspräsident auf der Nachrüstung insistierte und die britische Premierministerin eine in den Augen der SPD neo-liberale und gewerkschaftsfeindliche Politik verfolgte, konnten viele linke SPD-Mitglieder der Position ihrer Führung nichts mehr abgewinnen. „Als Sozialisten“, so war in einem Juso-Papier zu lesen, stellten sie fest, „daß die EG in unserem Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt ein entschiedener Gegner ist, zumindest in ihrer gegenwärtigen Verfassung“.²²⁷

Die deutsche Frage war nicht fern, als die Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker ab 1981/82 über Wege aus dem Kalten Krieg nachdachten. Dabei handelten sie sich den Vorwurf ein, sie huldigten einem revanchistischen Nationalismus.²²⁸ Wo ein Sammelband aus dem sozialdemokratischen Umfeld 1983 mit „Amerikanische Raketen wider deutsche Interessen“ überschrieben wurde, war es für die Kritiker der Friedensbewegung einfach, den Protest zu delegitimieren.²²⁹ Als der sozialdemokratische Friedensaktivist Albertz auf dem Kirchentag 1981 in Hamburg von Deutschland als „dem besetzten Land“ sprach, trat er eine Diskussion darüber los, wie es um den Spielraum der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt stehe. Albertz selbst skizzierte seine Antwort in einem Manuskript, das er unmittelbar nach der Diskussion schrieb, mit diesen Worten: Die „Interessen der Menschen im Herzen Europas, vor allem der jungen Menschen, die keinen Teil an der Schuld ihrer Väter und Großväter haben“, dürften nicht „untergehen“.²³⁰

Die meisten nachrüstungskritischen SPD-Mitglieder sahen dies ganz ähnlich. Über die atomare Gefahr zu sprechen bedeutete für den SPD-Parteivorstand sogar, eine nationale

²²³ Vgl. Th. Bender: SPD, S. 200f.

²²⁴ Weisskirchen: „Essentials“ in der Friedenspolitik bis zum Ende der Legislaturperiode. Vorlage für die PL-Sitzung 2. 9. 85, 28. 8. 1985, S. 1, AdsD, Vorlass Voigt, H 101.

²²⁵ Scheer: „Der Zerfall wäre programmiert“. Bonn sollte in seiner Sicherheitspolitik eine künftige britische Option erwägen, in: *Der Spiegel*, 18. 2. 1985, S. 112f.; Scheer: Chancen und Klippen einer deutsch-französischen Sicherheitskooperation, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 32 (1985), S. 732–736.

²²⁶ Martin Wilke: Europa – Satellit der USA, dritte Supermacht oder Neutrale Zone? Vorlage für den Arbeitskreis Sicherheitspolitik beim Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, August 1983, S. 6, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7618.

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Vgl. Kapitel II.4. „Fragilität und Persistenz der binären Ordnungslogik“. Zur zeitgenössischen Auseinandersetzung mit diesem Vorwurf siehe exemplarisch Glotz: Arbeit; Armin Hindrichs: Patriotismus, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 732–734; Wiemer: Neuer Patriotismus – Gefahr oder Chance?, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 454–456; Diner: Frage. Dazu auch den Abschnitt „Zwei deutsche Staaten – eine Nation. Die SPD und die nationale Frage in den achtziger Jahren“ mit Statements von Bernd Faulenbach, Herbert Ammon, Wilfried von Bredow, Edelbert Richter und Hartmut Soell in Dowe: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 95–126.

²²⁹ Seeliger: Raketen.

²³⁰ Albertz: Von der Nation – und von Wichtigerem [1981], S. 5, AdsD, 1/HAAA000046, abgedruckt in Albertz: Nation. Diesen Satz kleidete Albertz in die Form einer rhetorischen Frage.

Pflicht wahrzunehmen und vor dem Untergang des Landes zu warnen.²³¹ Sozialdemokratische Politik durfte, wie der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Bächler schrieb, „nicht darauf angelegt sein, den Partner und seine Ordnung zu destabilisieren“.²³² Die SPD musste die bestehenden Grenzen akzeptieren, den Machtanspruch der Sowjetunion hinnehmen und sich mit der deutschen Teilung als Faktum abfinden.²³³ Horst Ehmke notierte in seinem Beitrag für einen von Jürgen Habermas herausgegebenen Sammelband bereits 1979, dass die Wiedervereinigung Deutschlands „im Sinne einer Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates“ für die SPD „keine sehr realistische Perspektive“ mehr sei.²³⁴ In den achtziger Jahren glaubte die SPD nicht mehr an die Einheit.²³⁵ Sie glaubte auch nicht mehr an die Idee des Nationalstaats.²³⁶ Der Publizist Günter Gaus erklärte im Gespräch mit „Die Neue Gesellschaft“ 1982, dass die Deutschen „von den hergebrachten nationalliberalen Vorstellungen über die Identität der Nation“ Abschied nehmen müssten.²³⁷ Das Bismarck'sche Einheitsreich lasse sich nicht wiederherstellen, es sei „für alle vorhersehbare Zeit verloren“.²³⁸ Und Dietrich Stobbe protokollierte 1984 in einem Brief an Ehmke, in dem er sich auf dessen Beitrag im Habermas-Sammelband bezog, „daß die Nationalstaatsidee [sic] in Zentraleuropa als Folge der sozialen und politischen Fehlleistungen des Bürgertums gescheitert“ sei.²³⁹

So zielte, was SPD-Mitglieder von der europäischen Friedensordnung bis zur Auflösung der Blockkonfrontation an konzeptionellen Perspektiven entwickelten, nicht darauf, den souveränen Nationalstaat wiederherzustellen.²⁴⁰ Denn die Atombombe war „eine globale Bedrohung“, und „die Idee des souveränen Staates“ deshalb nicht mehr tragfähig.²⁴¹ Prominent war diese Wendung von Jonathan Schell, dem Kolumnisten des US-Magazins „The New Yorker“, in seinem Bestseller „Das Schicksal der Erde“ 1982 formuliert worden.²⁴² Viele, aber beileibe nicht alle Sozialdemokraten griffen sie auf. Lafontaine schrieb 1983, dass die Nationalstaatsidee obsolet geworden sei, weil sie die wesentliche Ursache für Kriege

²³¹ Die Argumente der SPD. Thema: Friedenspolitik/Friedensbewegung, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, November 1981, Nr. 21, S. 1; Herbert Ammon: „Linksnationalismus“. Anmerkungen zu einem irreführenden Begriffsklischee, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 950-954.

²³² Bächler: Thesen, S. 5.

²³³ Vgl. zur historischen Kontextualisierung Conze: Akzeptanz.

²³⁴ Ehmke: Vaterland, S. 63. Für die Parteilinke war die „Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands [...] nur auf der Basis der dauerhaften Existenz zweier deutscher Staaten denkbar“. Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986, S. 10, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92. Dies war der Zentralsatz des gesamten Dokuments. Er wurde von Klaus von Schubert wellenförmig unterstrichen. Vgl. zur historischen Kontextualisierung auch Sturm: Uneinig, S. 55-61.

²³⁵ Willy Brandt nannte die Wiedervereinigung die „Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“. Zit. nach Sturm: Uneinig, S. 58; ferner Drögemöller: Schwestern, S. 294-314.

²³⁶ Kontextualisierend vgl. Iriye: Making, S. 737-750; Hobsbawm: Age, S. 424f., 431.

²³⁷ Gaus: „Wir dürfen an den Einflußsphären in Europa nicht rühren“. Gespräch mit der Neuen Gesellschaft, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 712-721, hier S. 712; Glotz: Irrweg.

²³⁸ Gaus: Einflußsphären, S. 713.

²³⁹ Stobbe an Ehmke, 23. 10. 1984, AdSD, Nachlass Stobbe, 129. Hervorhebung im Original (unterstrichen).

²⁴⁰ Ähnliche gedankliche Figuren in [Entwurf zu einer neuen Grundsatzserklärung der Sozialistischen Internationale, Madrid 1983], undatiert, S. 12, CAS, 60 RI, (A), 6.

²⁴¹ Lafontaine: Angst, S. 90.

²⁴² Schell: Schicksal, S. 249.

sei.²⁴³ Die Welt könne nur überleben, „wenn die Staaten auf Souveränitätsrechte verzichten, die sie nach geltender Rechtstradition erst zu Staaten machen“, bemerkte Eppler.²⁴⁴ Der Nationalstaat sei „keineswegs jene notwendige Endstation aller Geschichte, als die er uns im 20. Jahrhundert präsentiert wurde“.²⁴⁵ Egon Bahr fügte ein für den sozialdemokratischen Diskurs wichtiges Argument hinzu, wenn er die nationale Frage dem Frieden unterordnete. Es gebe „kein nationales Ziel, das es wert wäre, den Frieden zu gefährden [...]“. Im Zeitalter der nuklearen Zerstörungsmittel ist es nicht mehr möglich, die Nation als ersten und einzigen Bezugswert zu haben.²⁴⁶ Der Friede in Europa rangierte für die SPD vor der Restitution von Nationalstaaten.²⁴⁷ Über diese Rangfolge war sie sich mit den französischen Sozialisten einig – nicht aber mit den Unionsparteien oder der US-Regierung.

Auf deutsche Fragen gaben die Nachrüstungsgegner in der SPD europäische Antworten.²⁴⁸ Sie hielten nichts mehr von einer deutschen Einheit, die auf den Grundrissen des Nationalstaates errichtet werden sollte.²⁴⁹ Ein wiedervereinigtes Deutschland konnten sie sich, wenn überhaupt, nur als Gliedstaat in einem föderalistisch verfassten Europa vorstellen.²⁵⁰ Nun suchten SPD-Mitglieder eine Lösung vor allem darin, dass sie die WEU reaktivieren oder den europäischen Einigungsprozess als Ganzes voranbringen wollten. Einzelne Nationalstaaten müssten ihre Souveränität an supranationale Instanzen abgeben, dann ließe sich das Zusammenleben friedlicher und gerechter organisieren.²⁵¹ Es war neben der WEU ein multipolares Sicherheitssystem unter dem Dach der Vereinten Nationen, das SPD-Mitglieder wie Eppler und Lafontaine als längerfristige Perspektive formulierten. Denn wenn die Atombombe eine weltumfassende Bedrohung war, konnte die Antwort nur global ausfallen.²⁵² Es müsse versucht werden, schrieb Lafontaine,

„im Rahmen der Vereinten Nationen ein international vereinbartes Sicherheitssystem zu schaffen. Nur ein internationales Sicherheitssystem, das sich auf die Einhaltung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und anderer universell anerkannter Instrumente des Völkerrechts stützt, kann die Alternative zu dem Blocksystem sein.“²⁵³

²⁴³ Lafontaine: Angst, S. 89.

²⁴⁴ Eppler: Utopie, S. 153, ausführlicher unter der Überschrift „Den Nationalstaat aufheben“ S. 192–196.

²⁴⁵ Ebenda, S. 194.

²⁴⁶ Bahr: Was wird?, S. 14; Bahr: Von der deutschen Frage zum Europäischen Friedensvertrag, 26. 2. 1986, AdsD, 1/HWAK000049; Bahr an Lafontaine, 9. 6. 1987, AdsD, 1/EBAA000681; Bahr: Frieden.

²⁴⁷ So Hindrichs: Nicht die Nation, der Frieden hat Priorität, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 341–343; so auch P. Bender: Ende, S. 236–245.

²⁴⁸ Albrecht u. a.: Fragen.

²⁴⁹ Auch die Grünen dachten so: Europäisierung der Abrüstung. Antwort auf Scheitern in Genf. Pressemitteilung Nr. 500/83, 25. 11. 1983, AGG, Bestand F.4.2, Pressemitteilung BT-Fraktion, 6.

²⁵⁰ Siehe Gaus: Einflußsphären, S. 719. Dass Gaus in diesem Interview das Blocksystem nicht infrage stellte, brachte ihm Kritik ein. Theodor Schweisfurth: Wir müssen an den Einflußsphären in Europa rühren. Anmerkungen zum NG-Gespräch mit Günter Gaus, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 943–949; einem anderen Autor ging Gaus viel zu weit. Wolfgang Leonhard: Was Günter Gaus übersieht, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 940–942.

²⁵¹ Darüber hinaus brachte Eppler auch den „Abbau der Souveränität [...] nach unten“ ins Gespräch, die Subsidiarität. Eppler: Utopie, S. 194. Im Prinzip sei „alles gut, was Souveränitätsrechte – nach oben oder unten – abbaut. Dies bedeutet nach innen ein klares Ja zum Prinzip des – noch längst nicht konsequent durchgesetzten – Föderalismus. Nichts soll im Land entschieden werden, was in Teilgemeinde, Gemeinde oder Kreis geregelt werden kann, nichts soll der Bund an sich ziehen, was die Länder besser übersehen können.“ Ebenda, S. 195.

²⁵² Vgl. Conze: Modernitätsskepsis, S. 236f.

²⁵³ Lafontaine: Angst, S. 91.

Die „Stärkung der viel geschmähten Vereinten Nationen“²⁵⁴ als Ausweg aus der Blockkonfrontation war die in den Reihen der Sozialdemokratie oft diskutierte, aber selten konkret ausbuchstabierte Vision, wie sich die Gegner der Raketen die Neuordnung der Welt vorstellten.²⁵⁵ Für die Jusos ging es 1981 darum, „das bipolare Weltsystem durch ein multipolares Weltsystem abzulösen“.²⁵⁶ Die Westeuropäer sollten darin „als eine dritte Macht“ fungieren. Nach Eppler war schließlich „alles gut, was die Blöcke auflockert, was Freiräume innerhalb der Blöcke nützt oder neu schafft, was gemeinsames Handeln über die Blöcke hinweg ermöglicht“.²⁵⁷ In einem Papier des Juso-Mitgliedes Roman Röhrig sollten die beiden Militärblöcke in „einer multipolaren Friedensordnung“ aufgehen.²⁵⁸ Lafontaine fasste diese Idee als Zwei-Stufen-Modell zusammen: „Die gegeneinander gerichteten Blöcke sollen nicht in Nationalstaaten aufgelöst werden, sondern in internationale Organisationen. Eine Verselbständigung Europas wäre ein erster wichtiger Schritt.“²⁵⁹

Während die SPD als Gesamtpartei sich darauf konzentrierte, wie der westeuropäische Pfeiler in der NATO gestärkt werden könnte, spielten deutlich weniger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit dem Gedanken, wie ein multipolares Sicherheitssystem auszusehen hätte – zu fern lag seine Realisierbarkeit.²⁶⁰ Die Problemkonstruktion, welche die SPD ihrer Lösung zugrunde legte, ließ sich aber in beiden Fällen in einem simplen Satz ausdrücken: Die Partei litt daran, wie die Welt verfasst war – dass sie in Blöcke zerfiel, sich misstrauisch beäugte, mit Atomwaffen bedrohte. Ihr sagte die Binarität nichts mehr. Deshalb suchte sie nach Wegen aus der Konfrontation. Gerade zu Beginn der achtziger Jahre, als die Beziehung zwischen Washington und Moskau tiefgefroren und ein Atomkrieg nicht mehr undenkbar schien, stellte die SPD fest, dass der Gegensatz zwischen West und Ost nicht mehr dazu beitrug, die Probleme in der Welt zu lösen. Am deutlichsten wurde offenkundig, dass Teile der Sozialdemokratie dabei waren, vom System des Kalten Krieges abzurücken, als Oskar Lafontaine 1983 den Austritt der Bundesrepublik aus der militärischen Integration der NATO ins Gespräch brachte. Doch auch solche Parteimitglieder, die Lafontaines radikalen Schritt nicht mitgehen wollten, erkannten keinen Sinn mehr darin, dass sich die Menschheit in feindliche Blöcke sortierte. Sie forderten selbst nach Ende des eigentlichen Nachrüstungsstreits die Überwindung des Ost-West-Antagonismus durch eine europäische Friedensordnung. So uneinheitlich und vage die Konzepte auch ausfielen, an ihnen war abzulesen, dass für die Nachrüstungsgegner in der SPD der Kalte Krieg rasant an strukturierender Kraft verloren hatte. Das Paradigma der Systemauseinandersetzung wies ihnen keinen Ausweg mehr aus den als neu wahrgenommenen Problemen. Zwangsläufig musste dies auch ihre Antwort auf die Frage verändern, was „der Westen“ war.²⁶¹

²⁵⁴ Eppler: Utopie, S. 196.

²⁵⁵ Sie folgten dabei den Ideen, welche die Palme-Kommission diskutiert hatte. [Ohne Verfasser:] Palme-Bericht, S. 147f., 178–183; zur historischen Kontextualisierung vgl. Osterhammel: Weltordnungskonzepte.

²⁵⁶ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongress, 26.–28. 6. 1981, Lahnstein, Antrag Nr. D1 (Bezirk Hessen-Süd), S. 5, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 5958.

²⁵⁷ Eppler: Utopie, S. 167.

²⁵⁸ Röhrig: Europäische Sicherheitspolitik, S. 8. Im Original hervorgehoben.

²⁵⁹ Lafontaine: Angst, S. 84.

²⁶⁰ Die Weltgesellschaft blieb auch in den folgenden Jahrzehnten die Utopie der Linken. Vgl. exemplarisch Zürn: Regieren; Beck: Globalisierung; Beck/Grande: Europa.

²⁶¹ Der „Westen“, die „westliche Wertegemeinschaft“ und „westliche Werte“ sind Quellenbegriffe. Um den Text lesbar zu halten, wird auf An- und Abführungszeichen von nun an verzichtet.

3. „Das Ost-West-Zeitalter ist zu Ende“

Als die SPD in den frühen achtziger Jahren diskutierte, ob atomare Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden sollten, und dabei auch über die Politik der US-Regierung verhandelte, da hörte sie aus den Unionsparteien, aus Paris und aus Washington einen Vorwurf: Sie zerstöre den sicherheitspolitischen „Konsens“ der Nordatlantischen Allianz und verlasse die westliche Wertegemeinschaft.²⁶² Tatsächlich handelte es sich um eine effektive Delegitimierungsstrategie, die ins sozialdemokratische Marktraf. Spätestens seit 1959, als die SPD sich in Bad Godesberg ein neues Grundsatprogramm gegeben hatte, spätestens seitdem Herbert Wehner 1960 im Bundestag explizit gemacht hatte, dass seine Partei die Westbindung der Bundesrepublik anerkannte, begriff sie sich selbst als westliche Partei. Julia Angster schreibt, dass die westdeutsche Arbeiterbewegung „zwischen Anfang der 1940er und Mitte der 1960er Jahre einen fundamentalen Wandel ihres politischen Denkens“ durchlief, an dessen Ende sie „sich als legitimen Bestandteil der Gesellschaftsordnung und des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland betrachtete und entschlossen war, ihre Interessen innerhalb des parlamentarischen Systems zu vertreten“.²⁶³ Diesen Prozess, den Angster in das Forschungsparadigma der „Westernisierung“ einordnet,²⁶⁴ bestimmten Erfahrungen, die SPD-Mitglieder im Exil gemacht hatten. Auch das Engagement US-amerikanischer Gewerkschafter nach dem Krieg in Westeuropa war wichtig. An seinem Ende eignete sich die SPD in einem wechselseitigen Austauschprozess „atlantisch-westliche Wertvorstellungen“ an.²⁶⁵ Gleichzeitig gab sie „das langfristige Ziel einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“ auf.²⁶⁶ Hatte sie sich also seit den späten fünfziger Jahren im Westen verortet, wirkte der Vorwurf, sie stelle die Wertegemeinschaft infrage, als Katalysator für eine grundsätzliche Selbstverständigung über ihren Ort in der Welt. Am Ende dieses Prozesses forderte sie die Depolarisation der internationalen Beziehungen.

Die SPD als Gesamtpartei wies den Eindruck zurück, sie distanzieren sich vom Westen, indem sie sich mantrahhaft zu ihm bekannte. Als der Kölner Parteitag im November 1983 die Raketenstationierung ablehnte, da verband er dies mit der expliziten Aussage, dass die Bundesrepublik und die USA „durch die gemeinsamen Traditionen und Werte der Menschenrechte, des Rechtsstaates und der pluralistischen Demokratie miteinander verbunden“ seien.²⁶⁷ Die Frage, ob die NATO eine Werte- oder nur eine militärische Zweckgemeinschaft sei, führte aber zu innerparteilichen Konflikten. Während der linksorientierte Frankfurter Kreis auch 1986 noch erklärte, dass die NATO „keine Wertegemeinschaft, sondern ein Militärbündnis“ sei,²⁶⁸ bestand der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt darauf, dass die Allianz mit den USA mehr sei als ein Verteidigungspakt.²⁶⁹ Die meisten Sozialde-

²⁶² Dazu ausführlich Kapitel II.4. „Fragilität und Persistenz der binären Ordnungslogik“.

²⁶³ Angster: *Konsenskapitalismus*, S. 11, zusammenfassend S. 467–471.

²⁶⁴ Zum Beispiel ebenda, S. 15.

²⁶⁵ Ebenda, S. 467.

²⁶⁶ Ebenda, S. 11.

²⁶⁷ Außerordentlicher SPD-Parteitag, Köln 1983, S. 198.

²⁶⁸ Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17. 2. 1986, S. 4, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 92. Klaus von Schubert versah diese Aussage am Rand mit einem Fragezeichen.

²⁶⁹ Siehe die Entwürfe für den sicherheitspolitischen Leit Antrag zum Nürnberger Bundesparteitag 1986, IfZ, Archiv, Nachlass Schubert, Bd. 91.

mokratinnen und Sozialdemokraten taten es ihm gleich. Sich offensiv zu den westlichen Werten zu bekennen zeichnete viele zeitgenössische Wortmeldungen in der SPD aus. Der Abgeordnete Peter Würtz nannte die NATO „bei zum Teil unterschiedlichen politischen Interessen eine Wertegemeinschaft“.²⁷⁰ Wie er notierte auch die Berliner SPD, es gebe „für Sozialdemokraten keinen Zweifel, daß die Bundesrepublik Deutschland – unbeschadet bestehender Unterschiede in den Grundwerten der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität – mit den demokratischen, freiheitlichen Traditionen der Vereinigten Staaten von Amerika verbunden ist“.²⁷¹ Was diese westlichen Werte konkret ausmachte, darüber sprach die SPD kaum noch. Rhetorische Gemeinplätze wie jene von „den demokratischen, freiheitlichen Traditionen“ verwiesen darauf, dass ihre Mitglieder durch knappe Formulierungen Einigkeit darüber herstellen konnten, was die Westlichkeit ausmachte.²⁷²

Soweit war, was die SPD als Gesamtpartei zu sagen wusste, nicht überraschend: Sie vertortete sich selbst als Mitglied der Wertegemeinschaft und tat alles, um den Eindruck zu zerstreuen, sie stelle gemeinsame Werte infrage. Dennoch: So wie stationierungskritische Sozialdemokraten zunehmend erkannten, dass die verschiedenen Erdteile aufeinander angewiesen waren, so suchten sie nach neuen Ordnungssystemen, die der Entdeckung von Interdependenz Rechnung trugen. Sie diskutierten das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, dachten über ein neues und gerechteres Weltwirtschaftssystem nach oder entwarfen konkrete Wege aus der Blockkonfrontation, die sie in einer intensivierten europäischen Integration oder einem multipolaren, internationalen Sicherheitssystem gefunden zu haben glaubten. Sie machten aber auch die Prämissen des Kalten Krieges selbst zum Gegenstand ihrer Diskussion. Denn der Unterschied zwischen West und Ost, Demokratie und Kommunismus, Freiheit und Unterdrückung war im Zeichen der ubiquitären nuklearen Bedrohung für zahlreiche SPD-Mitglieder nicht länger die primäre Streitfrage. Und in der Tat lässt sich der Nachrüstungsstreit auch als Indikator dafür lesen, dass ihnen das System des Kalten Krieges für neue Probleme keinen Referenz- und Orientierungsrahmen mehr bot. Im Gegenteil, der Kalte Krieg war für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen selbst zum Problem geworden. Freilich gab es noch jene prominenten Mitglieder um Schmidt, Annemarie Renger und Apel, die sich eloquent zum Westen und zur Freundschaft mit den USA bekannten. Aber ein wachsender Kreis im linken Spektrum der SPD begann schon ab 1980 und dann verstärkt zur Mitte des Jahrzehnts hin umzudenken und wollte auf die Bedingungen selbst fokussieren, die die internationale Staatenwelt verregelten. Damit rückten sie auch das Konzept des Westens in den Raum des politisch Verhandelbaren. Im Kern war die Krise des Kalten Krieges eine Krise des Westens.

Der Westen war eine Erfindung des Kalten Krieges, zumindest gewann er im Zeichen der Blockkonfrontation seine politische Funktion.²⁷³ Er war ein „ideengeschichtliches

²⁷⁰ Peter Würtz: Überlegungen zur Strategie, 20. 2. 1984, S. 4, AdsD,1/HJVA104525. Hervorhebung im Original (unterstrichen); auch Eppler: Amerika und die Deutschen, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 32–34, hier S. 33.

²⁷¹ Antrag der Berliner SPD zur Sicherheits-, Deutschland- und Berlin-Politik, verabschiedet auf dem Landesparteitag vom 20./21. 6. 1986, undatiert, AdsD, Nachlass Stobbe, 41.

²⁷² So beispielsweise Glotz: Über Antiamerikanismus und Antikommunismus. Plädoyer für eine offensive Außenpolitik im Bundestagswahlkampf 1986/87, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 33 (1986), S. 35–43, hier S. 38.

²⁷³ Vgl. Hochgeschwender: Westen, S. 25f.; Schildt: Abendland, S. 191–194. Ideengeschichtlich wurzelte das Konzept aber im 18. Jahrhundert, vgl. Bavaj/Steber: Introduction, S. 8–11.

Mischprodukt“, das in den fünfziger Jahren „liberaldemokratisch überformt“ wurde.²⁷⁴ Als die Bolschewiki im Jahre 1917 in Russland ihre Gewaltherrschaft errichteten, war den Vereinigten Staaten ein globaler Konkurrent erwachsen.²⁷⁵ Noch während des Zweiten Weltkrieges kämpften amerikanische und sowjetische Soldaten gegen einen gemeinsamen Feind. Als es aber darum ging, die Macht- und Interessenssphären in Europa abzustecken, brachen sich die Konflikte Bahn. Rasch entdeckten die westlichen Alliierten, dass es keinen zuverlässigeren Kitt für den Zusammenhalt gegen die Sowjetunion gab als die Ideologie. So entwickelten sie das Theorem der westlichen Wertegemeinschaft, das seine Wurzeln in der europäischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts hatte und die Staaten, die an den Nordatlantik grenzten, in einem gemeinsamen Wertekanon verband.

Der Westen war ein „Ausfluss des Aufklärungsliberalismus“: „Ideale wie die Freiheit des Individuums, die Menschenrechte in einer antiegalitären, freiheitlichen Lesart, Demokratie, *rule of law*“ standen im Mittelpunkt des Konzepts.²⁷⁶ Es erhob den Anspruch, universell gültig und in jedem Land der Erde anwendbar zu sein. Dabei war seine Bindekraft ein gemeinsames Feindbild: der kommunistische Totalitarismus in seiner sowjetischen Spielart. Wenn es richtig ist, dass der Westen ein Konstrukt war, das seinen Siegeszug nur im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation feiern konnte, dann begannen bestimmte Gruppen in der SPD während des Nachrüstungsstreits, von zwei zentralen Prämissen abzurücken. Erstens problematisierten sie das Feindbild als Herrschaftsinstrument, zweitens historisierten sie die Ideologie als solche. Dass sie so diskutierten, war Motor wie Ergebnis einer Entwicklung, an deren Ende das System Kalter Krieg seine Überzeugungskraft verlor. Freilich war schon mit der sozial-liberalen Entspannungspolitik der sechziger und frühen siebziger Jahre „das kohärenzstiftende Feindbild“ in der Ost-West-Auseinandersetzung zerbröckelt.²⁷⁷ Doch entsprach es noch der Konzeption dieser Politik, den politischen Wandel im Ostblock und nicht im Westen zu erwarten.²⁷⁸ Insofern war sie „a conservative project [...] aimed at stabilizing a seemingly precarious situation“.²⁷⁹ Nirgendwo wird das deutlicher als in einer Parteitage Rede, die Brandt 1960 hielt. Damals sagte er:

„Ich bin überzeugt, wir können die Herausforderung des Kommunismus annehmen. Wir müssen den Frieden sichern und die Spielregeln finden, um wirtschaftlich, politisch und geistig frei zu sein für das Ringen mit der anderen Welt, das man ‚friedliche Koexistenz‘ nennt. Diesen Kampf werden wir gewinnen!“²⁸⁰

Das konnte Brandt nur 1960 sagen. Im Klima des Nachrüstungsstreits hätten die Menschen aufgehört, denn diese Rede wäre seltsam aus der Zeit gefallen. So hatten sich die diskursiven Begrenzungen radikal verändert, zwischen denen über den Kalten Krieg gesprochen werden konnte. Dass eine Mehrheit der Sozialdemokratie das Paradigma Kalter Krieg durch ein anderes ersetzte, unterschied die achtziger Jahre von früheren Phasen.

Die Gegner der Atomraketen hielten Feindbilder für gefährlich. Denn sie sahen darin die eigentliche Ursache für das Ende der Entspannungspolitik, für den Rüstungswetlauf

²⁷⁴ Hochgeschwender: Westen, S. 2f.

²⁷⁵ Vgl. dazu Baberowski: Verbrannte Erde, S. 33–88.

²⁷⁶ Hochgeschwender: Westen, S. 4f.; Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?, S. 27.

²⁷⁷ Hochgeschwender: Westen, S. 29; auch Stephanson: Cold War, S. 36–39.

²⁷⁸ Vgl. A. Hofmann: Détente, S. 108–117; Bange/Niedhart: Introduction, S. 1f.; Kieninger: Transformation; Kieninger: Détente, S. 145.

²⁷⁹ Hanhimäki: Détente, S. 145.

²⁸⁰ Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, 21. bis 25. 11. 1960, Bonn [1960], S. 670.

und für die atomare Konfrontation. Feindbilder galten ihnen als etwas Irrationales und deshalb als etwas Überwindungsbedürftiges. In einem Diskussionspapier der SPD-Frauen hieß es 1982, dass Feindbilder die Funktion hätten, „innen- und außenpolitische Ziele durchzusetzen, die einer vernünftigen Begründung nicht mehr zugänglich sind“.²⁸¹ Wenn Feindbilder entstünden, so argumentierte die Autorin, spiele „der Mangel an Information über den ins Auge gefaßten Feind [...] eine entscheidende Rolle“. Es werde „ein Klima erzeugt, in dem einseitige Informationen, die Unterschlagung von Informationen und bewußte Falschinformation zum entscheidenden Mittel einer Informations- und Öffentlichkeitspolitik“ würden. Traditionell spielte das Nachdenken über Feindbilder in der Frauenbewegung eine große Rolle. Im Nachrüstungsstreit wurde es nun auch in der SPD virulent, weil weibliche Mitglieder beklagten, dass die männlich geprägte öffentliche Meinung nur zur Kenntnis nehme, was in vorgerasterte Wahrnehmungsmuster passe. Also versuchten die Frauen in der SPD, männliche Feindbilder zu dekonstruieren. Damit ließen sie jene Politikfelder hinter sich, welche die Männer ihnen als „weiblich“ zugeordnet hatten. Als sie in den achtziger Jahren beanspruchten, über Fragen von Krieg und Frieden mitzureden, besetzten sie ein politisches Feld, das die Männer als ihre ureigentliche Domäne verstanden. Das war ein Novum der Geschichte der Frauenbewegung.²⁸² Wenn die Welt von Frauen regiert würde, so lautete das Argument, dann gäbe es den Krieg nicht mehr.²⁸³ Männliche Feindbilder seien systemstabilisierend. Denn das von Männern erdachte Abschreckungssystem „zwingt zu einem unverrückbaren Feindbild, das auch ernstgemeinte Friedensgesten von der anderen Seite nicht zuläßt, sie als Trick, Irreführung, Manipulation ‚entlarvt‘“.²⁸⁴ Wer in der Sowjetunion keinen Gegner, sondern einen ideologischen Feind sehe, der habe keine Möglichkeit zu erkennen, „daß der Gegner interessiert ist an Frieden, Koexistenz und Abrüstung“. Feindbilder seien deshalb konstitutiv für den Kalten Krieg.

In dieser Argumentation musste jeder, der Frieden und Abrüstung suchte, sich zunächst von seinem Feindbild lösen.²⁸⁵ Er musste Vertrauen zu seinem Gegner fassen. Auch männliche Sozialdemokraten bei den Jusos versuchten, Feindbilder zu überwinden.²⁸⁶ Selbst Horst Ehmke schrieb, dass es stets „subjektive Wahrnehmungen“ seien, „die Entscheidungen präjudizieren“.²⁸⁷ Dies führe „zu einem Teufelskreis, in dem Feindbilder Waffen und Waffen Feindbilder produzieren“. Peter Glotz hielt es für gesichert, dass

²⁸¹ Uschi Pausch-Gruber: Feindbilder – ihre Funktion, ihre Entstehung, ihr Abbau [Vorlage zur Sitzung der AG Frieden der ASF am 12. 6. 1982], undatiert, S. 1, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 13172.

²⁸² Vgl. Heinsohn: Ambivalente Entwicklungen, S. 46f.

²⁸³ „Männer haben in der Geschichte die Möglichkeit gehabt, eine friedliche Welt zu schaffen. Sie haben versagt; denn unsere Welt ist friedlos.“ Randzio-Plath: Arbeitsgemeinschaft, S. 173.

²⁸⁴ Frau und Gesellschaft. Sozialdemokratischer Informationsdienst/Argumente Nr. 18, September 1982, S. 3, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9383.

²⁸⁵ Siehe Karin Roth: Wenn der Wille zur Veränderung öffentlich sichtbar wird ..., in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 32 (1987), S. 746–748, hier S. 746.

²⁸⁶ Siehe „Wir wollen das Denken in Feindbildern abbauen.“ Papier des Juso-Bundesvorstandes, in: *FR*, 10. 7. 1978; Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Bundeskongreß, 10.–12. 6. 1982, Lahnstein, Antrag Nr. B1 (Friedenspolitik), S. 12, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7585.

²⁸⁷ Ehmke: Feindbilder und politische Stabilität in Europa, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 34 (1987), S. 1073–1078, hier S. 1074; Volkmar Deile: Widerstehen zur rechten Zeit. Rede zum Gustav-Heinemann-Bürgerpreis an die Aktion Sühnezeichen, in: *Vorgänge* 22 (1983), S. 160–165, hier S. 162.

Feindbilder in „Friedensunfähigkeit“ resultierten.²⁸⁸ Ihr Abbau sei wesentlich, meinte Wilhelm Bruns von der Ebert-Stiftung 1981, damit die Entspannungspolitik weitergehen und die Abrüstung beginnen könne.²⁸⁹ In dieser Logik rechnete es sich die SPD als Erfolg an, dass sie mit ihrer Ostpolitik bereits „zur Aufweichung der Feindbilder“ beigetragen habe.²⁹⁰ Indem sie das Feindbild als Denkmuster der ideologischen Abgrenzung des Westens vom Osten aufgeben wollte, strebte sie danach, ein konstitutives Merkmal des Kalten Krieges zu verabschieden.²⁹¹

Die Gegner der Nachrüstung suchten auch nach Instrumenten, wie das bewerkstelligt werden konnte. Rasch erkannten insbesondere weibliche SPD-Mitglieder, dass der Friede nicht bei den Supermächten, sondern „bei uns selbst und im inneren Zustand unserer Gesellschaft“ beginnen müsse.²⁹² Es waren Erziehung, Aufklärung und Information, die die ASF als Rezepte gegen das Denken in Feindbildern empfahl.²⁹³ Ein gedeihliches Miteinander werde erst dann möglich, „wenn Solidarität statt Eigennutz, Rücksichtnahme statt Konkurrenz, Hoffnung statt Angst im Zusammenleben von Einzelnen, Gruppen und Völkern zur Grundhaltung und damit auch zum Maßstab für politisches Handeln werden“.²⁹⁴ Deshalb stellte die ASF „die Erziehung zum Frieden“ in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie forderte nichts weniger als „eine allgemeine Veränderung des Bewußtseins, die nicht mehr auf ein Schema wie Sieg/Niederlage, Stärke/Schwäche fixiert ist“. Wer Menschen zum Frieden erziehen wollte, der musste sie dazu anhalten, „Toleranz, Selbstachtung und gegenseitige Rücksichtnahme“ zur Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu machen. Nach außen hin sollte Vertrauen das Verhältnis zum Gegner prägen. Nach innen hin verfolgte die ASF unmittelbare Ziele. Denn die Friedenserziehung war darauf gerichtet, Gesellschaft zu gestalten.²⁹⁵ Sie wollte eine Bewusstseinsveränderung, Friedenserziehung musste nach den Vorstellungen der Sozialdemokratinnen „schon in der frühkindlichen und kindlichen Erziehung“ ansetzen. Die Kinder sollten ler-

²⁸⁸ Glotz: Antiamerikanismus, S. 40.

²⁸⁹ So Bruns: NATO-Doppelbeschluss und deutsch-deutsche Beziehungen, in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 836-842.

²⁹⁰ Wolfgang Biermann: Thesenpapier für die Loccumer Tagung am 16. und 17. 12. 1982, undatiert, S. 6, AdSD, WBA, A11.4, 109; Brandt: Ein Leben ohne Feindbilder, in: *Vorwärts*, 6. 6. 1987, S. 16f.

²⁹¹ So Albertz an die Mitglieder des Komitees für Grundrechte und Demokratie, 13. 4. 1980, AdSD, 1/HAAA000073.

²⁹² Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Antikriegstag 1. September: Feindbilder abbauen – Frieden schaffen [1982], AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9314; der Aufruf in der Entwurfsfassung: Uschi Pausch-Gruber/Christa Randzio-Plath: Thesenpapier zum Thema Feindbilder, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9314; Mechthild Jansen: 1. September Antikriegstag 1979. Zur Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 2 (1979), H. 4, S. 47-57.

²⁹³ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Antikriegstag 1. September: Feindbilder abbauen – Frieden schaffen [1982]; Frau und Gesellschaft. Sozialdemokratischer Informationsdienst/Dokumente Nr. 20, Juli 1983, S. 10, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9383; ASF Hessen-Süd: Friedens- und Sicherheitspolitik – Frieden durch Abrüstung. Unterlagen zur ordentlichen Bezirkskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen am 13. 3. 1982 in Frankfurt-Harheim, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9934.

²⁹⁴ Bundesvorstand der ASF: Antikriegstag 1. September: Feindbilder abbauen – Frieden schaffen.

²⁹⁵ Deutlich bei Evelyne Neff: Erziehung zum Frieden im Kindergarten [1982], AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 9314; Roland Geitmann: Friedenssicherung: Auch eine Aufgabe der Städte und Gemeinden, in: *Vorwärts*, 10. 3. 1983, S. 14f.; Heinz Dederig: Bildungspolitik ist Friedenspolitik, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 852-855.

nen, anderen Kulturen mit Verständnis zu begegnen. Deshalb schlug die ASF bereits 1979 vor, dass der internationale Jugend- und Schüleraustausch intensiviert werden sollte, auch und gerade mit den Ländern des Warschauer Paktes sowie mit Entwicklungsländern, und dass es mehr Fremdsprachenunterricht an den Schulen geben müsste. Kriegsspielzeuge sollten verboten werden.²⁹⁶ Die Utopie einer gewaltfreien Gesellschaft im Inneren und Äußeren leitete das politische Denken der ASF.²⁹⁷ In einem Artikel in der Zeitschrift „spw“ hieß es unmissverständlich: „Frauen werden den Frieden vorbereiten.“²⁹⁸ Auf diese Weise versuchten SPD-Mitglieder, durch die Konstruktion einer feindbildfreien Weltwahrnehmung bei sich selbst und bei anderen die Voraussetzung des Kalten Krieges überflüssig zu machen.

In den frühen achtziger Jahren riefen zahlreiche nachrüstungskritische SPD-Mitglieder auch das „Ende des ideologischen Zeitalters“ aus.²⁹⁹ Der Publizist Peter Bender hatte sie dazu inspiriert, als er 1981 ein Buch mit dem gleichnamigen Titel veröffentlichte, in dem er beschrieb, was er in den Beziehungen der Supermächte wahrzunehmen glaubte. Bender stellte seiner Gegenwart zwei Diagnosen aus: „eine Entideologisierung des Ostens und eine Entideologisierung des westlichen Bildes vom Osten“.³⁰⁰ Die Krise um die polnische Gewerkschaft Solidarność zeigte ihm, dass der Osten verloren habe, „was ihn einst von der übrigen Welt unterschied, seine Ideologie“.³⁰¹ Sie „motiviert nicht mehr, sondern legitimiert nur noch“. Dabei habe die Entideologisierung und Depolarisierung Folgen für Ost und West. Denn die „Staaten östlich der Elbe sind normale Staaten geworden, nur diktatorisch regiert und ideologisch verklärt“.³⁰² Bender folgerte, dass Europa nur noch politisch ein geteilter Kontinent sei.³⁰³ Die Staaten des Warschauer Paktes würden sich „nicht mehr aus dem geschichtsnotwendigen Konflikt mit der nichtkommunistischen Welt“ definieren;³⁰⁴ vielmehr seien sie bereit, eine „ideologische Koexistenz“ hinzunehmen.³⁰⁵ Den NATO-Staaten ihrerseits sei der Antikommunismus „außer für innenpolitische Zwecke entbehrlich geworden“.³⁰⁶ Gewissermaßen hätten sich die Europäer „aus den politischen Glaubensgemeinschaften“ emanzipiert.³⁰⁷

Dazu passte, dass SPD-Mitglieder aller politischen Richtungen den Kalten Krieg bereits für überwunden hielten. Jedenfalls meinten sie in einer Zeit zu leben, die nicht mehr von der ideologischen Systemauseinandersetzung geprägt war. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1980 veröffentlichte das Erich-Ollenhauer-Haus die am Anfang dieses Buches er-

²⁹⁶ So Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Erlangen, Stadthalle, 18.–20. Mai 1979, Anträge, hier Antrag A0, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 10367.

²⁹⁷ Siehe Unkorrigiertes Beschlußprotokoll der Sitzung des ASF-Bundesvorstandes am 12. 12. 1980, Bonn, 16.00 Uhr Fraktion/13. 12. 1980, Bonn, 9.00 Uhr, Erich-Ollenhauer-Haus, undatiert, AdSD, Bestand SPD-PV, Referat Frauen/ASF, 8666; darin auch Ingrid Stange, Gewalt in der Gesellschaft. Entwurf zur ASF-Bundesvorstandssitzung, 12. 12. 1980. Auch Erhard Eppler sprach von der „Utopie der Gewaltlosigkeit“. Eppler: Utopie, S. 154.

²⁹⁸ Christa Randzio-Plath/Angela Kroll: Frieden – Brot – Rosen. Zur Friedenspolitik sozialdemokratischer Frauen, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 4 (1981), H. 11, S. 33–39, hier S. 39.

²⁹⁹ P. Bender: Ende.

³⁰⁰ Ebenda, S. 99. Zum historischen Hintergrund vgl. Gould-Davies: Rethinking.

³⁰¹ P. Bender: Ende, S. 16.

³⁰² Ebenda, S. 17.

³⁰³ Ebenda, S. 18.

³⁰⁴ Ebenda, S. 116.

³⁰⁵ Ebenda, S. 108.

³⁰⁶ Ebenda, S. 116.

³⁰⁷ Ebenda, S. 116f.

wähnte mehrteilige Anzeigenserie, in der Kanzler Schmidt vom Kalten Krieg sprach, als ob er schon vorüber wäre.³⁰⁸ Auch die Jusos riefen im Spätsommer 1980 dazu auf, „eine Rückkehr zum ‚Kalten Krieg‘“ zu verhindern.³⁰⁹ Und tatsächlich, „aus der Sicht von 1980 war der Kalte Krieg unendlich weit entfernt – eine andere Welt“.³¹⁰ War der Kalte Krieg als Begriff in den fünfziger und frühen sechziger Jahren noch allgegenwärtig gewesen, verschwand er rasch aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Wie ein böser Geist längst vergangener Tage war er verpönt. Weil die internationale Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre die Konflikte zwischen den Supermächten reduziert hatte, periodisierten manche Zeitgenossen den Kalten Krieg im Nachrüstungsstreit als eine abgeschlossene Epoche. Bender fasste diesen auch in der SPD verbreiteten Gedanken 1981 in die prägnante These: „Das Ost-West-Zeitalter ist zu Ende“.³¹¹

Nun war diese Behauptung nicht neu. Der US-amerikanische Soziologe Daniel Bell hatte schon 1960 eine Essaysammlung mit dem Titel „The End of Ideology“ vorgelegt, die „The Times Literary Supplement“ zu den hundert einflussreichsten Büchern nach 1945 zählte.³¹² Darin konstatierte er, dass sich die weltanschaulichen Klassenideologien des 19. Jahrhunderts in den fünfziger Jahren erschöpft hätten. Sie hätten auch im Ost-West-Konflikt ihre Bindekraft verloren; der Weg stehe offen für eine neue, konsensorientierte Phase der internationalen Beziehungen.³¹³ Dieser Befund war freilich vermessen, und die „schönen Blütenträume einer ideologiefreien westlichen Zukunft“ reiften nicht.³¹⁴ Dennoch griff Erhard Eppler Bells Gedanken auf, als er 1983 „Die tödliche Utopie der Sicherheit“ publizierte. Er machte sich Benders These zu eigen, wandelte sie aber von einer Diagnose in eine Forderung ab. Das Ost-West-Zeitalter war für Eppler noch nicht beendet, aber es musste dringend seinem Ende zugeführt werden. Es sei gefährlich für das Überleben der Menschheit, schrieb er, wenn die „Hegemonialkonkurrenz“ der Supermächte durch gegensätzliche Ideologien verschärft werde.³¹⁵ Ideologien neigten dazu, „sich zueinander [...] wie Feuer und Wasser“ zu verhalten.³¹⁶ Eppler schrieb weiter:

„Daß man in verschiedenen Systemen lebt und anderen Werten den Vorzug gibt, hat es in der Geschichte immer gegeben, ohne daß dies zu Kriegen führen musste. [...] Neu und gefährlich ist dies: daß beide Ideologien und Systeme den Anspruch erheben, allgemeingültig zu sein. Beide behaupten, dem Wohle der Menschheit sei am besten gedient, wenn sie schließlich überall gelten. [...] Auch das westlich-kapitalistische System, politisch geprägt durch parlamentarische Demokratie, empfindet sich als gültiger Maßstab für die Welt. Wer die Welt ‚sicher für die Demokratie‘ machen will, meint doch wohl, dass unsere Form von Demokratie überall am Platze wäre, in Argentinien und Polen, in Zimbabwe und in der CSSR. [...] Aus dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit folgt nun aber – und dies vergiftet die Beziehungen bis in die Militärstrategie hinein –, daß beide Ideologien die Überzeugung einschließen, das andere System dürfe es eigentlich nicht geben. Den

³⁰⁸ Helmut Schmidt: „Unser Volk darf nicht in fremde Konflikte hineingezogen werden.“, 30. 9. 1980, AHS, Eigene Arbeiten; siehe auch Bange/Niedhart: Introduction, S. 7.

³⁰⁹ Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos): Gemeinsam für weltweites Abrüsten [Aufruf zur Bundestagswahl], AdSd, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7817.

³¹⁰ Doering-Manteuffel: Kampf, S. 45.

³¹¹ P. Bender: Ende, S. 117.

³¹² So hieß es im Nachruf der *New York Times*. Michael T. Kaufman: Daniel Bell, Ardent Appraiser of Politics, Economics and Culture, Dies at 91, in: *The New York Times*, 25. 1. 2011.

³¹³ Bell: End; Waxman: End; siehe auch sein selbstkritisches Nachwort zur Neuauflage. Bell: Afterword; vgl. ferner Seefried: Zukünfte, S. 96–100.

³¹⁴ Hochgeschwender: Westen, S. 28.

³¹⁵ Eppler: Utopie, S. 115.

³¹⁶ Ebenda, S. 115f.

Kommunismus, meint Reagan, dürfte es eigentlich gar nicht geben, den Kapitalismus, meint die Sowjet-Ideologie, dürfte es – bald – nicht mehr geben. [...] Für Ronald Reagan ist der Bolschewismus ein Irrweg der Geschichte, für den es keinerlei Rechtfertigung gibt. Wenn die Geschichte einen Sinn haben soll, so muss irgendwann Schluss sein mit den ‚gottlosen Ungeheuern‘, von denen alle Übel der Welt ausgehen. Dazu muss eine seltsam verschmierte Seite aus dem Buch der Geschichte gerissen werden, je früher, desto besser.³¹⁷

Dieses längere Zitat verdeutlicht den Gedankengang Eppers, der für den sozialdemokratischen Diskurs prägend werden sollte. Eppler definierte den Kalten Krieg aus einer weltanschaulichen Perspektive und argumentierte, dass der Anspruch der Supermächte auf Allgemeingültigkeit ihrer Ideologien etwas Gefährliches sei. Wer nämlich behauptete, sein Weltbild habe universelle Gültigkeit, verweise denjenigen, der ein anderes Weltbild vertrete, aus dem Raum des Sagbaren. Und von

„der Überzeugung, dass es das andere System eigentlich nicht geben dürfte, ist es nicht weit bis zum Kampf zwischen Gut und Böse, wobei jede Seite sich selbst mit dem Guten, die andere mit dem Bösen identifiziert. Denn das Gute ist das, was sein soll, das Böse ist das, was nicht sein soll.“

Daraus konnte für Eppler nur eine Konsequenz folgen: Beide Weltmächte mussten ihren Anspruch auf allgemeine Gültigkeit relativieren und spiegelbildlich ihre Feindbilder begraben.³¹⁸ Es sei „der Offenheit der Geschichte“ zu überlassen, ob beide Systeme friedlich nebeneinander bestehen könnten, ob langfristig „ein System das andere überwindet oder ob beide, wie dies in der Geschichte üblich ist, eines Tages an neuen Aufgaben scheitern und von neuen Kräften verwandelt oder abgelöst werden“.³¹⁹ Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion würden zu häufig von Ideologen bestimmt, meinten Sozialdemokraten quer durch die Partei. Denn Ideologie verklebe die Augen, wie „Die Neue Gesellschaft“ den Ton 1983 vorgab.³²⁰ Dabei seien die bestehenden ideologischen Systeme nicht die „Endprodukte der Geschichte“.³²¹ Vielmehr müssten sie, „wie alles Geschichtliche, als Durchgangsstationen auf einem Weg“ begriffen werden. Dann nämlich würden sie „jenes unerbittliche Entweder-Oder“ verlieren, das die Menschheit in ihrer Existenz bedrohe.

Wer das Ende des ideologischen Zeitalters beschwor, der gruppierte auch die westlichen Werte um. Egon Bahr gab dieser Vorstellung eine neue Wendung. Denn für ihn rangierte der Friede am oberen Ende der Werteskala. Ohne den Frieden gebe es keine Freiheit, keine Demokratie, keinen Westen, schrieb Bahr 1986.³²² Für ihn war klar: „Die Priorität bleibt der Friede“.³²³ Nur im Frieden „ist ideologische Auseinandersetzung mit den Kommunisten möglich“.³²⁴ Ausschließlich im voratomaren Zeitalter sei es möglich gewesen, dem ideologischen Denken Priorität vor dem Streben nach Frieden einzuräumen.³²⁵ Westliche Werte hätten nur dann eine Aussicht darauf, realisiert zu werden, wenn

³¹⁷ Ebenda, S. 116f.

³¹⁸ Ebenda, S. 122.

³¹⁹ Ebenda, S. 121; Bahr: Was wird?, S. 185, 187.

³²⁰ Oswald Hirschfeld: Ideologie verklebt die Augen – Zum Stand der Genfer Raketenvorhandlungen, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 399–404.

³²¹ Eppler: Utopie, S. 184.

³²² Bahr: Strategie, S. 95.

³²³ Bahr: Die Priorität bleibt der Friede; Bahr: Sicherheitspolitik, S. 10.

³²⁴ Bahr: Die Priorität bleibt der Friede.

³²⁵ Siehe auch seinen Briefwechsel mit Gerhard Stuby. Bahr an Stuby, 22. 12. 1983 und 9. 11. 1983, AdsD, 1/EBAA000583; so auch Ehmke: Frieden, S. 282; Josef Leinen: Die Zukunft der Friedensbewegung, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 24–29.

die Menschheit überlebte. Während die Unionsparteien auf der traditionellen Reihenfolge der Wertbegriffe insistierten („Freiheit vor Frieden“) und auch zahlreiche SPD-Mitglieder von Renger bis Schwan heftig widersprachen, nahm Bahr an, dass es sich durch die Abwesenheit des Wertes „Frieden“ erübrige, von den anderen zu sprechen.³²⁶ Der Friede sei erst die „Voraussetzung, um ideologische Unterschiede ohne das Risiko des gemeinsamen Untergangs austragen zu können.“³²⁷ Nur im Frieden könne sich zeigen, welches politische System dem anderen überlegen sei, hieß es auch 1986 in einem Antrag des Berliner Kreisverbandes Wedding.³²⁸

Die SPD wollte sich selbst und den Supermächten beweisen, dass Ideologien in den Hintergrund treten konnten, als eine dritte Arbeitsgruppe den Dialogfaden mit dem Osten zu spinnen begann. Unter der Leitung von Eppler traf sich die SPD-Grundwertekommission mit Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED und erarbeitete ein Papier, das unter dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ im August 1987 für Aufsehen sorgte, als es auf zwei parallelen Pressekonferenzen in Bonn und in Ost-Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.³²⁹ Hatten die Diskussionen in der gemeinsamen Arbeitsgruppe vor allem einen introspektiven Charakter – die SPD führte mit der SED theoretische Debatten über den demokratischen Sozialismus und die gemeinsamen Wurzeln in der Arbeiterbewegung³³⁰ –, so lautete die These des Papiers, der Wettstreit der Systeme sei nur noch friedlich möglich. Ideologische Gegensätze könnten, wenn überhaupt, nur mit der Voraussetzung ausgetragen werden, dass der Konflikt nicht in Gewalt eskaliere.³³¹ So umstritten das Papier innerparteilich und international war,³³² es demonstrierte aus Sicht der beteiligten Sozialdemokraten, dass die Geogra-

³²⁶ „Wir sind immer dafür eingetreten, daß Freiheit vor Frieden, Freiheit auch vor deutscher Einheit gehen muß.“ So drückte es Egon Alfred Klepsch, der Vorsitzende der Fraktion der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament, 1979 auf dem Kieler Bundesparteitag der CDU aus, Protokoll des 27. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Kiel, 25.–27. 3. 1979, Bonn [1979], S. 230; Rödder: Bündnissolidarität, S. 133f.

³²⁷ Bahr: Sicherheitspolitik, S. 11; Bahr: Was wird?, S. 14f. Dazu auch Vermerk [über ein Treffen von Vertretern der Bundesrepublik, darunter Sozialdemokraten, mit Vertretern der UdSSR, 15. 10. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/65, Bl. 172–177.

³²⁸ Anträge zum [Berliner] SPD-Landesparteitag am 20./21. 6. 1986, 31. 5. 1986, AdSD, Nachlass Stobbe, 41.

³²⁹ Dazu Wentker: Außenpolitik, S. 513f.; Sturm: Uneinig, S. 93–103; F. Fischer: Interesse, S. 199–210; Reißig: Dialog, S. 72–106.

³³⁰ Siehe Burkhard Reichert: Bericht über das Gespräch zwischen Mitgliedern der Grundwertekommission und Gesellschaftswissenschaftlern der SED, 1. 3. 1984, AdSD, Nachlass Selbmann, 171; Westabteilung: Information über den Aufenthalt einer Delegation der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand [in der DDR], 27. 2. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14728, Bl. 67f.; Otto Reinhold: Bericht über das Gespräch mit Vertretern der Grundwertekommission (SPD) vom 15. bis 17. 11. 1984 in Freudenstadt, 21. 11. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14661, Bl. 64–77; Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft: Kurzinformation über den Aufenthalt einer Delegation der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD, 17. 6. 1985, SAPMO-BArch, DY 30/14727, Bl. 96–100; Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Bericht über die dritte Diskussion von Gesellschaftswissenschaftlern unserer Partei mit einer Delegation der Grundwertekommission der SPD, 18. 6. 1985, SAPMO-BArch, DY 30/14661, Bl. 108–118.

³³¹ Vgl.: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: *Vorwärts*, 29. 8. 1987, S. 31–34; auch in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/79, Bl. 3–19.

³³² Dazu Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 22. 6. 1987, S. 13f., AdSD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, ohne Signatur. Ein Funktionär des PSF notierte auf einer französischen Übersetzung des Papiers: „Cette acceptation du débat d'égal à égal (en valeur!) est stupéfiante!“ Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, 9. 9. 1987, CAS, 70 RI, 22.

phie zwischen Ost und West neu geordnet werden konnte.³³³ Dabei hatte die SPD die Rechnung aber ohne die SED gemacht. Eppler und den übrigen Mitgliedern der Grundwertekommission versicherten die SED-Funktionäre, dass es ihnen ernst sei mit dem Dialog.³³⁴ Aber zumindest in den internen Berichten ließ der SED-Verhandlungsführer Otto Reinhold keinen Zweifel daran, dass das Grundwertepapier nichts an der ideologischen Konfrontation ändere.³³⁵ Es bleibe „eine Grunderkenntnis des Marxismus-Leninismus“, so hieß es in einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit, „daß die Macht der Monopole untrennbar mit dem aggressiven Charakter des Imperialismus verbunden ist, ihn gesetzmäßig hervorbringt“.³³⁶ Es gebe keine „friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet und Konvergenz der Systeme“. Die SED-Funktionäre hielten, wenn sie unter sich waren, an ihrem Feindbild fest.³³⁷ So haftete den Versuchen der SPD, ihr neues Denken in der Wirklichkeit zu erproben, eine gewisse Tragik an.

Einerseits wollten nachrüstungskritische Sozialdemokraten um Bahr, Eppler und Lafontaine also in ein neues, postideologisches Zeitalter eintreten, andererseits versuchten sie, den Westen als Ideologie zu historisieren. Sie waren es leid, dass die kollektive Beschwörung von Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten das Reden und Handeln gegenüber der Sowjetunion dominierte. Denn diese westlichen Werte kamen für sie „irrationalen Emotionen, Vorurteilen, Klischees oder unbegründeten Erwartungen“ gleich.³³⁸ Vielmehr hielten sie es für notwendig, dass das gemeinsame Streben nach Frieden an erster Stelle rangieren sollte. Geboten sei „wechselseitige Nüchternheit in der Einschätzung von Verhalten und Absichten“ des Gegenübers. So war der Abbau der Feindbilder, den vor allem Sozialdemokratinnen propagierten, aufs Engste verbunden mit dem „Ende des ideologischen Zeitalters“. Wenn die ideologische Einteilung der Welt für viele in der SPD ihre Geltung verloren hatte, dann ließ sie sich nur dadurch überwinden, dass West und Ost Vertrauen zueinander fasten.

Nachdem die Partei in den fünfziger Jahren noch über den Inhalt der westlichen Wertegemeinschaft gestritten hatte, war das, was Westlichkeit *per definitionem* ausmachte, für

³³³ So Erhard Eppler: Friedenspolitik durch systemöffnenden Dialog. Streitkultur als Friedenspolitik, in: SPD-Pressemitteilung, Nr. 705/87, 27. 8. 1987; Thomas Meyer: Ein neuer Rahmen für den Ost-West-Dialog. Das gemeinsame Grundsatzpapier von SED und SPD: Kein nationales Memorandum, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 34 (1987), S. 870-877; Dowe: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 57-73.

³³⁴ Siehe Otto Reinhold an Honecker: Bericht über die gemeinsame Beratung zwischen Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD vom 27. bis 29. 10. 1987 in Berlin, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/79, Bl. 27-39, insb. Bl. 36.

³³⁵ Reinhold an Honecker, 16. 7. 1987, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/79, Bl. 1f.

³³⁶ BStU, MfS, SED-KL, 5350, Bl. 1-4, hier Bl. 1; Informationen, Nr. 234, 1987/88, BStU, MfS, HA IX, 13861, Bl. 124-132; Information zu Positionen der westeuropäischen Sozialdemokratie in Fragen des Friedens und der Abrüstung [15. 10. 1987], BStU, MfS, HA II, 28381, Bl. 2-4.

³³⁷ Siehe dazu auch Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW): Information über das Seminar „Friedliche Koexistenz und Sicherheitspartnerschaft“ zwischen Gesellschaftswissenschaftlern der SED und Vertretern der SPD vom 12. bis 14. 12. 1984 in Bonn, 20. 12. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14661, Bl. 78-91, hier Bl. 84. Dagegen abgewogener: Information über Reaktionen in der SPD und in BRD-Regierungskreisen auf das gemeinsame Dokument von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, 1. 10. 1987, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.035/79, Bl. 22-26; Stimmungen/Meinungen zum Dokument der SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, undatiert, BStU, MfS, HA II, 16600, Bl. 144-147.

³³⁸ Voigt: Von der Konfrontation zur Sicherheitspartnerschaft, in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 310-315, hier S. 311.

sie in den achtziger Jahren kein Thema mehr. Die Sozialdemokratie verstand sich selbst als Partei, die die Grundsätze des Westens verinnerlicht hatte. Stattdessen nahmen ihre Mitglieder nun das Konstruktionsprinzip des Kalten Krieges selbst in den Blick: Ihnen war die Ideologie beziehungsweise ihre Allgemeingültigkeit fragwürdig geworden. Als ersten Schritt in das postideologische Zeitalter verlangten sie, dass die eigenen Werthaltungen nicht länger für universal gültig genommen werden dürften. Nur so ließe sich der Frieden dauerhaft erhalten. So rückten sie davon ab, was für sie noch in den fünfziger Jahren zentral gewesen war: die Allgemeingültigkeit der westlichen Werte.³³⁹ Während die Grünen den „Bankrott der großen ideologischen Strömungen gegenüber der ökologischen Herausforderung“ ausmachten und den traditionellen politischen Rechts-Links-Gegensatz für überholt erklärten,³⁴⁰ richtete sich bei der SPD die Neuvermessung des ideologischen Raumes auf die Ost-West-Konfrontation und das System des Kalten Krieges. Ihre Mitglieder sahen den Bankrott des Universalismus angesichts der atomaren Bedrohung. Freilich war dieser sozialdemokratische Anspruch selbst nichts weiter als eine Weltanschauung. Er kam daher in der Gewissheit, allgemeingültig zu sein, und trug das Konstruktionsprinzip dessen, was er zu überwinden glaubte, in sich selbst. Der sozialdemokratische Relativismus blieb eine Denkfigur mit universalistischem Anspruch. Zwar konnte sich die SPD den Antagonismus zwischen Ost und West nicht mehr sinnvoll erklären, doch artikulierten die Sprecher in der Partei, die vom Ende des bipolaren Zeitalters kündeten, selbst nur ihre je eigene, binäre Deutung der Wirklichkeit.

4. Fragilität und Persistenz der binären Ordnungslogik

Der Kalte Krieg befand sich aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive auf einem Höhepunkt – oder die Entspannungspolitik in der Krise³⁴¹ –, als die Sozialdemokraten bemerkten, dass der Gegensatz zwischen Ost und West nicht mehr taugte, um die Welt zu erklären. Das klingt paradox. Aber seit den siebziger Jahren hatte sich ein neues Denken der Partei bemächtigt, das in anderen Teilen der Gesellschaft – in sozialen Protestbewegungen und in transnationalen Elitenzirkeln – schon längst Fuß gefasst hatte. Die Probleme von Ost und West, Nord und Süd seien auf das Engste miteinander verbunden, hieß es nun allerorten. Die Welt müsse in einem Netzwerk gedacht werden. Wer in der SPD die Globalität der Probleme einsah, der machte sich auf die Suche nach Konzepten, die der Entdeckung von Interdependenz Rechnung trugen. Es war die Strategie der „Gemeinsamen Sicherheit“ und die Suche nach gerechten Strukturen für die Weltwirtschaft, mit denen Parteimitglieder ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, dass die Menschheit nur gemeinsam überleben könne. Vertrauen in die Absichten des Gegners sollte von nun an das Miteinander der Staaten prägen. Sozialdemokraten hofften auf die Einsicht der Supermächte, dass sie in einer Rationalitätsgemeinschaft lebten, und diskutierten Konzepte von der „Selbstbehauptung Europas“ bis zum multipolaren Sicherheitssystem unter dem Dach der Vereinten Nationen, die von der Annahme getragen wurden, dass das System des Kalten Krieges den neuen Problemlagen nicht mehr angemessen sei.

³³⁹ Vgl. Angster: Konsenskapitalismus, S. 16.

³⁴⁰ Mende: Gründungsgrüne, S. 413.

³⁴¹ Vgl. Nuti: Introduction, S. 7.

Gerade dort, wo die Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion in den frühen achtziger Jahren auf einen konfrontativen Höhepunkt zusteuerte, riefen SPD-Mitglieder nach alternativen Ordnungssystemen. Diesen neuen Ideen war gemeinsam, dass sie „nonviolent conceptions of statehood and government“ zum Dreh- und Angelpunkt hatten.³⁴² Weibliche Mitglieder und Parteiintellektuelle wie Bahr, Eppler und Glotz forderten die Supermächte auf, Feindbilder zu überwinden und in ein postideologisches Zeitalter einzutreten. Wenn die Sozialdemokratie also über den Westen verhandelte, dann tat sie dies, indem sie das Strukturmerkmal der Systemauseinandersetzung ins Visier nahm. Die Ideologie vom Westen war ihr im Atomzeitalter überwindungsbedürftig. Und mehr als das: Sie sagte ihr nichts mehr. Der Essener Bundesparteitag statuierte 1984 das neue Denken, indem er die Überwindung der Blockkonfrontation zum Ziel der SPD erklärte. Doch wie wirkmächtig war der Substanzverlust des Kalte-Krieg-Denkens eigentlich? Wie reagierten die Gegner der SPD? War, was von den Sozialdemokraten zu hören war, wirklich so revolutionär?

Dem Abschied vom Kalten Krieg haftete etwas Eigentümliches an. Denn natürlich blieben die Grundlagen dieses Denksystems entscheidend für die Nachrüstungskritikerinnen und -kritiker – und sei es nur als das Unzeitgemäße, von dem sie sich lossagten. In gewisser Weise bewegten sich die zivilgesellschaftlichen Akteure bei aller Kritik weiterhin in den Mustern des Kalten Krieges. Sie waren ein Produkt seines Denkens. Das Interdependenzdenken, das zeitgenössisch so weit verbreitet war, brauchte den Kalten Krieg als Ausgangspunkt und negativen Spiegel für seinen Gegenentwurf. Ähnliches könnte für den Internationalismus und den Globalisierungsdiskurs gesagt werden, die zwar älteren Ursprungs sind und auf eine lange Tradition zurückschauen können, aber nicht zufällig im bipolaren Zeitalter eine bis dahin ungekannte Hochzeit erlebten. Kurz: Die Nachrüstungsgegner in der SPD entkamen dem Differenzdenken nicht. Sie organisierten ihre Weltwahrnehmung weiterhin nach dualistischen Gegensätzen und zementierten so die binäre Logik der Moderne.

Die Beharrungskraft des Kalten Krieges lässt sich aber noch anders bemessen. Früh wurde nämlich deutlich: Als die SPD den Kalten Krieg beseitigen wollte, manövrierte sie sich ins Aus. Denn dieses Ordnungssystem hatte für viele Nicht-Sozialdemokraten ungebrochene Geltungskraft. Um zu verstehen, wie eng umgrenzt die Neuvermessung des ideologischen Gegensatzes auf das Feld der Nachrüstungskritiker war, muss man gar nicht erst auf die Paradoxie der Abkehr vom Kalten Krieg schauen. Es genügt schon, die Antworten zu lesen, die die SPD ab 1980 auf ihre Forderungen erhielt, um einen Eindruck von der Persistenz des Kalten Krieges zu bekommen. Die Gegner der SPD – von der deutschen Christdemokratie über die französischen Sozialisten bis zur Reagan-Regierung – bemerkten rasch, wie die Partei das Muster nicht mehr mittrug, das die internationalen Beziehungen dominierte. Sie informierten die Welt, wie die SPD die „westliche Wertegemeinschaft“ relativiere und einem ressentimentgeladenen „Anti-Amerikanismus“, „Neutralismus“ und „Pazifismus“ huldige. Das war als massiver politischer Angriff auf die SPD gemeint. Der angeblich „zerfallende Konsens“ des westlichen Bündnisses war die begriffliche Schale, in welche die Gegner der SPD ihre Denkformen einfügten. Die These vom Zerfall des Konsenses bedarf der Historisierung, denn sie hat sich bis in die geschichtswissenschaftliche Forschung unserer Tage gehalten.³⁴³ Wo um den Konsens gestritten wurde,

³⁴² Nehring: Last Battle, S. 321.

³⁴³ So bei Conze: Suche, S. 544; die entgegengesetzte These bei Gassert: Konsens, S. 493.

zeigte sich: Die Nachrüstungskontroverse war mehr als eine sicherheitspolitische Auseinandersetzung; sie war ein Selbstverständigungsdiskurs um das, was „den Westen“ ausmachen sollte, und darum, wer sich innerhalb des Sagbaren bewegte.

Dass die Sozialdemokratie eine Ansammlung von „vaterlandslosen Gesellen“ sei, riefen ihre Gegner, seitdem sich Arbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts erstmals politisch zusammenschlossen hatten.³⁴⁴ An diesen Vorwurf knüpfte an, wer den „Konsens“ des „Westens“ zusammenbrechen sah, weil die SPD Nein zur Stationierung sagte. Jetzt war wieder die Rede von einem „Dolchstoß“, den die SPD dem „Westen“ versetzte.³⁴⁵ Dabei handelte es sich um eine transnationale Deutungssache, die von der republikanischen Regierung Ronald Reagans und dem französischen Parti Socialiste bis in die christdemokratische Opposition der Bundesrepublik, die FDP und die Nachrüftungsbefürworter in der SPD reichte. Das Deutungsmuster war beliebt, weil es dazu taugte, verschiedene Bedeutungszuschreibungen zu absorbieren. Begriffe wie „Konsens“, „westliche Wertegemeinschaft“, „Anti-Amerikanismus“, „Neutralismus“ oder „Pazifismus“ hatten für die Zeitgenossen einen festen Inhalt, auch wenn sie bei ihrer jeweiligen Verwendung nicht genau definiert wurden.

Die SPD zermürbte das Bündnis. Dies sagten zumindest jene, die andere politische Ziele verfolgten.³⁴⁶ Richard Perle, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, rügte 1984 die Partei, weil sie alternative Verteidigungsmodelle diskutierte.³⁴⁷ Wenn sie über „Gemeinsame Sicherheit“ und den atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa nachdenke, dann vernachlässige sie, so Perle, die Sicherheitsinteressen der NATO. Auch für die CSU unternahmen die Sozialdemokraten eine „Flucht aus der Verantwortung“ oder gar einen „Amoklauf gegen das Bündnis“,³⁴⁸ während konservative Zeitungen in der SPD ein „Sicherheitsrisiko für unser Land“ sahen, weil sie „fahnenflüchtig“ werde.³⁴⁹ Immer dann, wenn die Wellen eines Streites hochschlugen, sahen Konservative in den Sozialdemokraten eine Gefahr für den Staat.³⁵⁰ In ihrer Sichtweise wendeten SPD-Mitglieder sich „geradezu panisch“ vom Bündnis ab: „Sie tun dies ohne Rücksicht auf Verluste, und jeder Winkelzug ist ihnen dabei recht.“³⁵¹ So war die Rede, wie die SPD den „Konsens“ des Bündnisses zerstöre, so etwas wie die überwölbende Meta-Deutung, mit der sich die Kritik an der SPD und der Friedensbewegung zusammenfassen ließ.³⁵² Wollte die SPD „zurück zu Ollenhauer“, zurück zu ihren „antiwestlichen Haltungen der frühen 50er Jahre“?³⁵³ Der US-ameri-

³⁴⁴ Vgl. Groh/Brandt: „Vaterlandslose Gesellen“.

³⁴⁵ So in dem Artikel Amerikaner sprechen von Dolchstoß. Bahrs Vorstellungen von „Null-Lösung“ stößt bei der NATO auf scharfe Ablehnung, in: *Die Welt*, 16. 2. 1982.

³⁴⁶ Christoph Wiedmann: Das Bündnis zermürben, in: *Bayernkurier*, 4. 4. 1981.

³⁴⁷ Statement by Richard Perle, The Friedrich Ebert Stiftung, 28. 6. 1984, S. 7, RRL, Tyrus Cobb Files, b 91096, f European Defense Issues [2 of 6]; Michael Bertram an Eckhard Lübckemeier: V. European-American Workshop am 28. und 29. 6. 1984, 22. 2. 1984, AdsD, Nachlass Stobbe, 180.

³⁴⁸ Thomas Engel: SPD-Beschlüsse: Flucht aus der Verantwortung, in: *Bayernkurier*, 8. 10. 1983.

³⁴⁹ Norbert A. Sklorz: Babylonisches Sprachgewirr. Die Krise der SPD wird zu einem Sicherheitsrisiko, in: *Rheinischer Merkur*, 3. 4. 1981; Einar Koch: Die Sozialdemokraten werden fahnenflüchtig. Es geht nicht mehr nur um die Nachrüstung, Fernziel ist die NATO, in: *Hamburger Abendblatt*, 31. 5. 1983.

³⁵⁰ So Robert Held: Wer rettet die SPD?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. 10. 1982.

³⁵¹ Abschied der SPD von Nachrüstung und Verantwortung. Nach Helmut Schmidts Sturz zeichnet sich ein neuer Kurs ab, in: *Berliner Morgenpost*, 14. 11. 1982.

³⁵² Vgl. Kaiser: Zerfall, S. 484–488.

³⁵³ Zurück zu Ollenhauer?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. 4. 1983; Protokoll des CDU-Parteitagess 1983 in Köln, S. 99.

kanische Historiker Jeffrey Herf führte die Erosion des „Konsenses“ 1984 tatsächlich auf „a deeper confusion concerning the moral order which supports West Germany’s political institutions“ zurück.³⁵⁴ In seiner Argumentation strauchelte die SPD, weil sie nicht mehr sagen könne, was das moralische Fundament des „Westens“ ausmache. Stand die Sozialdemokratie in den USA traditionell im Verdacht, eine nur schlecht kaschierte Nähe zum real existierenden Sozialismus zu pflegen,³⁵⁵ beschwor auch die US-Regierung ein gemeinsames kulturelles Erbe, um die Auseinandersetzung mit der SPD in den Bereich des Grundsätzlichen zu überführen.³⁵⁶ Die Sowjetunion war nicht nur ein politischer und militärischer, sondern auch ein ideologischer Konkurrent; dies machte das entscheidende funktionale Element der Systemauseinandersetzung aus.³⁵⁷

Die Gegner der SPD konnten auch dann hoffen, mit ihrem Anliegen durchzudringen, wenn sie die sozialdemokratische Kritik an den USA als „anti-amerikanisch“ qualifizierten.³⁵⁸ Innenpolitisch war der „Anti-Amerikanismus“ eines der zentralen Argumente der Christdemokratie gegen SPD und Grüne. 1981 schrieb der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, im „Bayernkurier“, die SPD befinde sich geradewegs „auf dem Marsch in die Arme der Sowjets“.³⁵⁹ In ihrem Widerstand gegen die Stationierung sehe sie „eine Chance zur Pflege des Antiamerikanismus“ und schwäche damit „die geistige Widerstandskraft des Westens“.³⁶⁰ Als der Direktor des Aspen Institute Shepard Stone 1981 zu einer Konferenz nach Berlin einlud, die sich mit der Frage „How Significant is Anti-Americanism?“ beschäftigen sollte, gab er die Antwort gleich mit: „During the past year, there has been increasing evidence of ‚anti-Americanism‘ in Europe, particularly in the Federal Republic of Germany.“³⁶¹ Der Konferenzbericht verzeichnete Übereinstimmung darin, dass es solche „tendencies“ gebe.³⁶² Sie bezögen sich teilweise auf historisch-kulturelle Ressentiments gegenüber den USA, teilweise auf die Politik der Reagan-Regierung. An der SPD übte der Bericht harsche Kritik. Denn was diese über die

³⁵⁴ Jeffrey Herf: The Center Left Could Not Be Hold. National Identity And The Moral Order In West Germany [Working Draft for the Salzburg Seminar on American-European relations to be held in January, 1984], November 1983, S. 1, AdsD, Nachlass Stobbe, 181. Herf arbeitete diese Thesen in seinen monographischen Veröffentlichungen weiter aus, siehe vor allem Herf: War, S. 143f., 197–201.

³⁵⁵ Dazu Brzezinski an Carter: NSC Weekly Report #20, 8. 7. 1977, S. 4, JCL, Zbigniew Brzezinski Collection, b 41, f Weekly Reports [to the President], 16–30: [6/77–9/77]; National Foreign Assessment Center (CIA): East-West German Relations. The Status of Deutschlandpolitik, August 1978, JCL, Staff Material: Office, CREST, NLC-17-131-7-5-6; auch Strauß: SPD stärkte Moskau, in: *Frankfurter Rundschau*, 27. 4. 1982.

³⁵⁶ So Linas Kojelis: Speech to German-American Rally, Bridgeport, Connecticut – October 7, 1984, undatiert, RRL, Linas Kojelis Files, OA 11521, f Speech-German-American.

³⁵⁷ Dazu Hochgeschwender: Westen, S. 25–29.

³⁵⁸ So Arthur F. Burns: Stunden der Bewährung für die Demokratie in Deutschland und Amerika. Ansprache am 7. 11. 1983 vor der Gesellschaft für Auslandskunde e.V. in München, undatiert, AHS, Korrespondenz; vgl. zur historischen Einordnung Friedman: Rethinking; Hahn: Amerika; Pells: Europeans; Gassert: Amerika; Gassert: Antiamerikaner; McPherson: Yankee; Katzenstein/Keohane: Anti-Americanisms.

³⁵⁹ Zimmermann: Krise der SPD: Der Riß ist offenbar, in: *Bayernkurier*, 5. 9. 1981.

³⁶⁰ So auch CDU-Bundesvorstand: Frieden sichern. Argumente für eine Politik der aktiven Friedenssicherung [1983], AdsD, 1/HWAA002936.

³⁶¹ Stone an Albertz, 12. 5. 1981, AdsD, 1/HAAA000080.

³⁶² Jim Cooney: Germany, Europe and the United States – Is Anti-Americanism Significant? Report on a Conference held at the Aspen Institute Berlin, Juli 1981, S. 1, AdsD, Vorlass Voigt, H 3; siehe ferner Steering Committee Meeting on German-American Relations – American Council on Germany/Atlantic Bruecke, 14–15 May 1982, undatiert, S. 2, AdsD, Vorlass Voigt, H 94.

Sowjetunion sagte, sei von einer „de-demonization“ des Kommunismus charakterisiert. Innerhalb der US-Regierung und im Kongress amalgamierte die Vorstellung, die SPD sei „anti-amerikanisch“, mit der Sorge, sie laufe den Sowjets in die Arme. Von einer Deutschlandreise zurückkommend, berichtete der Kongressabgeordnete Philip Crane in Washington, er habe einen „growing influence of pacifist, terrorist, and pro-Soviet groups“ beobachtet.³⁶³ Er sei „increasingly alarmed at both the depth and breadth of pro-Soviet and anti-American sentiment which has recently manifested itself in a number of ugly incidents“. Der Dreiklang von „pacifist, terrorist, and pro-Soviet“-Standpunkten brachte auf den Punkt, was manche ausländischen Beobachter für gefährlich hielten.³⁶⁴ Weitaus gemäßigter berichtete Walter Raymond nach einer Reise durch Europa:

„I talked to several people re the question of anti-Americanism in Europe. Ambassador Burns, for example, believes it is less a phenomenon of ‚anti-Americanism‘ but rather a rejection of Western values. [...] Beata Lindemann, who is the Director of the Atlantik-Bruecke, translates anti-Americanism into anti-Reagan sentiment.“³⁶⁵

Mit „anti-amerikanischen Einstellungen“ konnte also mehrerlei gemeint sein: die Ablehnung der Politik der US-Regierung, die Aversion gegen die Person Reagan, historische und kulturelle Vorbehalte gegenüber den USA, die Zurückweisung westlicher Werte oder die Relativierung des sowjetischen Totalitarismus. Der Begriff „Anti-Amerikanismus“ war so dehnbar, wie er verschiedene Diagnosen und Stereotypen aufnahm. Er war als politisches Argument weit verbreitet und ist es bis in unsere Tage geblieben.³⁶⁶

Wenn die SPD über den Kalten Krieg nachdachte, stand sie im Verdacht, den „Konsens“ des Westens zu sprengen und „anti-amerikanischen“ Stereotypen zu huldigen. Für viele propagierte sie auch „neutralistische“ und „pazifistische“ Ideen.³⁶⁷ Die Berater von Präsident Carter notierten 1979, dass viele Deutsche erwarteten, die Sowjetunion werde ihnen in absehbarer Zukunft eine Wiedervereinigung vorschlagen, wenn die Bundesrepublik aus der NATO austrete und sich zu strikter Neutralität verpflichte: „This proposal would find support among liberals in the SPD and could not be easily dismissed. [...] A German drift toward neutralism could materialize.“³⁶⁸ Der „Neutralismus“ fungierte als Begriff, in dem sich das Unbehagen gegenüber der Friedensbewegung sammelte. Es war vor allem das politische Frankreich, das sich vor einem wiedervereinigten und nach dem finnischen Muster neutralen, aber doch der Sowjetunion ergebenen Deutschland fürchtete.³⁶⁹ Bedenken wurden selbst dann noch formuliert, als PSF und SPD bereits über eine Intensivierung der europäischen Integration nachdachten. 1981 hieß es in einem Bericht

³⁶³ Crane an Reagan, 16. 9. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (6).

³⁶⁴ Dagegen besonnen Robert Gerald Livingston an Nitze, 20. 10. 1981, LoC, Nitze Papers, b 13, f 3.

³⁶⁵ Walter Raymond, Jr. an Walter McFarlane: European Trip Report (31 March–7 April 1984), 20. 4. 1984, S. 3f., RRL, Walter Raymond Files, RAC b 8, f 71.

³⁶⁶ Siehe beispielsweise Gress: Peace, S. 49, 163–167, 189–197; Garton Ash: Namen, S. 464f.; Schwan: Antikommunismus, S. 60; Diner: Feindbild, S. 147f. Bis heute kommen historiographische Untersuchungen zum Teil ohne die Historisierung dieses Deutungsmusters aus, exemplarisch: Wehler: Gesellschaftsgeschichte, 5. Bd., S. 250; Winkler: Weg, 2. Bd., S. 373.

³⁶⁷ Siehe: A Background Paper On Theater Nuclear Forces, undatiert, S. 4, GUL, Warnke Papers, b 24, f 13; Brzezinski an Carter: NSC Weekly Report #46, 9. 2. 1978, S. 2, JCL, Zbigniew Brzezinski Collection, b 41, f Weekly Reports [to the President], 42–52: [1/78–3/78].

³⁶⁸ Michael Nacht: German Views of SALT and Related Matters, 7. 2. 1979, S. 6, JCL, Brzezinski Material: Country File, b 24, f German Federal Republic, 2–4/79.

³⁶⁹ Vgl. Bozo: Mitterrand, S. 30–35.

des SPD-Vorstandes über den Parteitag des Parti Socialiste in Valence, in den Beratungen sei gewarnt worden, die Deutschen könnten in den „Neutralismus“ abgleiten.³⁷⁰ Gegenüber dem US-Kabelsender ABC definierte Präsident François Mitterrand „Neutralismus“ als Weigerung, im Ost-West-Konflikt Verantwortung zu übernehmen.³⁷¹ Er machte die sowjetische Propaganda verantwortlich dafür, dass viele Deutsche auf die Wiedervereinigung hofften.³⁷² Eine Analyse des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay kam 1981 zu dem Schluss, dass der „Neutralismus“ der Westdeutschen auf einer Kombination von „pazifistischen“ und „anti-amerikanischen“ Vorstellungen beruhe.³⁷³ Als sich Egon Bahr im Mai 1983 mit französischen Sozialisten traf, um über die Mittelstreckenwaffen und die Genfer Verhandlungen zu diskutieren, waren es die allseits bekannten Vorbehalte gegenüber einem wiedervereinigten und neutralen Deutschland, welche die Diskussion beherrschten.³⁷⁴ Gisèle Charzat vom PSF fragte Bahr, wie er seine Hoffnung auf Wiedervereinigung damit in Einklang bringe, dass er sich gleichzeitig zur NATO bekenne, und ob die deutsche Vereinigung für ihn Vorrang vor der europäischen habe. Pierre Bernard wollte wissen, warum die Deutschen aus der *Appeasement*-Politik der Alliierten gegenüber Nazi-Deutschland nichts gelernt hätten. Auch wenn Bahr versuchte, die Befürchtungen zu zerstreuen – so bereits 1981 in einem mit „mes chers amis“ überschriebenen Artikel im „Vorwärts“³⁷⁵ –, behielt der „neutralisme“ seinen Schrecken für viele Franzosen.³⁷⁶

Franzosen, Amerikaner und Deutsche speisten verschiedene Ideen in den gedanklichen Haushalt ein, den sie teilten. Sie beobachteten mit Argwohn, wie die Sozialdemokraten über den Kalten Krieg sprachen und waren sich einig, dass die SPD den „Konsens“ des Bündnisses untergrabe und die „westliche Wertegemeinschaft“ relativiere. Während die Debatte in den USA und im konservativen Spektrum der Bundesrepublik eher um „Anti-Amerikanismus“ kreiste, warnte Paris vor „neutralisme“, „pacifisme“ und „réunification allemande“. Schließlich bündelten sich diese verschiedenen Fäden zu einer Meistererzählung, die die SPD dazu zwang, sich auf der Metaebene zu rechtfertigen. So vertraut uns diese Deutungen auch heute noch vorkommen mögen – man muss versuchen, sie zu historisieren. Denn die Vorwürfe, die der SPD entgegenschlugen, verrieten mehr über diejenigen, die sie aussprachen, als über die Sozialdemokraten selbst. Wer davon redete, dass die SPD den „Konsens“ des Westens sprengte, der zeigte nur, wie wichtig ihm dieser vorgestellte Konsens immer noch war. So kann man die Kritik an den Sozialdemokraten als einen Indi-

³⁷⁰ Isenberg: Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs (PSF) in Valence vom 23. bis 25. 10. 1981, 24. 11. 1981, S. 3f., AdsD, WBA, A11.13, 39.

³⁷¹ Interview accordée à la télévision américaine ABC, 18. 10. 1981, in: Thématique des interventions publiques de M. François Mitterrand, Président de la République. V.: Relations extérieures et défense, ohne Seitenzahlen, CAS, Discours publics de François Mitterrand, 1981–1995; Lappenküper: Mitterrand, S. 154–199; Bariéty: François Mitterrand.

³⁷² So auch Ministère des Affaires Étrangères de la France: L'URSS et le neutralisme, 23. 7. 1981, CAS, 70 RI, 21; Ministère des Affaires Étrangères de la France: La tentation neutraliste en Europe: premières conclusions d'un colloque organisé par l'„Aspen Institute“ à Berlin, 3. 7. 1981, CAS, 70 RI, 21.

³⁷³ Ministère des Affaires Étrangères de la France: Note de Synthèse [sur le „neutralisme“], 29. 7. 1981, S. 1, CAS, 70 RI, 21.

³⁷⁴ Contribution du groupe SPD du Bundestag à la politique de l'Alliance occidentale au débat sur la stratégie et aux négociations de Genève, 31. 5. 1983, CAS, 405 RI, 15.

³⁷⁵ Egon Bahr: Fürchtet Euch nicht, mes chers amis français! Offener Brief an die französischen Nachbarn, in: *Vorwärts*, 12. 11. 1981, S. 12.

³⁷⁶ Dazu ferner Ministère des Affaires Étrangères de la France: Neutralisme et pacifisme dans l'Europe, 8. 5. 1981, CAS, 70 RI, 21; Jacques Huntzinger: Dissuasion et Pacifisme, 22. 11. 1983, CAS, 70 RI, 21.

kator dafür lesen, wie weit die Erosion des Ordnungssystems Kalter Krieg reichte. Mit anderen Worten: Auch wenn das sozialdemokratische Milieu in der westdeutschen Gesellschaft zusammen mit weiteren Nachrüstungskritikern vom Kalten Krieg abrücken wollte, hielten viele Menschen in den frühen achtziger Jahren das Ordnungssystem für weiterhin zentral. Griff die Binarität des ideologischen Denkens bei den Nachrüstungsgegnern nicht mehr, funktionierte sie in anderen gesellschaftlichen Segmenten ausgesprochen gut.

Auch wird man feststellen müssen, dass nur jene Teile der Sozialdemokratie den Kalten Krieg verabschieden wollten, die besonders nachrüstungskritisch eingestellt waren. Andere SPD-Mitglieder sahen keinen Grund, die Bipolarität aufzugeben, ganz im Gegenteil. In einer zweiteiligen Artikelserie für den „Vorwärts“ aus dem Jahr 1983 griff der Politikwissenschaftler Karl Kaiser die Behauptung auf, die Nachrüstungsgegner wendeten sich vom „Westen“ ab, und schleuste sie in den innerparteilichen Diskurs ein.³⁷⁷ Mit ihm befürchtete eine Reihe anderer Mitglieder, die SPD relativiere das sowjetische Herrschaftssystem. Unter ihnen war Helmut Schmidt. Nun zeigte sich, dass der Kalte Krieg für ihn doch noch nicht vorüber war. Die Auflösung war alles andere als ein linearer Prozess, und das Ordnungssystem konnte, wenn sich die Bedingungen änderten, wieder Erklärungskraft gewinnen. Die veränderten Bedingungen waren der innerparteiliche und gesellschaftliche Druck, unter den Schmidts Politik geriet. In seiner letzten Rede als Kanzler vor dem Bundestag argumentierte er 1982 mit großer Verve, die NATO-Mitgliedsstaaten seien „von gemeinsamen Werten geprägt“.³⁷⁸ Er warnte davor, dass sich seine Partei und die Friedensbewegung vom Westen abwenden könnten.

Für Richard Löwenthal, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission, war der Kalte Krieg „eben nicht nur ein Konflikt von Machtblöcken, in dem wir aus zufälligen, geographischen Gründen auf der westlichen Seite wären, sondern ein Konflikt entgegengesetzter Systeme, die auf verschiedenen Grundwerten beruhen“.³⁷⁹ Deutlicher konnte nicht gesagt werden, für wie prägend viele in der SPD das binäre Denken immer noch hielten. In der gleichen Richtung wertete die Berliner Professorin Gesine Schwan den Streit um den Doppelbeschluss als ein „Symptom für tiefgehende Risse und eine weitverbreitete Desorientierung in bezug auf das Zentrum des sozialdemokratischen Parteikonsenses. Die Auseinandersetzungen nämlich – dies ist meine Behauptung – zielen auf die Gretchenfrage an die SPD: Wie wichtig ist ihr die Erhaltung der westlichen Freiheit?“³⁸⁰ Für Schwan und andere Befürworter des Doppelbeschlusses war die Nachrüstungsdebatte eine Verlustgeschichte. Denn das Ordnungsmuster, das ihre Welt über so viele Jahre strukturiert hatte, schien sich aufzulösen. Sie beklagten, dass es für die meisten

³⁷⁷ Kaiser: Die SPD und ihre Glaubwürdigkeit. Die Diskussion um die Nachrüstung und die Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik (Teil I), in: *Vorwärts*, 6. 10. 1983, S. 14f.; Kaiser: Unangenehme Wahrheiten für die SPD. Friedenswille ist noch kein Konzept – Prioritäten sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik (Teil II), in: *Vorwärts*, 13. 10. 1983, S. 14f.; siehe die Erwiderung auf Kaiser; Bahr: Die Priorität bleibt der Friede.

³⁷⁸ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 9. Wahlperiode, 118. Sitzung, Bonn 1. 10. 1982, S. 7161.

³⁷⁹ Löwenthal: Westbindung und Identität der Deutschen. Eine Antwort an Peter Glotz, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 437–440, hier S. 438.

³⁸⁰ Schwan: Freiheit, S. 38; zu Schwans Bemerkungen, die sie auch in den Jahren zuvor immer wieder vorgebracht hatte, kritisch Schumacher: Gesine Schwan und die Raketen, in: *Die Neue Gesellschaft* 30 (1983), S. 935–941; und wiederum Schwan: Zur Bedeutung der westlichen Freiheit für die Friedenspolitik der SPD. Eine Antwort auf Hans Schumacher in NG 10/83, in: *Die Neue Gesellschaft* 31 (1984), S. 82–86.

SPD-Mitglieder „keinen Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt mehr“ gebe, „sondern nur noch eine Konkurrenz der Supermächte“.³⁸¹

So eloquent Schwan ihre Argumente auch vortrug: Die SPD als Gesamtpartei wandte sich nicht vom Kalten Krieg ab. Dafür waren die Stimmen vom rechten Flügel der beste Beweis. Wortmächtige Gruppen blieben widerständig, und die Erosion stieß an Grenzen, wo die Sprecher Atomraketen nicht ablehnten. Überhaupt bestand ein Konnex zwischen dem Friedensprotest und dem Legitimationsverlust des Systems, gegen das die Kritik sich wandte. Nur wer den NATO-Doppelbeschluss für falsch und die Nachrüstung für gefährlich hielt, hatte einen Ansatzpunkt, über die ideologischen Grundlagen der Systemauseinandersetzung und über eine Neuordnung der internationalen Staatenwelt nachzudenken. Dieser Ausgangspunkt hatte sich den Sozialdemokraten in ihrer bisherigen Geschichte nicht gezeigt. Erst in den frühen achtziger Jahren war die Mehrheit der Partei in der Lage, das Ende des Kalten Krieges zu verkünden.

Die Sozialdemokratie nach 1945 war ein Produkt des Kalten Krieges. Ihre Ideenwelt war spätestens seit dem Godesberger Programm von der ideologischen Trennung der Welt strukturiert, und ihr Personal war durch das Exil in der angelsächsischen Welt sowie durch den Austausch mit US-Amerikanern sozialisiert worden. Nicht nur verortete sie sich im politischen System Westdeutschlands. Sie stand auch treu zum Westen, weil sie die alten Vorwürfe entkräften wollte, sie betreibe das Spiel des Gegners. Diese „Westernisierung“ der SPD darf man sich nicht als Ankunft im Westen vorstellen, denn stets blieben die Stimmen vernehmlich, denen das binäre Denken nicht behagte. Trotzdem: Als Gesamtpartei war die SPD dem Ordnungssystem Kalter Krieg lange eng verpflichtet. Deshalb hinterfragte sie den Kalten Krieg sehr viel später als andere Akteure – aber früher wiederum als die Christdemokraten oder die Liberalen. Sie war schließlich keine internationale Organisation, die, wollte sie ihre Arbeit verrichten, den Blockgegensatz umgehen und Lücken im Eisernen Vorhang finden musste.³⁸² Ihr waren auch der globale Süden und die Dekolonisierung viel zu weit weg, um die in den fünfziger Jahren aufkommende Idee eines „Dritten Weges“ zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft, zwischen Demokratie und Diktatur produktiv aufzunehmen.³⁸³ Sie war viel zu sehr Teil des „Establishments“, um mit der *Counter Culture* der sechziger Jahre die Denklöge des Kalten Krieges transzendieren zu können.³⁸⁴ Die Sozialdemokratie blieb in diesem Diskurs weitgehend außen vor und die Jusos entwickelten sich erst in den siebziger Jahren zu jener Parteijugend, die mit den neuen sozialen Bewegungen sympathisierte.³⁸⁵ Erst im Nachrüstungsstreit sah sie sich

³⁸¹ Schwan: Freiheit, S. 39. Auch in einem persönlichen Brief an Hans-Jochen Vogel kritisierte die Berliner Politologin den Standpunkt der SPD: Schwan an Vogel, 19. 3. 1985, AdSD, 1/HJVA102577. 1984 wurde Schwan aus der Grundwertekommission der Partei abberufen, dazu kritisch Löwenthal an Glotz, 14. 8. 1984, AdSD, 2/PVDF000224.

³⁸² Sandrine Kott beleuchtet internationale Organisationen der Nachkriegszeit und das von ihnen hervorgebrachte Expertenwissen als einen Ort, an dem die Blocklogik nicht mehr zählte. Vgl. Kott: *Guerre Froide*; Iriye: *Community*, S. 60-95; die Gegenposition bei Mazower: *World*, S. 214-253.

³⁸³ Vgl. Westad: *Global Cold War*, S. 99-103; Dinkel: *Bewegung Bündnisfreier Staaten*, S. 99-103, 107-111; Fraser: *Decolonization*.

³⁸⁴ Jeremi Suri legt dar, wie die globale Studentenbewegung gleichermaßen ein „product of the Cold War“ und ein „agent in its transformation“ war. Suri: *Counter-Cultures*, S. 481; ausführlicher in Suri: *Power*; im Anschluss daran untersuchen James Mark und Anna von der Goltz persönliche Begegnungen von Aktivisten in Ost und West. Mark/Goltz: *Encounters*, S. 133-138; aber auch Iriye: *Making*, S. 728-730; zusammenfassend Klimke: *Alliance*, S. 236-241.

³⁸⁵ Vgl. Süß: *Enkel*.

mit der Frage konfrontiert, ob ihr der Kalte Krieg noch etwas sagte. Selbst als die SPD 1966 an die Regierung kam und daran gehen konnte, das Verhältnis zur DDR zu normalisieren, verabschiedete diese Entspannungspolitik noch nicht den Kalten Krieg. Sie entzog ihm zwar den Nährboden, weil sie die Ideologie als politisches Gestaltungsprinzip zurückdrängte. Allerdings erwarteten SPD-Funktionäre wie Egon Bahr und Willy Brandt, dass der Osten sich ändern würde („Wandel durch Annäherung“), und nicht der Westen.

Erst als sich der Zeitgeist immer rasanter wandelte, erst als der Umwelt-, Menschenrechts- und Globalisierungsdiskurs seine Prägekraft entfaltete und die ideologische Trennung der Welt einer wachsenden Zahl von Menschen anachronistisch vorkam, hinterfragten die Sozialdemokraten den Kalten Krieg.³⁸⁶ So erwiesen sie sich als Kinder ihrer Zeit. Es war eine Ironie der Geschichte: Dass sie ihren Abschied vom Kalten Krieg verkündeten, wies sie als ein Produkt dieser Ordnung aus, das seinen Koordinaten nur partiell entkam. Man kann diesen Prozess mit Daniel T. Rodgers als Ergebnis des „Age of Fracture“ verstehen. Mit jener Fragmentierung und Individualisierung, die dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts seine Signatur aufdrückte, verloren auch die großen Sinnstiftungsangebote – wie der Kalte Krieg eines war – an Relevanz. Wenn also die Jahre um 1980 eine „era of disaggregation“ und ein „great age of fracture“³⁸⁷ waren, so erodierten die früher universell wirksamen Ordnungssysteme in bestimmten Milieus, ohne aber ganz zu verschwinden. Rodgers argumentiert, dass der Begriffskosmos des Kalten Krieges nach und nach selbst aus dem Sprachgebrauch der US-Präsidenten schwand.³⁸⁸ Mit Charles Maier und Akira Iriye kann man ergänzen, dass nun gleichfalls die Bedeutung von „Territorialität“ als Strukturmuster schwand.³⁸⁹ So galt der Nationalstaat mit seinen Grenzen den Sozialdemokraten immer weniger, und ein Bewusstsein für Interdependenz und Transnationalität gelangte in ihr Milieu. Tatsächlich war der Kalte Krieg in den achtziger Jahren für die Mehrheit der SPD-Mitglieder ein untergeordnetes Thema zu anderen Problemen wie Globalisierung und Internationalismus; er blieb aber tonangebend für ihre Weltsicht. Viele Anhänger der SPD kehrten dem Ost-West-Konflikt den Rücken, während eine Minderheit weiterhin in der Logik dieses Systems dachte und sprach. Es war diese Gleichzeitigkeit von Substanzverlust und Beharrung, die den sozialdemokratischen Diskurs ausmachte. Gegensätzliche Ordnungssysteme lösten sich nicht ab, sondern überlagerten sich wechselseitig.

³⁸⁶ Vgl. zusammenfassend und thesenstark Iriye: *Historicizing*; aber auch McNeill: *Under the Sun*, S. 336–340; Eckel: *Ambivalenz*, S. 343–346; schon früh mit einer ähnlichen These Kaldor: *Imaginary War*, S. 163–181.

³⁸⁷ Rodgers: *Age of Fracture*, S. 3.

³⁸⁸ „Among the unexamined ironies of the last decades of the century is that it was in the speeches of the oldest of the Cold Warriors, Ronald Reagan, that the words and gestures of the Cold War gave way, so unexpectedly, to something new.“ Ebenda, S. 15–40, hier S. 17.

³⁸⁹ Ch. Maier: *Consigning*; Iriye/Osterhammel: *Interdependence*.